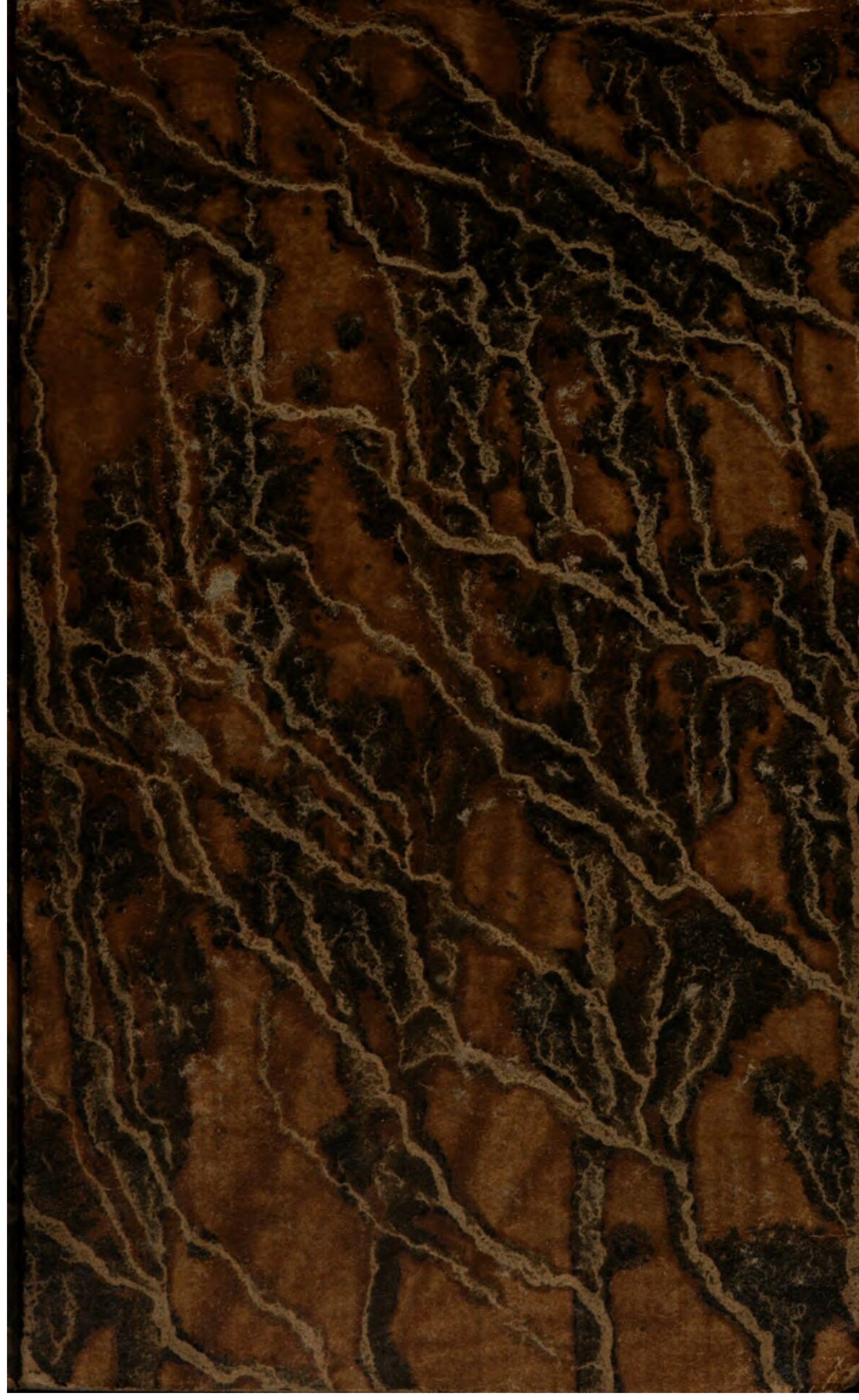




Polg.

Hume

431 $\frac{t}{-}$ / 1

<36621761470017



<36621761470017

Bayer. Staatsbibliothek

Hume's und Rousseau's

Abhandlungen

über den

U r v e r t r a g

nebst einem

Versuch über Leibeigenschaft

den

Liefländischen Erbherren

gewidmet

von

G. M e r k e l.

Erster Theil.

Leipzig 1797,

bey Heinrich Gräff.

CHINA

1890

Gen. U. V. C. 1890

Keine Parthey kann sich in dem gegenwärtigen Zeitalter gut aufrecht erhalten, ohne ein System von philosophischen oder spekulativen Grundsätzen mit ihrem politischen oder praktischen zu verbinden. Wir sehen daher, daß jede Faktion ein Gebäude der ersten Art aufgeführt hat, um die Pläne, die sie verfolgt, zu beschützen und zu verdecken. Der groſse Haufe ist aber gewöhnlich ein sehr ungeschickter Baumeister, vorzüglich im spekulativen Fach, und zwar dann besonders, wenn er vom Partheyeifer geleitet wird: man kann sich also leicht vorstellen, daß seine Arbeit ein wenig unförmlich ausfallen,

und sichtliche Zeichen der Hefigkeit und Eile tragen muß, in der sie aufgethürmt ward. Die eine Parthey leitet die Oberherrschaft von der Gottheit her, und bemüht sich, sie dadurch so heilig und unverletzlich zu machen, daß es, sey sie auch noch so tyrannisch, nicht viel weniger als Heiligthums-Schändung seyn müßte, sie anzugreifen oder zu bestreiten. Die andere Parthey gründet die Herrschaft völlig auf die Beystimmung des Volkes, und setzt eine Art von Urvertrag voraus, durch den die Unterthanen sich stillschweigend das Recht vorbehalten haben, ihrem Beherrscher zu widerstehen, sobald sie sich von der Gewalt gedrückt fühlen, die sie ihm zu gewissen Zwecken freywillig anvertrauten. Das sind die speculativen Grundsätze beyder Partheyen; das sind auch die praktischen Folgerungen die sie aus denselben ziehen.

Ich wage zu behaupten, daß diese Systeme, speculativer Grundfätze, beyde gegründet sind; obgleich nicht in dem Sinne, den die Partheyen in sie legen; — und daß die praktischen Folgerungen, die man aus beyden zieht, vernünftig sind, obgleich nicht in der Uebertreibung, zu der jede Parthey, der andern Wehe zu thun, gewöhnlich sie auszu dehnen sucht.

Die Gottheit ist die ursprüngliche Urheberin jeder Oberherrschaft: das wird niemand läugnen der eine allregierende Vorsehung annimmt und eingesteht, daß alle Begebenheiten in der Welt, nach einem übereinstimmenden Plane geleitet, weise Absichten bezwecken. Da das Menschengeschlecht unmöglich ohne den Schutz einer Regierung, wenigstens in einem angenehmen und sichern Zustande leben konnte, so mußte das wohlthätige Wesen, welches das Glück aller seiner Geschöpfe will,

beschränkte Autorität. Ein Policeybeamter verwaltet daher, eben so gut wie ein König, ein Gottverliehenes Amt, und besitzt ein eben so heiliges Recht.

Erwägen wir, daß alle Menschen einander beynahe gleich sind an körperlichen Kräften, ja, sogar an Geistesvermögen und Fähigkeiten, ehe sie durch Erziehung gebildet werden, so sind wir gezwungen zu gestehen, daß nichts als ihre eigene Einwilligung sie zuerst verbinden und irgend einer Gewalt unterwerfen konnte. Das Volk, wenn wir dem ersten Ursprunge der Regierung in den Wäldern und Wüsten nachspüren — das Volk ist die Quelle aller Gewalt und Gerichtsbarkeit. Freywillig thaten die Menschen, der Ruhe und Ordnung wegen, Verzicht auf ihre angebohrne Freyheit, und nahmen Gesetze von ihres Gleichen, von ihrem Gefährten an. Die Bedingungen auf die sie Unterwerfung

bewilligten, wurden entweder bestimmt oder waren so deutlich und in die Augen fallend, daß man es mit Recht für überflüssig halten konnte, sie wörtlich zu bestimmen. Versteht man dieses unter dem Urvertrage, so kann nicht geläugnet werden, daß jede Regierung ursprünglich auf einen Vertrag gegründet ward, und daß die ältesten rohen Verbindungen des Menschengeschlechts hauptsächlich auf diesem Grunde errichtet wurden. Vergeblich fragt man uns, in welches Archiv dieses Dokument unserer Rechte niedergelegt ward. Es ward nicht auf Pergament, noch auf Baumblättern oder Rinden niedergeschrieben. Es ist älter als die Schrift und alle andere Künste des bürgerlichen Lebens. Aber wir erspähen es unverkennbar in der Natur des Menschen und der Gleichheit (oder wenigen Entfernung von derselben), deren wir in allen Individuen unsrer Gattung gewahr wer-

den. Die Macht die itzt herrscht, und auf Flotten und Armeen sich gründet, ist rein politisch, und stammt von der Autorität her, der Wirkung einer festgesetzten Verfassung. Die natürliche Macht eines Menschen besteht nur in der Stärke seiner Gliedmassen und der Stätigkeit seines Muthes, welche nie die Menge den Befehlen eines Einzelnen unterwerfen konnten. Nichts vermochte es zu thun, als ihre eigene Einwilligung und das Gefühl der Vortheile, die aus der Ruhe und der Ordnung entspringen.

Doch, selbst diese Einwilligung war lange sehr unvollkommen, und konnte nicht die Grundlage einer regelmässigen Verwaltung werden. Das Oberhaupt, das vermuthlich seinen Einfluß während eines Krieges erworben hatte, herrschte mehr durch Ueberredung als durch Befehle, und ehe es Gewalt anwenden konnte, den Widerspenstigen

und Ungehorsamen zu unterwerfen, kann man schwerlich behaupten, daß die Gesellschaft die Form einer bürgerlichen Verfassung erreicht hatte. Offenbar ward kein ausdrücklicher Vertrag, keine Verabredung einer allgemeinen Unterwerfung getroffen: eine Idee, welche die Begriffe der Wilden weit übersteigt. Jede Ausübung der Gewalt eines Oberhauptes, konnte nur partikulär, und durch die gegenwärtigen Bedürfnisse der Lage, erheischt seyn. Der sichtliche Nutzen seiner Vermittelung machte diese Ausübungen täglich häufiger, und ihre oftmahlige Wiederholung bewirkte stufenweise eine auf Gewohnheit gegründete und, wenn man es so nennen mag, freywillige und daher wandelbaren Beystimmung des Volks.

Aber Philosophen die einer Parthey beygetreten sind, (wenn das nicht eine *Contradictio in terminis* ist), begnügen sich nicht

mit diesen Zugestehungen. Nicht nur in ihrer frühesten Kindheit, behaupten sie, entstand die Regierung durch die Beystimmung des Volks, oder vielmehr durch seine freiwillige Beruhigung dabey, sondern auch jetzt, da sie ihre völlige Reife erlangt hat, ruhe sie auf keinem andern Grunde. Sie versichern, daß alle Menschen noch gleich geboren werden, und keinem Prinzen und keiner Regierung Unterwerfung schuldig sind, wenn sie nicht die Verpflichtung und Sanktion eines Versprechens dazu verbindet. Da aber kein Mensch, ohne irgend eine Entschädigung die Vortheile seiner angebohrnen Freyheit aufgeben, und sich dem Willen eines andern unterwerfen wird, so muß dies Versprechen immer bedingungsweise verstanden werden: sie legt ihm keine Verbindlichkeit auf, wenn ihm nicht Gerechtigkeit und Schutz von seinem Oberherrn wird. Diese

Vortheile sind die Gegenversprechungen des Oberherrn, und wenn er ihre Erfüllung vernachlässigt, so hat er auf seiner Seite die Punkte des Vertrags gebrochen, und seinem Unterthan dadurch alle Verpflichtung zum Gehorsam erlassen. Das ist, diesem Philosophen zufolge, die Grundlage der Obergewalt in jeder Staatsverfassung; und das ist das Recht zur Widersetzlichkeit, das jeder Unterthan besitzt.

Wollten diese Vernünftler sich aber in der Welt umsehen, so würden sie nichts in derselben antreffen, das im geringsten ihren Ideen entspricht, oder ein so verfeinertes und philosophisches System bestätigen kann. Im Gegentheil finden wir überall Fürsten, die ihre Unterthanen für ihr Eigenthum wollen angesehen wissen, und ihr unabhängiges Recht auf die Oberherrschaft, auf Eroberung oder Erbfolge stützen. Ueberall finden wir auch

Unterthanen, welche dieses Recht ihres Fürsten anerkennen, und glauben, daß sie eben sowohl mit der Verpflichtung zum Gehorsam gegen einen bestimmten Oberherrn, als mit der Verpflichtung zur Ehrfurcht und zur kindlichen Liebe gegen bestimmte Eltern geböhren seyen. Allezeit hält man die Verbindungen für gleich unabhängig von unserer Einwilligung, in Persien und China; in *) Frankreich und Spanien, und selbst in Holland und England, und wo nur die oben erwähnten Lehrsätze nicht sorgfältig eingeprägt wurden. Gehorsam oder Unterwerfung

*) *Daß das Raisonnement unrichtig sey, und daß das Bewußtseyn der Rechte des ersten Vertrages in der Seele des Menschen nur schlummern, nie erlöschen könne, hat die Schweiz und Holland so gut als das ehemals so slavisch gesinnte französische Volk zuerst gezeigt.*

wird so alltäglich, daß die meisten Menschen, so wenig die Entstehung oder Ursache derselben untersuchen, als den thätigen Grund der Schwere, des Widerstandes, oder irgend eines allgemeinen Naturgesetzes. Bewegt sie auch Neugier jemahls dazu, so beruhigen sie sich doch sogleich, und erkennen ihre Verpflichtung zur Unterwürfigkeit an, sobald sie erfahren, daß *) ihre Vorfahren mehrere Jahrhunderte oder seit undenklichen Zeiten der bestehenden Regierungsform oder der herrschenden Familie unterworfen gewesen sind. Würdet ihr, in den meisten Theilen der Welt, lehren, daß politische Verbindungen durchaus auf freywilliger Zustimmung

**) Im Original steht, daß sie selbst oder ihre Vorfahren etc. Für die Abänderung dieser Nachlässigkeit glaube ich keiner Entschuldigung zu bedürfen.*

oder einem gegenseitigen Versprechen gegründet seyen, so würden die Gerichte euch bald, als einen Aufrührer, der die Bande des Gehorsams zerreißen wolle, einkerkern, — wenn eure Freunde euch nicht schon vorher als wahnsinnig, wegen der Behauptung solcher Absurditäten, in Verwahrung gebracht hätten. Es ist sonderbar, daß eine Vernunft- handlung, deren Ausübung man einem jeden Einzelnen zuschreibt, und zwar nachdem er zum Gebrauch seiner Vernunft gekommen sey, weil sie sonst keine Gültigkeit haben könnte; — daß eine solche Handlung, sage ich, ihnen allen so unbekannt seyn sollte, daß auf der ganzen Erde kaum einige Spur oder Erinnerung davon übrig ist. *)

*) *Wie wichtig alle diese Gründe gegen die Existenz des Urvertrages sind, sieht man deutlich, sobald man sich nur die Mühe nimmt, sie*

Aber der Vertrag, auf dem die Verfassung sich gründet, ist, sagt man, der ursprüngliche Vertrag, und kann daher für zu alt angesehen werden, um zu der Kenntniss

auf irgend ein anderes schon zertrümmertes Vorurtheil anzuwenden. Z. B. Mehr als ein Jahrtausend hindurch maßte sich die Kirche es an, vorzuschreiben, was die Menschen glauben sollten; ihnen ihre Sünden zu vergeben oder sie zur Hölle zu verdammen. Sie stützte dies Recht — nicht auf Eroberung oder Erbfolge, sondern sogar — auf göttliche Verleihung. Überall waren die Menschen von der Rechtmässigkeit dieser Anmassungen überzeugt; überall waren sie ihnen so alltäglich geworden, dass niemand ihren Ursprung untersuchte, und dass man den Widersetzlichen mit Feuer und Schwerdt verfolgte. Fast niemand wagte mehr den Gedanken, oder erinnerte sich des Rechts, seine

der jetzigen Generation gelangt zu seyn. Versteht man unter derselben die Uebereinkunft durch welche wilde Menschen zuerst eine Gesellschaft bildeten, und ihre Stärke

Vernunft zur Prüfung vorgetragener Glaubenssätze zu brauchen. Und dießs Recht — existirt es etwa nicht? Oder kann es verjähren? Oder, als man Kirchenlehrer einsetzte, hatte man etwa nicht den stillschweigenden Vertrag mit ihnen gemacht, daß sie vernünftige und heilsame Sachen lehren würden? Und trat nicht jeder neue Lehrling, ohne daß er sich dessen bewußt war, in alle Vorbehaltungen und Rechte dieses Vertrages? — Daß Hume den Urvertrag zu einer Handlung jedes Einzelnen macht, ist blos ein sophistischer Kunstgriff. Nicht daß jeder für sich diesen Vertrag errichte, sagen seine Gegner: denn das bleibt unmöglich. Er ward ein für allemahl stillschweigend ge-

vereinigten, so muß man ihn für wirklich anerkennen: aber da er so veraltet ist, da ihn tausend Abwechselungen der Verfassung und der Fürsten verwischten: wie kann man annehmen, daß er noch einige Gültigkeit haben soll? Wenn wir seiner ja erwähnen wollen, so müssen wir behaupten, daß jede einzelne Regierung, die rechtmäßig ist, und den Unterthan im Geringsten zur Unterwerfung verpflichtet, zuerst auf Beystimmung und einer freywilligen Abmachung gegründet ward. Aber dieses setzt voraus, daß die Einstimmung der Väter die Kinder bis auf die spä-

troffen: aber jedem, von dem man vermöge desselben Leistungen fordert, ist man die bestimmten Gegenleistungen schuldig. Gewährt man sie nicht, so ist der Vertrag gebrochen, auch wenn der Leidende nie seine Rechte einsähe.

teste Generation binden könne (was republikanische Schriftsteller nie zugestehen werden), — welches weder durch Geschichte noch Erfahrung in irgend einem Zeitalter oder Lande in der Welt bestätigt ist.

Fast alle Regierungen die gegenwärtig bestehen, oder von denen die Geschichte einiges Andenken aufbehält, sind ursprünglich auf Usurpation, oder Eroberung, oder auf beyden gegründet worden, ohne daß von einer offenen Zustimmung oder freywilligen Unterwerfung des Volkes die Rede war. Wenn ein geschickter und kühner Mann an die Spitze einer Armee oder Faktion gestellt wird, so ist es ihm oft sehr leicht, bald durch Gewalt, bald durch erdichtete Vorwände, seine Herrschaft über ein Volk festzusetzen, das hundertmal zahlreicher ist, als seine Anhänger. Er erlaubt keine so offene Kommunikation, daß seine Feinde mit Gewissheit

ihre Anzahl, oder ihre Stärke erfahren können. Er läßt ihnen nicht Zeit sich zur Widersetzung zu vereinigen. Selbst die Werkzeuge seiner Anmassung können seinen Fall wünschen; aber ihre Unbekanntheit mit ihren gegenseitigen Absichten hält sie in Furcht, und ist die einzige Quelle seiner Sicherheit. Durch dergleichen Künste sind viele Regierungen gegründet worden, und das ist der ganze Urvertrag, dessen sie sich rühmen können.

Die Gestalt der Erde verändert sich unaufhörlich, durch das Anwachsen kleiner Fürstenthümer zu grossen Reichen, und durch die Auflösung grosser Reiche in kleine Fürstenthümer; durch das Anpflanzen der Colonien, und das Auswandern ganzer Stämme. Kann in allen diesen Ereignissen etwas anders als Macht und Gewaltthätigkeit aufgefunden werden? Wo ist die wechselseitige

Beystimmung oder freywillige Verbindung, von der man so viel spricht?

Selbst der gelindeste Weg auf dem eine Nation einen fremden Herrn bekommen kann, eine Heyrath oder ein Testament ist nicht sehr ehrenreich für ein Volk; sondern setzt voraus, dass man mit ihm, wie mit einer Mitgift oder einem Vermächtniss nach dem Wohlgefallen oder Nutzen seiner Beherrscher schalten könne.

Wo hingegen keine Gewalt sich einmischt, sondern Wahlen statt finden: was ist eine solche so hoch gepriesene Wahl? Es ist entweder die Verbindung einiger wenigen Grossen, die statt des Ganzen entscheiden und keinen Widerspruch gestatten; oder es ist die Wuth einer Menge, die einem auf-rührerischen Anführer folgt, der vielleicht nicht einem Dutzend unter ihr bekannt ist, und seinen Vorrang bloß seiner eigenen Un-

verschämtheit, oder einer augenblicklichen Laune seiner Gefährten verdankt.

Haben diese unordentlichen Wahlen, die noch dazu sehr selten sind, ein so mächtiges Ansehen, daß sie für die einzige rechtmäßige Begründung jeder Regierung und Unterwerfung gelten können?

In der That, es giebt kein fürchterlicheres Ereigniß, als die gänzliche Auflösung einer Verfassung, die den großen Haufen entfesselt, und die Bestimmung oder Wahl einer neuen Einrichtung von einer Menge abhängig macht, die sich an Zahl dem ganzen Volkskörper nähert: denn der ganze Körper entscheidet eigentlich nie. Jeder weise Mann wünscht, in so einem Falle, einen General an der Spitze einer mächtigen und folgamen Armee zu sehen, der schnell den Preis ergreifen, und dem Volke einen Herrn geben könne, den selbst zu wählen,

es so unfähig ist. So wenig entspricht That und Wirklichkeit jenen philosophischen Begriffen. *)

Die bey der Revolution **) getroffene Verfügung muß uns nicht betrügen, oder so sehr für einen philosophischen Ursprung der Regierung einnehmen, daß wir jeden andern für ungeheuer und unregelmäßig hal-

*) *Sehr richtig: aber wenn man vom Urvertrage spricht, so ist von den Rechten der Staatsbürger, nicht von dem Gebrauch die Rede, den sie von denselben machen, oder machen können.*

**) *Hume spricht von der Revolution in England, durch die im Jahr 1688 Jakob der Zweite vom Throne gestossen, Wilhelm der Dritte auf denselben erhoben und die Erbfolge bestimmt ward.*

ten. Selbst dieses Ereigniß war weit davon entfernt, mit jenen verfeinerten Vorstellungen überein zu stimmen. Nur die Erbfolge, und zwar in dem königlichen Antheil an der Regierung, ward damals geändert, und es war nur die Majorität in einer Versammlung von siebenhundert Personen, welche diese Veränderung für beynahe zehn Millionen bestimmte. Ich zweifele wirklich nicht daran, daß diese zehn Millionen sich willig bey der Bestimmung beruhigten, aber war ihnen die geringste Wahl gelassen worden? Ward sie nicht mit Recht von dem Augenblicke an für entschieden angenommen, und jedermann bestraft, der dem neuen Beherrscher Unterwerfung verweigerte? Wie hätte die Sache sonst zu irgend einem Ausfchlage oder einem Ende gebracht werden können?

Die Republik Athen war, glaube ich, die entschiedendste Demokratie von der wir

in der Geschichte lesen. Dennoch finden wir, wenn wir die Weiber, die Sklaven und die Fremden, wie es seyn muß, abrechnen, daß weder die anfängliche Einrichtung noch irgend ein Gesetz von dem zehnten Theil derjenigen bestimmt ward, die denselben gehorchen mußten: und dann haben wir noch nicht die Inseln und auswärtigen Besitzungen in Rechnung gebracht, welche die Athenienser, vermöge des Eroberungsrechts, als ihr Eigenthum ansahen. Es ist überdem bekannt, wie ausschweifend und unordentlich es bey den Volksversammlungen zuging, ungeachtet der Einrichtungen und Gesetze die dem vorbeugen sollten: wie viel ausschweifender müßten sie da ausfallen, wo sie nicht durch die Verfassung bestimmt werden, sondern nur bey der Auflösung der alten Regierung zusammen stürmen, um eine neue einzuführen? Wie chimärisch muß es seyn,

unter solchen Umständen von einer Wahl zu sprechen?

Die Achäer genossen der freyesten und vollkommensten Demokratie im ganzen Alterthume: dennoch brauchten sie, wie wir von Polybius *) erfahren, Gewalt, um einige Städte in ihren Bund zu zwingen.

Heinrich der Vierte und Heinrich der Siebente, Könige von England, hatten in der That kein Recht auf den Thron, als eine Parlementswahl: dennoch wollten sie es nie eingestehen, aus Furcht, ihr Ansehen dadurch zu schwächen. Sonderbar gehandelt, wenn Einwilligung und Versprechen der Grund aller Gewalt ist.

Umsonst sagt man, daß zum wenigsten jede Regierung zuerst auf Volksbewilligung

*) *Lib. II. Cap. 18.*

gegründet sey, oder es doch seyn sollte, so weit der Drang der menschlichen Angelegenheiten es erlaubt. Dies begünstigt völlig meine Meynung. Ich behaupte, die menschlichen Angelegenheiten werden nie diese Einwilligung, selten den Anschein derselben erlauben. Eroberung, oder Usurpation, das heisst, gerade herausgesagt, Gewalt, welche die alte Regierung vernichtet, ist der Ursprung fast aller neuen, die je in der Welt errichtet wurden. In den wenigen Fällen, wo Einwilligung scheinen mag Statt gefunden zu haben, war sie gewöhnlich so unregelmässig, so beschränkt, oder so durchwebt mit Betrug und Gewaltthätigkeit, dass sie kein sehr grosses Gewicht haben kann.

Es ist hier nicht meine Absicht zu behaupten dass Volksbewilligung, wo sie statt findet, nicht eine rechtmässige Grundlage

der Regierung sey. Sicherlich ist sie die beste und heiligste von allen. Ich behaupte nur, daß sie sehr selten in einigem Grade, und nie in ihrer vollen Ausdehnung wirklich Statt gefunden habe: und daß man also auch irgend eine andere Stiftung der Regierung annehmen müßte. Hätten alle Menschen eine so unveränderliche Hochachtung für die Gerechtigkeit, daß sie sich von selbst jedes Angriffs auf fremdes Eigenthum enthalten, so wären sie ewig in dem Zustande einer unbeschränkten Freyheit geblieben, ohne Unterwürfigkeit gegen irgend eine Gerichtsbarkeit oder politische Gesellschaft, Aber das ist ein Zustand von Vollkommenheit, deren man die menschliche Natur mit Recht unfähig glaubt. Wiederum besäßen alle Menschen einen so erleuchteten Verstand, allezeit ihren eigenen Nutzen einsehen zu können, so würde man sich keiner

Regierung unterworfen haben, die nicht auf Einwilligung gegründet, und von jedem Gliede der Gesellschaft reiflich geprüft worden wäre. Aber auch dieser Zustand von Vollkommenheit ist weit über der menschlichen Natur. Vernunft, Geschichte und Erfahrung zeigen uns, daß alle politische Gesellschaften einen viel weniger regelmässigen Ursprung gehabt haben, und wenn wir einen Zeitraum ausheben wollen, wo die Einstimmung des Volkes am wenigsten geachtet wurde, so ist es gerade jener, in dem eine neue Regierung eingeführt ward. Bey einer begründeten Verfassung werden seine Neigungen oft zu Rathe gezogen; aber während der Wuth der Revolutionen, der Eroberungen und öffentlichen Zerrüttungen, entscheiden gewöhnlich kriegerische Gewalt oder politische Geschicklichkeit den Streit.

Wenn eine neue Regierung eingeführt

wird, es sey durch welche Mittel es wolle, so ist das Volk meistens unzufrieden mit ihr, und gehorcht mehr aus Furcht und Nothwendigkeit, als aus einer Vorstellung von Unterwürfigkeit und moralischer Verpflichtung. Der Fürst ist wachsam und eiferfüchtig, und muß sorgfältig auf seiner Hut seyn, gegen jeden Anfang oder Anschein von Aufstand. Allmählig entfernt die Zeit diese Schwierigkeiten, und gewöhnt die Nation, die Familie welche sie anfangs als Usurpatoren und fremde Eroberer betrachtete, für ihre rechtmässigen und erblichen Fürsten zu halten. Um diese Meynung zu begründen, wenden selbige nicht irgend einen Begriff von freywilliger Beystimmung oder Gewährleistung an, welche, wie sie wissen, in diesem Falle nie erwartet oder gefordert wurde. Die ursprüngliche Einrichtung ward durch Gewalt gebildet, und aus Nothwendigkeit angenom-

men. Die darauf folgende Verwaltung wird gleichfalls durch Macht aufrecht erhalten, und nicht aus Wahl, sondern gleichsam aus Schuldigkeit, beruhigt sich das Volk bey derselben. Es glaubt nicht, daß seine Einstimmung dem Fürsten ein Recht giebt: aber es stimmt bereitwillig ein, weil es denkt, er habe durch langen Besitz ein Recht erlangt, das unabhängig von der Wahl oder Neigung der Unterthanen sey.

Wollte man sagen, dadurch, daß man in dem Gebiete eines Fürsten, das man verlassen könne, lebe, bewillige jeder Einzelne stillschweigend die Gewalt desselben, und verspreche ihm Gehorsam, so kann man antworten, eine solche vorausgesetzte Einwilligung könne nur dann angenommen werden, wenn ein Mensch glaubt, daß die Sache von seiner Wahl abhängt. Denkt er aber, (wie alle Menschen, die unter bestimmten

Regierungen geböhren find,) daß er durch seine Geburt einem gewissen Fürsten oder einer gewissen Regierungsform Unterwerfung schuldig ist, so wäre es widersinnig Einwilligung oder Wahl hineinzulegen, auf die er ausdrücklich in diesem Falle Verzicht thut.

Können wir im Ernste sagen, daß ein armer Bauer oder Handwerker die freye Wahl hat, sein Land zu verlassen, da er keine fremden Sprachen versteht, und keine fremde Lebensart kennt, und von einem Tage zum andern von seinem kleinen Arbeitslohne lebt? Eben so gut könnten wir behaupten, daß ein Mensch der in einem Schiffe bleibt, freiwillig die Oberherrschaft des Besitzers anerkenne, obgleich er im Schlaf an Bord gebracht ward, und um es zu verlassen in den Ocean springen, und in dem An-

genblicke seiner Entweichung umkommen müßte. *)

Wie, wenn ein Fürst seinen Unterthanen verböte, sein Gebiet zu verlassen, wie unter dem Tiberius **) es einem römischen

*) *Ein andres Land ist kein Ocean, und unter einem fremden Volke, dessen Sprache man nicht versteht, zu leben, keine natürliche Unmöglichkeit. Wie hätten sonst die Refugees in Deutschland und die deutschen Colonisten im südlichen Rußland fortkommen können? Mifslich ist es freylich, aber wer sich durch Schwierigkeiten zurück halten läßt, bleibt nicht weil er muß, sondern weil er feige ist.*

**) *Tacit. annal. Lib. 17, Cap. 14. — Wieder sehr sonderbar! Dafs ein Tyrann die Rechte seiner Unterthanen kränkt, beweist nicht, dafs diese Rechte nicht existiren. Es beweist*

Ritter zum Verbrechen angerechnet ward, daß er, um der Tirannej jenes Kaisers zu entgehen, versucht hatte zu den Parthern zu entfliehen? Oder wie vormahls die Russen alles Reisen bey Todesstrafe verboten. *) Und wenn ein Fürst bemerkte, daß viele von seinen Unterthanen von dem Wahnsinne, in fremde Länder auszuwandern, ergriffen würden, so würde er mit grossem Fug und Recht sie zurückhalten, um der Entvölkerung seines eigenen Reiches vorzubeugen. Hätte er die Unterwürfigkeit aller seiner Unterthanen

nur, daß sie nicht Muth genug haben, ihr Leben an die Erhaltung derselben zu wagen,

**) Eigentlich ward nur das Auswandern verboten, im Jahr 1556, weil alles nach Casan und Astrakan zog. Aus diesem Verbote entstand die Leibeigenheit.*

durch ein solches weises und nothwendiges Gesetz verwirkt? Gleichwohl wäre ihnen in dem Falle gewiss die Freyheit zu wählen, entzogen.

Eine Gesellschaft von Menschen, die ihr Vaterland verliessen, um irgend ein unbesohntes Land zu bevölkern, könnten wählen, ihre angebohrne Freyheit zu erlangen, aber sie würden bald finden, dass ihr Fürst noch Ansprüche auf sie machte, und selbst in ihrer neuen Niederlassung, sie seine Unterthanen nennete. Auch würde er darinn den gewöhnlichen Vorstellungen der Menschen ganz gemäß handeln.

Die wirklichste stillschweigende Einwilligung, die jemahls bemerkt wird, tritt ein, wenn ein Fremder sich in irgend einem Lande niederlässt, und mit dem Fürsten, der Regierung und den Gesetzen, denen er sich unterwerfen muss, schon vorher bekannt ist.

Dennoch erwartet man weniger Unterwürfigkeit von ihm, und verläßt sich auch weniger auf die feine, obgleich sie freywilliger ist, als auf die eines gebohrnen Unterthans. Im Gegentheil behauptet der Fürst seines Vaterlandes noch immer ein Recht an ihm. Bestraft er den Abtrünnigen nicht, wenn er ihn im Kriege für seinen neuen Fürsten erhascht, so ist diese Milde nicht auf das bürgerliche Recht gegründet, das in allen Ländern den Gefangenen verurtheilt, sondern auf die Uebereinkunft der Fürsten, welche diese Nachsicht bewilligten, um Repressalien vorzubeugen.

Wenn eine Menschen-Generation auf einmal von dem Schauplatze ab, und eine andere aufträte, wie es mit den Seiden-Würmern und Schmetterlingen der Fall ist, so könnte das neue Geschlecht — wenn es, wie es bey Menschen gewifs niemals ist, Verstand

genug dazu befähigt, — freywillig und durch allgemeine Einwilligung eine neue Form der bürgerlichen Verfassungen einführen, ohne Rücksicht auf die Gesetze und das Herkommen, welche bey ihren Vorfahren galten. Da aber das menschliche Geschlecht in einer beständigen Flut ist, stündlich einer die Welt verläßt, und ein anderer sie betritt, so ist es nothwendig zur Festigkeit der Regierung, daß der junge Nachflugs sich der eingeführten Verfassung anschmiege, und genau dem Pfade folge, den seine Väter, die selbst in die Fußstapfen der ihrigen traten, für sie bahnten. Einige Neuerungen müssen nothwendig in jeder menschlichen Einrichtung statt finden, und ein Glück ist es, wenn der erleuchtete Genius des Zeitalters sie auf die Seite der Vernunft, Freiheit und Gerechtigkeit leitet. Kein Einzelner aber ist berechtigt, gewaltsame Neuerungen zu machen; selbst wenn die gesetz-

gebende Macht sie trifft, sind sie gefährlich, und allezeit muß man mehr Schaden als Vortheil von ihnen erwarten. Wenn die Geschichte uns Beyspeile vom Gegentheile giebt, so dürfen diese doch nicht als Belege angeführt werden. Sie beweisen nur, daß die Staatskunst wenig Regeln habe, die nicht Ausnahmen gestatten, und zuweilen durch Glück und Zufall aufgehoben werden können. Die gewaltsamen Neuerungen unter der Regierung Heinrich des Achten, geschahen durch einen gebietrischen Monarchen, den das Ansehen in der gesetzgebenden Gewalt unterstützte. Die Neuerungen unter Carl dem Ersten entsprangen aus Parteygeist und Schwärmerei. Beide Arten hatten einen glücklichen Erfolg: aber selbst die erstern waren lange die Quelle vieler Unordnungen und noch mehrerer Gefahren, und wenn die letzteren zum Maasstabe der Unterwürfigkeit

angenommen werden sollten, so müßte eine völlige Anarchie sich der menschlichen Gesellschaft bemächtigen, und jede Regierung auf einmal aufgehoben werden.

Man nehme an: ein Usurpateur habe seinen rechtmässigen Fürsten und die königliche Familie verbannt, und seine Herrschaft auf zehn oder zwölf Jahre in irgend einem Lande festgesetzt; er erhalte eine so genaue Kriegszucht unter seinen Truppen, und eine so regelmässige Einrichtung bey seinen Besatzungen, daß nie ein Aufruhr gegen seine Verwaltung entstanden, so gar kein Murren gegen dieselbe gehört worden wäre: kann man behaupten, das Volk, das im Herzen seine Verrätherey verabscheuet, habe stillschweigend seine Gewalt bewilliget, und ihm Unterwürfigkeit versprochen, bloß weil es aus Noth unter seiner Herrschaft lebt? Man nehme wiederum an, der erbliche Fürst würde,

etwa durch eine Armee, die er in einem fremden Lande anwarb, wieder eingesetzt, so wird das Volk ihn mit Freude und Jubel empfangen, und deutlich zeigen, mit welchem Widerwillen es ein fremdes Joch ertrug. Nun frage ich: auf welchem Grunde fusset das Recht des Fürsten? Gewiss nicht auf die Einwilligung des Volks: *) denn obgleich die Nation sich willig seine Regierung gefal-

*) Ganz gewiss darauf. So lange das Volk nicht das Aeufserste wagt, sich dem Ursurpateur oder dem Fürsten zu widersetzen, willigt es ein, um sich die Gefahren des Widerstandes zu ersparen. Es läßt über sich schalten, um den Aufwand an Blute zu vermeiden, den die Geltendmachung seiner Rechte kosten würde. Der ganze Unterschied ist nur, dafs es lieber mit dem rechtmässigen Fürsten contrahirt, als mit dem Thronenräuber.

len läßt, so fällt's ihm doch gar nicht ein, daß ihre Einwilligung ihn zum Herrscher macht. Sie willigt ein, weil sie glaubt, er sey schon durch seine Geburt ihr rechtmäßiger Beherrscher. Die stillschweigende Einwilligung aber die man jetzt aus ihrem Beharren unter seiner Herrschaft herleiten könnte: die ist nichts mehr, als was sie vormahls dem Tyrannen und Thronenräuber zugestanden.

Wenn wir behaupten, daß jede rechtmäßige Regierung aus der Einwilligung des Volkes entspringe, so thun wir ihr gewiß vielmehr Ehre an, als sie verdient, oder sogar von uns erwartet oder verlangt. Nachdem das römische Gebiet zu ungeheuer für die republikanische Regierung geworden war, so fühlte das Volk in der ganzen bekannten Welt sich dem Augustus sehr verbunden, daß er die Oberherrschaft, obgleich durch

Gewaltthätigkeiten, an sich gerissen hatte, und zeigte eben so viel Geneigtheit sich dem Nachfolger zu unterwerfen, dem er es durch sein Testament übergab. Nachmals war es ein Unglück für das Volk, daß nie eine lange Folge von Fürsten aus einer Familie Statt fand, sondern die Erbfolge unaufhörlich, entweder durch Meuchelmord oder durch öffentlichen Aufruhr unterbrochen ward. So bald eine Familie erloschen war, erwählten die Prätorianer einen Kaiser, die östlichen Legionen einen zweyten, die in Teutschland vielleicht einen Dritten, und das Schwerdt allein konnte den Zwist entscheiden. Der Zustand des Volks in dieser mächtigen Monarchie wäre beklagenswerth, nicht weil die Wahl des Kaisers ihm nicht überlassen ward, denn das war unausführbar; — sondern weil es nie eine Reihe von Herren erhielt, die regelmäfsig auf einander folgen konnten.

Die Gewaltthätigkeiten, die Kriege, das Blutvergießen, die bey jeder neuen Einsetzung vorfielen, können nicht getadelt werden, denn sie waren unvermeidlich.

Das Haus Lankaster herrschte sechzig Jahr in dieser Insel, dennoch schienen sich die Anhänger der weissen Rose täglich in England zu vermehren. Die gegenwärtige Einrichtung *) hat noch länger gedauert. Sind alle rechtmässige Ansprüche einer andern Familie völlig erloschen, selbst obgleich zur Zeit ihrer Vertreibung kaum einer der jetzt lebenden Menschen zu den Jahren der Vernunft gelangt war, oder in ihre Herrschaft willigen und ihr Gehorsam versprechen konnte? Gewiss ein hinreichender Beweis,

*) Nehmlich die protestantische Erbfolge in England.

wie die Menschen im Allgemeinen über diesen Punkt denken. Wir tadeln die Anhänger der entsetzten Familie nicht deshalb, daß sie während einer so langen Zeit ihre eingebildete rechtmässige Treue beybehalten haben: wir tadeln sie, daß sie einer Familie anhängen, von der wir behaupten, daß sie mit Recht vertrieben ward, und die, in dem Augenblicke, da die neue Einrichtung getroffen ward, alles Recht auf die Regierung verloren hatte.

Will man aber eine regelmässigere, oder wenigstens eine mehr philosophische, Widerlegung dieses Grundsatzes von einem Urvertrage oder einer Volksbewilligung, so können vielleicht folgende Betrachtungen dazu dienen.

Alle moralische Pflichten können in zwey Klassen getheilt werden. Die erste enthält diejenigen, zu denen der Mensch durch einen natürlichen Instinkt oder einen unmittelbaren Hang angetrieben wird, der auf ihn wirkt,

ganz unabhängig von allen Vorstellungen der Verpflichtung und allen Rücksichten auf öffentlichen oder Privat-Nutzen. Von dieser Art sind die Kindesliebe, Dankbarkeit gegen Wohlthäter, Mitleid gegen Unglückliche. Wenn wir über die Vortheile nachdenken, die der Gesellschaft aus solchen menschlichen Naturtrieben erwachsen, so gestehen wir ihnen den gebührenden Tribut moralischer Billigung und Achtung zu. Die Person aber, die durch ihren Antrieb handelt, fühlt ihre Macht und ihren Einfluss, ehe sie irgend eine solche Betrachtung macht.

Die zweyte Gattung der menschlichen Pflichten besteht aus solchen, die durch keinen ursprünglichen Naturtrieb unterstützt, sondern blos aus Gefühl der Verpflichtung geübt werden, wenn wir die Bedürfnisse der menschlichen Gesellschaft erwägen, und die Unmöglichkeit ihrer Fortdauer, im Fall diese

Pflichten vernachlässigt würden. Hierdurch wird Gerechtigkeit oder die Beachtung fremden Eigenthums, Treue oder die Erfüllung seines Versprechens, zur Pflicht und erlangt Autorität über die Menschen. Denn da jeder Mensch sich offenbar selbst mehr liebt, als irgend einen andern, so ist er natürlich geneigt, seine Anmassungen so weit als möglich zu treiben, und nichts kann diesen Hang beschränken, als Nachdenken und Erfahrung, welche ihn die nachtheiligen Folgen einer solchen Gesetzlosigkeit kennen, und die gänzliche Auflösung der menschlichen Gesellschaft einsehen lassen, die aus derselben entstehen müßte. Sein ursprünglicher Hang oder Instinkt wird also hier durch spätere Ueberlegung oder Beobachtung gezügelt und beschränkt.

Mit den politischen oder bürgerlichen Pflichten der Unterwürfigkeit, ist der Fall

völlig derselbe, wie mit den natürlichen Pflichten der Gerechtigkeit und Treue. Unser Grundtrieb ist, uns eine unbeschränkte Freyheit einzuräumen, oder uns die Herrschaft über andere anzumassen. Nur Ueberlegung bewegt uns, diese lebhaften Begierden den Vortheilen der Ruhe und der öffentlichen Ordnung aufzuopfern. Ein kleiner Grad von Erfahrung oder Beobachtung reicht hin, uns zu lehren, daß die Gesellschaft unmöglich ohne das Ansehen der Obrigkeit erhalten werden kann, und daß dies Ansehen bald in Verachtung gerathen muß, wenn man ihnen nicht genauen Gehorsam leistet. Die Bemerkung dieser allgemeinen und sichtlichen Vortheile ist die einzige Quelle aller Unterwürfigkeit und der Verpflichtung, aus der wir sie herleiten.

Wo ist also die Nothwendigkeit, die Pflicht der Unterwerfung oder des Gehor-

fams gegen die Obrigkeit, auf die Pflicht der Treue oder die Erfüllung eines Versprechens zu gründen, oder anzunehmen, die Einwilligung jedes Einzelnen sey es, was ihn der Regierung unterwerfe? Man sieht ja, daß beyde, Unterwerfung und Treue, auf einem Grunde fussen, und die Menschen beyde wegen des scheinbaren Nutzens und der Bedürfnisse der menschlichen Gesellschaft beobachten. Wir sind verbunden, sagt man, unserm Beherrscher zu gehorchen, weil wir es stillschweigend versprochen haben. Aber warum sind wir verbunden, unser Versprechen zu halten? Hier muß man behaupten, der Umgang und die Verbindung des Menschengeschlecht, die solche wichtige Vorthelle gewähren, können keine Sicherheit haben, wo die Menschen ihre Verpflichtungen nicht beachten. Eben so kann man sagen, die Menschen könnten gar nicht in einer Gesellschaft,

wenigstens in keiner civilisirten leben, ohne Gesetze, Obrigkeiten und Richter zu haben, welche die Anmaaßungen des Starken über den Schwachen, des Gewaltthätigen über den Gerechten und Billigen verhinderten. Die Verpflichtung zur Unterwürfigkeit hat gleiche Stärke und Autorität mit der Verpflichtung zur Treue: wir gewinnen nichts dabey, wenn wir eine in die andere auflösen. Der allgemeine Nutzen oder das Bedürfnis der Gesellschaft, ist hinlänglich, beyde zu begründen.

Wenn man nach der Ursache des Gehorsams fragt, den wir der Regierung zu leisten schuldig sind, so antworte ich folgende: „weil die Gesellschaft sonst nicht bestehen könnte;“ und diese Antwort ist klar und jederman verständlich. Eure Antwort ist: „weil wir unser Wort halten müssen.“ Aber außer dem, daß niemand eure Ant-

wort begreifen oder ihr Beyfall geben kann, ehe er in ein philosophisches System eingeweiht ist; außerdem sage ich, seyd ihr in Verlegenheit, wenn man euch fragt: warum müssen wir unser Wort halten? Auch könnt ihr keine Antwort geben, als eine solche, die sogleich, ohne Umschweife, unsere Verpflichtung zur Unterwürfigkeit bewiesen haben würde.

Aber, wem ist man Unterwürfigkeit schuldig, und wer ist unser gesetzmässiger Oberherr? Diese Frage ist oft die schwierigste von allen, und knüpft unendliche Untersuchungen an. Wenn ein Volk so glücklich ist, antworten zu können: „Unser gegenwärtiger Beherrscher, der in gerader Linie „Vorfahren beerbt, die uns viele Jahrhunderte hindurch beherrscht haben;“ so giebt diese Antwort keiner Einwendung Raum, selbst wenn Geschichtsforscher, welche dem

Ursprunge der königlichen Familie bis in die entfernteste Vorzeit nachspüren, finden sollten, wie es gewöhnlich geschieht, daß ihre erste Herrschaft aus Usurpation und Gewaltthätigkeiten entsprang. Es wird eingestanden, daß Privatgerechtigkeit oder die Enthaltung von fremdem Eigenthume eine der wichtigsten Haupttugenden sey. Gleichwohl sagt uns die Vernunft, genau untersucht, könne man auf fortdaurende Gegenstände, wie Ländereyen und Häuser, die von Hand zu Hand gehen, kein Eigenthumsrecht haben, das nicht in irgend einem Zeitpunkte auf Betrug oder Ungerechtigkeit gegründet ward. Die Bedürfnisse der menschlichen Gesellschaft erlauben, weder im privaten noch im öffentlichen Leben, eine solche genaue Untersuchung. Auch giebt es keine Tugend oder moralische Pflicht, die nicht leicht hinweg vernünftelt werden kann, wenn wir ei-

ner falschen Philosophie erlauben, sie durch jede verfängliche Regel der Logik zu fichten, und in jeder Beleuchtung und Lage, deren sie fähig ist, zu durchgrübeln.

Die Untersuchungen über das Privat-Eigenthum haben, wenn wir die Commentare zum Grundtexte rechnen, unzählige juristische und philosophische Werke gefüllt, und am Ende können wir doch mit Recht behaupten, daß viele der dort aufgestellten Regeln ungewiss, zweydeutig und willkürlich sind. Dieselbe Meinung kann man von der Erbfolge, den Rechten der Fürsten und von den Regierungsformen haben. Es giebt so gar offenbar Fälle, besonders in der Kindheit jeder Verfassung, die sich gar nicht nach den Gesetzen der Gerechtigkeit und Billigkeit entscheiden lassen. Rapin behauptet, daß der Streit zwischen Eduard dem Dritten und Philipp von Valois dieser Art gewesen

fey, und nur durch eine Apellation an den Himmel, das heist, durch Krieg und Gewaltthätigkeit, hätte entschieden werden können.

Wer kann mir sagen, ob Germanikus oder Drusus dem Tiberius hätte folgen sollen, im Fall er, als sie beyde noch lebten, gestorben wäre, ohne einen von ihnen zu seinem Nachfolger zu ernennen? Musste das Recht der Adoption für gleichgeltend mit dem Rechte der Blutverwandschaft angesehen werden, bey einer Nation, wo es einerley Gewicht in Privatfamilien besaß und schon zweymal in den Angelegenheiten des Allgemeinen gegolten hatte? Musste Germanikus für den ältern Sohn angesehen werden, weil er vor Drusus gebohren war, oder für den jüngern, weil er nach der Geburt seines Bruders adoptirt ward? Musste das Recht der Erstgeburt bey einer Nation gelten,

wo es in Privat-Familien keinen Vortheil bey der Erbschaft gewährte? Musste das römische Reich, zweyer Beyspiele wegen, für erblich gehalten werden? Oder musste es so früh schon, als das Eigenthum des Stärkern oder des gegenwärtigen Besitzers angesehen werden, da es auf eine noch so neue Usurpation gegründet war?

Commodus bestieg den Thron nach einer ziemlich langen Reihe vortreflicher Kaiser, die ihr Recht nicht durch Geburt oder öffentliche Wahl, sondern durch den erkünstelten Ritus der Adoption erlangt hatten. Als dieser blutdürstige Wüftling, durch eine plötzliche Verschwörung zwischen seiner Beyschläferinn und ihrem Geliebten, der zufällig damals die prätorianische Leibwache befahl, ermordet war, so berathschlagten diese sogleich, wen sie, nach dem Ausdruck der damaligen Zeit, zum Herrn der Welt er-

wählen sollten; sie warfen ihre Augen auf Pertinax. Ehe der Tod des Tyrannen bekannt ward, gieng der Präfeckt heimlich zu diesem Sanator, der bey der Erscheinung der Soldaten glaubte, Commodus habe seine Hinrichtung befohlen. Er ward sogleich vom dem Offizier und seinen Begleitern als Kaiser begrüßt, freudig vom Volke ausgerufen; mit Widerwillen von der Leibwache angenommen; förmlich vom Senate anerkannt, und von den Provinzen und den Armeen des Reichs gleichgültig empfangen.

Das Misvergnügen der prätorianischen Banden brach in eine plötzliche Empörung aus, welche die Ermordung dieses vortreflichen Fürsten bewirkte. Nun war die Welt ohne Herrn und ohne Regierung, und die Leibwachen fanden für gut, das Reich förmlich feil zu bieten. Julian, der Käufer, ward von den Soldaten ausgerufen: der Senat

erkannte ihn an, das Volk unterwarf sich ihm, und auch die Provinzen hätten sich unterwerfen müssen, wenn nicht der Neid der Legionen Widerstand erzeugt hätte. Pescennius Niger in Syrien erwählte sich selbst zum Kaiser, erlangte die tumultuarische Einwilligung seiner Armee, und ward heimlich durch das Wohlwollen des Senats und des römischen Volks begünstigt. Albinus in England fand ein gleiches Recht, Ansprüche zu machen, aber Severus, der Pannonien regierte, behielt am Ende die Oberhand über beyde. Da dieser geschickte Staatsmann und Krieger seine Geburt und Würde zu tief unter der kaiserlichen Krone fand, so bekannte er sich anfangs nur zu der Absicht, den Tod des Pertinax zu rächen. Er zog als General nach Italien, schlug Iulian, und, ohne dass wir einen bestimmten Zeitpunkt selbst von der Einwilligung der Soldaten

angeben können, ward er aus Noth vom Senate und vom Volke als Kaiser anerkannt, und völlig in seinem gewaltthätigen Ansehen, durch die Ueberwindung des Niger und des Albinus, bestätigt.

Inter haec, sagt Capitolinus, indem er von einem andern Zeitpunkte spricht, Gordianus Caesar sublatu*s* a militibus. Imperator est appellatus, quia, non erat alius in praesenti. Man muß bemerken, daß Gordianus ein vierzehnjähriger Knabe war.

Viele ähnliche Beyspiele finden sich in der Geschichte der Kaiser; in der Geschichte der Nachfolger Alexanders und vieler andern Länder. Auch kann nichts unglücklicher seyn, als eine despotische Regierung dieser Art, wo die Nachfolge so unterbrochen und unregelmäßig ist, und bey jeder Erledigung durch Gewalt oder Wahl bestimmt werden muß. Bey einer freyen Verfassung ist der Fall oft

unvermeidlich und auch viel weniger gefährlich. Der Nutzen der Freyheit kann dort sehr oft das Volk dahin bringen, zu seiner eigenen Vertheidigung, die Nachfolge zur Krone, abzuändern. Die aus Theilen zusammen gefügte Verfassung kann noch mit hinlänglicher Festigkeit auf den aristokratischen und demokratischen Gliedern ruhen, wenn auch das monarchische von Zeit zu Zeit verändert wird, um es den erstern anzupassen.

Wenn bey einer unumschränkten Regierung sich kein rechtmässiger Fürst findet, der Anspruch auf den Thron hat, so kann man mit Sicherheit annehmen, daß er dem ersten Besitznehmer gehört. Beyspiele dieser Art sind nur zu häufig, besonders in der Geschichte der orientalischen Reiche. Wenn ein fürstliches Geschlecht ausstirbt, so wird das Testament oder die Bestimmung des

letzten Beherrschers als ein Recht angesehen. So würde das Edikt Ludwigs des vierzehnten, der in Ermangelung aller rechtmäßigen Prinzen, die unehelichen zur Erbfolge berief, in diesem Falle, einige Gültigkeit haben. *)

*) *Es ist merkwürdig, dass man sich in der Bewahrung des Herzogs von Bourbon und der rechtmäßigen Fürsten gegen diese Bestimmung Ludwigs des vierzehnten, selbst bey der unumschränkten Französischen Regierung, auf die Lehre vom Urvertrage beruft. Da die Französische Nation, sagen sie, Hugo Capet und seine Nachkommenschaft erwählte, über sie und ihre Nachkommenschaft zu herrschen, so behielt sie sich ein stillschweigendes Recht vor, im Fall die erste Linie ausstürbe, eine neue königliche Familie zu erwählen, und dies Recht werde dadurch verletzt, dass man ohne Beystimmung der Nation, die unehelichen Prinzen zum Throne*

So schaltete das Testament Karls des zweyten
über die ganze spanische Monarchie. —

berufe. Aber der Graf von Boulainvilliers,
der zur Vertheidigung der unehelichen Prinzen
schrieb, macht diese Vorstellung vom Urvertrage
bäckerlich, besonders in der Anwendung auf
Hugo Capet, der den Thron, sagt er, durch
eben die Künste besieg, welche alle Eroberer
und Usurpatoren angewandt haben. Er liess,
nachdem er sich in Besitz gesetzt hatte, wirklich
sein Recht von den Ständen anerkennen: aber
ist das eine Wahl oder ein Vertrag? Wir
müssen bemerken, dass der Graf von Boulain-
villiers ein ausgezeichnete Republikaner war:
aber als ein gelehrter und in der Geschichte be-
wunderter Mann wufste er, dass das Volk fast nie
bey solchen Revolutionen und neuen Einrich-
tungen zu Rathe gezogen würde, und dass die
Zeit allein Anspruch und Recht auf dasjenige

Auch die Abtretung von Seiten des vorigen Besitzers, vorzüglich wenn sie mit der Eroberung verbunden ist, wird für ein gültiges Recht gehalten.

Das allgemeine Band, das uns der Regierung verpflichtet, ist der Nutzen und Bedürfniss der Gesellschaft, und dieses Band ist sehr stark. Aber die Beziehung desselben auf diesen oder jenen einzelnen Fürsten oder irgend eine Regierungsform, ist oft ungewisser und zweifelhafter. Gegenwärtiger Besitz hat in diesen Fällen ein ansehnliches Gewicht, und zwar ein größeres als beym Privateigenthume, wegen der Unordnungen, die alle Revolutionen und Regierungs-Veränderungen begleiten.

Ich will nur noch dies anmerken, ehe

gebe, was anfangs auf Macht und Gewaltthätigkeit gegründet wurde.

ich schliesse: obgleich in den spekulativen Wissenschaften, der Metaphysik, der Natur-Philosophie oder Astronomie, das Berufen auf die allgemeine Meynung für unschicklich und nichtsbeweisend gehalten werden kann, so ist doch in allen Fragen die Beziehung auf Sitten so wohl als auf Critik haben, kein anderes Hauptgesetz, durch das irgend ein Streit entschieden werden kann. Nichts beweist deutlicher, daß eine Theorie dieser Art irrig ist, als wenn man findet, daß es zu Paradoxen führt, die mit den allgemeinen Gefühlen des Menschengeschlechts und mit der Handlungs- und Denkungsart aller Nationen und aller Zeitalter in Widerspruch stehen. Die Lehre die alle gesetzmäßige Regierung auf einen Urvertrag oder eine Bestimmung des Volkes gründet, ist offenbar von dieser Art. Auch hat der berühmteste ihrer Anhänger bey ihrer Vertheidigung kein

Bedenken getragen, zu behaupten: *) die unumschränkte Monarchie sey unverträglich mit der bürgerlichen Gesellschaft und folglich keine bürgerliche Regierungsform; ferner könne die oberste Gewalt keinem Menschen in einem Staate, durch Taxen oder Auflagen einen Theil seines Eigenthums ohne seine oder seiner Repräsentanten Einwilligung nehmen. Es ist leicht zu bestimmen, welches Ansehen irgend ein moralisches Raisonement haben kann, das zu Meynungen führt, die so weit von dem allgemeinen Gebrauch der Menschen an jedem Orte, außer England, entfernt sind.

Die einzige Stelle eines alten Schriftstellers, wo die Verpflichtung zum Gehorsam gegen die Regierung aus einem Versprechen

*) *Locke on Government. chap. VII. §. 90. und chap. XI. §. 138. 139. 140.*

hergeleitet wird, findet sich im Criton des Plato, wo Sokrates sich weigert aus dem Gefängnisse zu entfliehn, weil er stillschweigend versprochen habe, den Gesetzen zu gehorchen; und auf die Art eine aristokratische Folgerung des leidenden Gehorsams, aus einer demokratischen Behauptung des Urvertrages herleitet.

Neue Entdeckungen sind in diesen Sachen nicht zu erwarten. Da kaum jemand, ausgenommen vor sehr kurzem, sich einfallen liefs, dafs die Regierung auf einem Vertrage gegründet sey, so ist es gewifs, dafs sie im allgemeinen keine solche Grundlage haben kann. *)

*) Das heifst schliessen: da Jahrtausende vergingen, ehe man die Gesetze der Optik entdeckte, so ist es gewifs, dafs die Menschen vorher nicht gesehen haben.

Das Vergehen des Aufruhrs hieß bey
den Alten gewöhnlich: *novas res moliri*,
νεωτεριζειν.

Ueber
den U r - V e r t r a g
der menschlichen Gesellschaft
oder
Grundzüge des Staats - Rechts

v o n
J. J. R o u f f e a u.

— *Foederis aequas*
Dicamus leges.

Aeneid. XI.

Donnerstag

Abend

J. M. Kollmann

Erstes Buch.

Indem ich die Menschen so nehme wie sie find, und die Gesetze, wie sie seyn können, will ich untersuchen, ob es in der bürgerlichen Verfassung irgend eine rechtmäßige und sichere Regel der Verwaltung geben kann. Ich werde mich bey dieser Untersuchung bemühen, immer was das Gesetz erlaubt mit dem was der Nutzen befiehlt, zu verbinden, damit Gerechtigkeit und Nützlichkeit nicht getrennt erscheinen.

Ich beginne mein Unternehmen, ohne die Wichtigkeit des Gegenstandes zu beweisen. Man wird fragen, ob ich Fürst oder Gesetzgeber sey, daß ich über Staatskunst schreibe? Ich antworte: Nein! und eben deshalb

schreibe ich über Staatskunst. Wäre ich Fürst oder Gesetzgeber: ich würde meine Zeit nicht darauf verschwenden, zu sagen was man thun müsse. Ich würde es thun oder schweigen.

Ich bin gebohrner Bürger eines freyen Staats, folglich Glied des Souverains: so schwachen Einfluß in die öffentlichen Geschäfte also meine Stimme auch haben mag, so legt das Recht sie zu geben, mir doch die Pflicht auf, mich von diesen Geschäften zu unterrichten. Wie glücklich bin ich, so oft ich über die Regierungen nachdenke, neue Urfachen zu finden, warum ich meine vaterländische lieben müsse.

Erstes Kapitel.

Inhalt dieses ersten Buches.

Der Mensch wird frey gebohren und überall ist er in Fesseln. Mancher hält sich für den Herrn anderer und ist dennoch mehr Sklave als sie. Wodurch hat diese Umwandlung geschehen können? Ich weifs es nicht. Was kann sie rechtmässig machen? Diese Aufgabe glaube ich lösen zu können.

Zöge ich nur die Stärke und ihre Wirkung in Betracht, so würde ich sagen: so lange ein Volk zum Gehorsam gezwungen wird, thut es wohl, zu gehorchen; so bald es sein Joch abschütteln kann, thut es noch besser daran, es von sich zu werfen. Wenn es seine Freyheit durch dasselbe Recht wieder

erringt, durch das man sie ihm raubte, so begeht es in dieser Rücknahme eine rechtliche Handlung, oder es war widerrechtlich, sie ihm zu entreißen. Aber die Ordnung der Gesellschaft ist ein geheiligtes Recht, das allen andern zur Grundlage dient. Gleichwohl entspringt es nicht aus der Natur: und muß sich also auf Abmachungen gründen. Es kommt darauf an, zu erfahren, worin diese Abmachungen bestehen. Ehe ich davon spreche, muß ich meine Behauptungen beweisen.

Zweytes Kapitel.

Von den ersten Gesellschaften.

Die älteste aller Gesellschaften und die einzige natürliche, ist die Familie. Gleichwohl sind die Kinder nur so lange mit dem Vater verbunden, als sie seiner zu ihrer Erhaltung bedürfen. So bald dies Bedürfnis aufhört, löst sich das natürliche Band. Die Kinder werden frey von dem Gehorsam, der dem Vater gebührte, der Vater wird frey von der Sorgfalt die er den Kindern schuldig war: alle kehren auf gleiche Weise zur Unabhängigkeit zurück. Wenn sie ihre Verbindung fortsetzen, so ist es nicht mehr Natur-Nothwendigkeit, sondern freywillig: selbst die Familie besteht nur durch Uebereinkunft.

Diese gemeinschaftliche Freyheit ist eine nothwendige Folge der Natur des Menschen. Sein vornehmstes Gesetz ist, für seine eigene Erhaltung zu wachen; seine vornehmste Sorgfalt die, welche er sich selbst schuldig ist. So bald er das Alter der Vernunft erreicht hat, ist er allein Richter der Mittel die zu seiner Erhaltung taugen, und folglich sein eigener Herr.

Die Familie ist also, wenn man will, das erste Muster der politischen Gesellschaften. Das Oberhaupt ist die Nachbildung des Vaters, das Volk die Nachbildung der Kinder, und da alle gleich und frey gebohren werden, entsagen sie ihrer Freyheit nur ihres eigenen Nutzens wegen. Der ganze Unterschied ist: in der Familie belohnt die Liebe zu seinen Kindern den Vater für die Sorgfalt, die er ihr widmet; im Staate aber vertritt das Vergnügen zu befehlen die

die Stelle der Liebe, die das Oberhaupt nicht für seine Unterthanen empfindet.

Grotius läugnet, daß jede menschliche Herrschaft zum Besten der Beherrschten eingeführt ward: als Beleg nennt er die Sklaverey. Seine gewöhnlichste Schlußweise ist, daß er das Recht auf die Ausübung desselben gründet. *) Man könnte eine vernünftigere Methode befolgen, aber keine die den Tyrannen günstiger wäre.

Nach Grotius ist es also zweifelhaft, ob

*) „Die gelehrten Untersuchungen über das öffentliche Recht sind oft nichts, als die Geschichte aller Mißbräuche: man gewinnt nur unzeitigen Starrsinn dabey, wenn man sie zu viel studiret.“ *Traité des intérêts de la France avec ses voisins par Mr. le Marquis d'Argenson.* — Grade so gieng es Grotius, (und Humen beym vorstehenden Aufsatze.)

das Menschen - Geschlecht etwa hundert Männern, oder ob dieses Hundert dem menschlichen Geschlechte gehört; in seinem ganzen Werke scheint er für das erstere gestimmt: auch Hobbes ist dieser Meinung. So wäre also das menschliche Geschlecht in Heerden abgetheilt, und jede hätte ein Oberhaupt, das sie hütet, um sie zu verschlingen.

Wie ein Hirt von einer erhabnern Natur ist als seine Heerde, sind die Menschenhirten auch von einer erhabnern Natur als ihre Unterthanen. So schloß, nach Philons Bericht, der Kaiser Caligula, und folgerte aus dieser Aehnlichkeit mit ziemlicher Consequenz, daß die Könige Götter, oder die Unterthanen Vieh wären.

Der Schluss des Caligula stimmt mit jenem überein, den Hobbes und Grotius machten. Aristoteles hatte vor ihnen allen auch gesagt, daß die Menschen nicht von

Natur gleich wären, sondern daß die einen zur Sklaverey und die andern zum Herrschen gebohren würden.

Aristoteles hatte Recht, aber er verwechselte die Wirkung mit der Ursache. Jeder in der Knechtschaft geborne Mensch, wird zur Knechtschaft gebohren: nichts ist gewisser. In den Fesseln verliert der Mensch alles, bis auf das Verlangen, sich ihrer zu entledigen: er liebte seine Dienstbarkeit, wie die Gefährten des Ulysses ihre Thierheit liebten.*^{*)} Giebt es also Sklaven von Natur, so sind sie es, weil es Sklaven gab, die es auf widernatürliche Weise wurden. Die Gewalt

*^{*)} Man sehe den kleinen Traktat des Plutarchus: die Thiere handeln vernunftgemäfs. — In Rücksicht der politischen Knechtschaft ist R—s Behauptung oft wahr: in Rücksicht der persönlichen aber nicht.

hat die ersten Sklaven gemacht: die Nichtswürdigkeit derselben hat ihr Geschlecht verewigt.

Ich habe nichts von dem Könige Adam gesagt, noch von dem Kaiser Noah, dem Vater dreyer grossen Monarchen, welche die Welt unter sich theilten, wie die Söhne des Saturns, die man in ihnen hat erkennen wollen. Ich hoffe, dass man mir für diese Mässigung Dank wissen wird: denn da ich in gerader Linie von einem dieser Fürsten, und vielleicht von der ältesten Linie abstamme: wer weiss, ob eine Beprüfung meiner Ansprüche nicht bewiese dass ich der rechtmässige König des Menschengeschlechts sey? Doch dem sey wie ihm wolle; man kann nicht läugnen, dass Adam König der Welt gewesen sey, wie Robinson König seiner Insel, so lange er sie allein bewohnte.

Das Bequemste bey diesem Reiche, war, daß
der Monarch, sicher auf seinem Throne,
weder Aufrühre, noch Kriege, noch Ver-
schwörer zu fürchten hatte.

Drittes Kapitel.

Vom Recht des Stärkern

Der Stärkste ist niemals stark genug, beständig zu herrschen, wenn er seine Stärke nicht in Recht, und den Gehorsam in Pflicht verwandelt. Daher stammt das Recht des Stärkern, ein Recht das man dem Anscheine nach nur aus Ironie anführt, das aber in der That als Grundsatz gilt. Wird man uns aber niemals dies Wort erklären? Die Stärke ist ein physisches Vermögen: ich sehe nicht welche moralische Folgerung aus ihren Wirkungen entspringen kann. Der Gewalt nachgeben ist eine Handlung der Nothwendigkeit, nicht des Willens; höchstens kann es für eine Handlung der Klugheit

gelten. In welcher Rücksicht kann es Pflicht seyn?

Wir wollen für einen Augenblick dieß angebliche Recht gelten lassen: nichts als ein unauflösbarer Galimathias, behaupte ich, folgt aus demselben. Denn sobald die Stärke das Recht macht, so wird die Wirkung mit der Ursache verwandelt: jede Stärke welche die erste überwiegt, tritt in die Rechte derselben. Sobald man ungestraft ungehorsam seyn kann, ist man berechtigt es zu seyn: und da der Stärkste immer Recht hat, braucht man nur seine Maafsregeln so zu nehmen, daß man der Stärkste sey. Aber was ist ein Recht, das mit der Stärke aufhört? Wann man aus Zwang gehorchen muß, braucht man es nicht aus Pflicht, und wenn man nicht mehr zum Gehorsam gezwungen wird, ist man auch nicht mehr dazu verpflichtet. Man

heht also, daß das Wort Recht, der Stärke kein größeres Gewicht giebt: es ist hier völlig sinnlos.

„Gehorchet den Gewaltigen.“ Heißt das, gebet der Uebermacht nach, so ist das Gebot gut, aber überflüssig. Jede Gewalt kommt von Gott, das gesteh' ich ein: aber jede Krankheit kommt auch von ihm. Sollte es darum verboten seyn, den Arzt zu rufen? Ueberfällt mich ein Straßenträuber im Walde, so bin ich gezwungen, ihm meine Börse zu geben; wäre ich aber im Stande sie ihm zu entziehen: verbindet mich das Gewissen sie ihm zu reichen? Seine Pistole ist ja auch eine Gewalt.

Wir wollen also nur gestehen, daß Stärke kein Recht gewährt, und daß man nur der rechtmäßigen Gewalt Gehorsam schuldig ist. Wir kommen also immer auf meine erste Frage zurück.

Viertes Kapitel.

Von der Sklaverey.

Da kein Mensch eine natürliche Gewalt über seinen Nächsten hat, und da die Stärke kein Recht giebt, so bleiben nur noch die Abmachungen, als Grundlage aller rechtmäßigen Gewalt unter den Menschen, übrig.

Kann ein Einzelner, sagt Grotius, seine Freyheit veräußern, und sich zum Sklaven eines Herrn machen: warum sollte ein ganzes Volk nicht auch die seinige veräußern und sich einem Könige unterwerfen können? Dieser Satz enthält viele vieldeutige Ausdrücke, die einer Erörterung bedürften: aber wir wollen uns nur an das Wort „veräußern“ halten. Veräußern heißt ver-

schenken oder verkaufen. Wenn aber ein Mensch sich zum Sklaven eines andern macht, so verschenkt er sich nicht, er verkauft sich, zum wenigsten für den Unterhalt. Wofür verkauft sich denn ein Volk? Weit entfernt daß ein König seinen Unterthanen Unterhalt reiche, bezieht er den seinigen nur von ihnen, und nach Rabelais braucht ein König nicht wenig. Die Unterthanen verschenken also ihre Person unter der Bedingung, daß man ihnen auch ihr Vermögen nehme? Ich sehe nicht, was ihnen dann noch übrig bleibt.

Man wird sagen, der Despot sichert seinen Unterthanen bürgerliche Ruhe. Es sey; aber was gewinnen sie bey derselben, wenn die Kriege, die sein Ehrgeiz ihnen zuzieht, wenn seine unerfättliche Habgier, wenn die Erpressungen seiner Minister sie mehr bedrängen, als ihre Zwistigkeiten es

könnten. Was gewinnen sie dabey, wenn diese Ruhe selbst ein Theil ihres Elendes ist? Auch in den Gefängnissen lebt man ruhig: ist das genug, um in denselben glücklich zu seyn? Die Griechen, die in der Höle des Cyklopen eingesperrt waren, lebten dort ruhig, bis sie die Reihe traf, verschlungen zu werden.

Wer da sagt, ein Mensch vergebe sich umsonst, bringt eine unbegreifliche Abgeschmacktheit vor. Eine solche Handlung ist widergesetzlich und nichtig, schon deshalb, weil der Handelnde nicht bey gesunder Vernunft ist. Wer dasselbe von einem Volke sagt, setzt ein Volk voraus, das aus lauter Wahnsinnigen besteht, und Wahnsinn schafft kein Recht.

Könnte jeder auch sich selbst veräußern, so kann er doch nicht seine Kinder veräußern. Als Menschen und frey werden sie

gebohren. Ihnen gehört ihre Freyheit, und niemand, als sie selbst, kann darüber schalten.

So lange sie nicht zum Alter der Vernunft gelangt sind, kann der Vater in ihrem Namen zu ihrer Erhaltung, zu ihrem Wohlfeyn Bedingungen vestsetzen: aber er kann sie nicht unwiderruflich und ohne Bedingungen hingeben. Eine solche Hingabe ist, den Absichten der Natur zuwider, und überschreitet alle väterliche Gerechtsame. Wenn also eine willkührliche Regierung rechtmäfsig seyn sollte, müßte es von jeder Generation des Volkes abhängen, sie anzunehmen oder zu verwerfen: aber dann wäre diese Regierung nicht mehr willkührlich.

Der Freyheit entsagen, heisst seiner Menschheit, den Menschenrechten, selbst seinen Pflichten entsagen. Für den, der auf alles Verzicht thut, ist keine Entschädigung möglich. Eine solche Entsagung ist unver-

einbar mit der Natur des Menschen: wer seinem Willen alle Freyheit nimmt, nimmt seinen Handlungen alle Moralität. Kurz, es ist eine nichtige und sich selbst widersprechende Uebereinkunft, auf einer Seite unbeschränkte Gewalt, und auf der andern gränzenlosen Gehorsam fest zu setzen. Ist es nicht klar, daß man demjenigen nichts schuldig ist, von dem man das Recht hat, alles zu fordern, und zieht diese einzige Bedingung ohne Ersatz, ohne Tausch, nicht die Nichtigkeit des ganzen Vorganges nach sich? Denn welches Recht könnte mein Sklave gegen mich haben, da alles was er hat, mir gehört? Auch sein Recht gehörte mir, und mein Recht gegen mich selbst ist ein Wort ohne Sinn.

Grotius und andere sehen in dem Kriege eine andere Quelle des angeblichen Knechtschaft-Rechtes. Der Ueberwinder, sagen sie,

hat das Recht den Ueberwundenen zu tödten; dieser kann also sein Leben für seine Freyheit erkaufen, eine Uebereinkunft die um so rechtmässiger ist, da beyde Theile dabey gewinnen.

Aber es ist klar, daß das vorgebliche Recht die Ueberwundenen zu tödten, keinesweges aus dem Kriegsstande entspringe. Schon daher daß die Menschen in ihrer ursprünglichen Unabhängigkeit in keinem Verhältniß zu einander stehen, das daurend genug wäre, um einen Krieges- oder Friedensstand bestimmen zu können, schon daher sind sie nicht von Natur Feinde. Nicht das Verhältniß der Menschen, sondern der Sachen bildet den Krieg; und da der Kriegsstand nicht aus den einfachen persönlichen Beziehungen, sondern nur aus den Sachverhältnissen entspringen kann, so ist der Privatkrieg, oder der Krieg des Einzelnen gegen den Einzel-

nen, nicht möglich, weder im Stande der Natur, wo es kein Eigenthum giebt, noch im gesellschaftlichen Stande, wo alles unter der Gewalt der Gesetze ist.

Die Privatgefechte, die Zweykämpfe, die Scharmützel sind nicht Verhandlungen, die einen Stand bilden. Die Privat-Kriege, die durch die Einrichtungen Ludwigs des Neunten, Königs von Frankreich, für rechtlich erklärt, und durch den Gottesfrieden abgeschafft wurden, waren Mißbräuche der Lehns-Regierung, des abgeschmacktesten aller Systeme, das den Grundsätzen des Naturrechts und jeder gesunden Staatskunst widerspricht.

Der Krieg ist also nicht ein Verhältniß eines Menschen zum andern, sondern eines Staates zum andern, bey welchem die Einzelnen nur zufällig Feinde sind, nicht als

Menschen, selbst nicht als Bürger,*) sondern als Soldaten, nicht als Glieder des Vaterlandes, sondern als Vertheidiger desselben.

*) Die Römer, die das Kriegerrecht besser als irgend ein Volk in der Welt kannten und ehrten, trieben die Gewissenhaftigkeit in diesem Stücke so weit, daß es keinem Bürger erlaubt war, als Freywilliger zu dienen, ohne sich ausdrücklich verpflichtet zu haben, gegen den Feind, und zwar namentlich gegen einen bestimmten Feind, zu fechten. Eine Legion, in der Cato der Sohn, unter Popilius seine ersten Dienste that, war umgebildet worden; Cato, der Vater, schrieb daher an Popilius, wenn er wünsche, daß sein Sohn fortführe unter ihm zu dienen, so solle er ihm einen neuen Kriegseid leisten lassen. Sein erster Eid sey aufgehoben, daher könne er nicht länger die Waffen gegen den Feind führen. Derselbe Cato schrieb seinem Sohne, er solle sich hüten

Kurz, jeder Staat kann nur andere Staaten zu Feinden haben, und nicht Menschen, da man unter Dingen von verschiedener Natur kein wahres Verhältniß festsetzen kann.

Dieser Grundsatz stimmt mit den Maximen aller Zeitalter, und mit dem beständigen Gebrauch aller policirten Völker überein. Die Kriegserklärungen sind nicht sowohl Benachrichtigungen der Mächte, als ihrer Unterthanen. Der Fremde, sey er nun König, Privatmann oder ein Volk, — der Unterthanen beraubt, tödtet oder gefangen hält,

in die Schlacht zu gehen, eh' er den neuen Eid geleistet habe. Ich weifs wohl, daß man mir die Belagerung von Clusium und andre einzelne Vorfälle entgegen setzen könnte. Aber ich führe Gesetze und Gebräuche an. Die Römer haben am seltensten ihre Gesetze überschritten, und sie sind die einzigen, welche so schöne Gesetze hatten.

ohne dem Fürsten derselben den Krieg anzukündigen, ist nicht ein Feind: er ist ein Räuber. Selbst im Laufe des Krieges bemächtigt ein gerechter Fürst sich im feindlichen Lande wohl alles dessen, was dem Gemeinwesen gehört, aber er verschont die Person und das Vermögen der Einzelnen: er beachtet die Rechte, auf denen sich die seinigen gründen.

Der Zweck des Krieges ist die Zerstörung des feindlichen Staats: man hat also das Recht, die Vertheidiger desselben zu tödten, so lange sie die Waffen in der Hand haben. So bald sie aber das Gewehr strecken und sich ergeben, hören sie auf Feinde oder Werkzeuge des Feindes zu seyn: sie werden wieder bloß Menschen, und man hat kein Recht mehr über ihr Leben. Zuweilen kann man den Staat tödten, ohne einem einzigen seiner Glieder das Leben zu nehmen: der Krieg aber giebt kein Recht, das nicht den

Zweck desselben beziele. Diese Grundsätze stimmen nicht mit denen des Grotius überein; sie sind nicht auf dem Ansehen der Dichter gegründet, aber sie fließen aus der Natur der Sachen, und gründen sich auf die Vernunft.

Das Eroberungsrecht hat keine andre Grundlage als das Gesetz des Stärkern. Wenn der Krieg dem Sieger nicht das Recht giebt, die überwundenen Völker nieder zu hauen, so kann dieß Recht, das er nicht besitzt, ihn auch nicht berechtigen, sie zu unterjochen. Man hat nicht das Recht, den Feind zu tödten, als wenn man ihn nicht zum Sklaven machen kann; das Recht ihn zum Sklaven zu machen, entspringt also nicht aus dem Rechte ihn zu tödten. Es ist also ein unmenschlicher Tausch, ihm für seine Freyheit sein Leben, auf das man kein Recht hat, zu verkaufen. Wenn man das

Recht über Leben und Tod auf dem Rechte der Sklaverey gründet, und das Recht der Sklaverey auf dem Rechte über Leben und Tod: ist es nicht deutlich, daß man einen fehlerhaften Zirkelschluss macht?

Selbst wenn man auch das schreckliche Recht alles zu tödten, anerkennt, so behaupte ich doch, daß im Kriege gemachte Sklaven und ein erobertes Volk, ihrem Herrn zu nichts verpflichtet sind, als ihm so lange zu gehorchen, als man sie dazu zwingt. Der Ueberwinder liefs sie das Leben eintauschen: er schenkt es ihnen also nicht. Anstatt den Sklaven fruchtlos zu tödten, hat er ihn nur auf eine nützliche Weise getödtet. Weit entfernt also, daß er über ihn irgend eine mit der Stärke verbundene Autorität erlangt haben sollte, dauert der Kriegszustand zwischen ihnen noch immer fort, wie vorher. Ihr Verhältniß selbst ist eine Wir-

kung davon, und die Ausübung des Kriegsrechts setzt keinen Friedens-Vertrag voraus. Sie haben eine Uebereinkunft getroffen; es sey: aber diese Uebereinkunft, weit entfernt den Kriegsstand aufzuheben, beruht auf die Fortdauer desselben.

Von welcher Seite man die Sache ansehen mag, immer bleibt das Recht der Sklaverey nichtig, nicht nur weil es ungesetzmässig, sondern auch weil es abgeschmackt ist und keinen Sinn hat. Die Worte Sklaverey und Recht widersprechen einander, und heben sich gegenseitig auf. Spräche es der Einzelne zum Einzelnen, spräche es ein Einzelner zum Volke, immer wäre es gleich unsinnig, zu sagen: „Ich treffe einen Vertrag mit dir, der nur dich drücken, nur mir nützen soll; ich werde ihn halten so lange es mir gefällt, und du sollst ihn halten, so lange es mir gefällt.“

Fünftes Kapitel.

Immer muß man zu einem Urvertrage hinauf gehn.

Wenn ich alles, was ich bisher widerlegt habe, zugestände, so wären die Beschützer des Despotismus darum nicht weiter gekommen. Immer bleibt ein großer Unterschied zwischen der Unterjochung einer Menge und der Regierung einer Gesellschaft. Gerathen zerstreute Menschen nach einander unter die Herrschaft eines einzigen, so sehe ich dabey, sie mögen noch so zahlreich seyn, doch nur einen Herrn und seine Sklaven, nicht ein Volk und sein Oberhaupt. Es ist, wenn man will, eine Versammlung, nicht eine Verbindung. Sie haben weder ein Gemeinwohl, noch bilden sie einen Staatskörper.

Dieser Mensch, und hätte er die halbe Welt unterjocht, bleibt stets ein Privatmann, und sein Nutzen, getrennt von dem Nutzen der übrigen, ein Privatnutzen. Kommt er um, so bleibt sein Reich zerstückt und ohne Verbindung zurück, wie eine Eiche die das Feuer verzehrte, sich auflöst und in einen Haufen Asche zerfällt.

Ein Volk, sagt Grotius, kann sich einem Könige übergeben. Nach Grotius ist ein Volk also schon ein Volk, ehe es sich einem Könige übergibt. Diese Uebergabe selbst ist eine Staats-Verhandlung und setzt eine öffentliche Berathschlagung voraus. Ehe man also die Verhandlung untersucht, durch die ein Volk einen König erwählt, thäte man wohl, die Verhandlung zu prüfen, durch welche das Volk Volk ist. Denn diese, die nothwendig vor jener hergehen muß, ist die wahre Grundlage der Gesellschaft.

In der That, wenn es keine vorhergehende Uebereinkunft gäbe, wo wäre, wofern nicht anders die Wahl einstimmig geschähe, die Verbindlichkeit der kleinern Anzahl, sich der Wahl der größern zu unterwerfen? Woher hätten hundert, die einen Herrn verlangen, das Recht für zehn, die keinen wollen, zu stimmen? Das Gesetz der Stimmenmehrheit ist selbst nur durch Verabredung gültig und setzt voraus, daß wenigstens einmal Einstimmigkeit geherrscht habe.

Sechstes Kapitel.

Von dem gesellschaftlichen Vertrage.

Ich nehme an, die Menschen seyen zu der Stufe gelangt, wo die Hindernisse, die ihrer Erhaltung im Naturstande schaden, die Kräfte überwiegen, die jeder Einzelne zu seiner Behauptung in diesem Stande anwenden kann. Dann kann dieser ursprüngliche Zustand nicht mehr fortdauern, und das Menschengeschlecht würde aussterben, wenn es nicht seine Art des Daseyns veränderte.

Da nun die Menschen keine neuen Kräfte hervorbringen, sondern nur die vorhandenen vereinigen und lenken können, so haben sie kein anderes Mittel sich zu erhalten, als daß sie durch Anhäufung eine Summe von Kräften hervorbringen, die den Widerstand

überwiegen; — und daß sie sie ferner durch eine einzige Triebfeder in Bewegung bringen und gemeinschaftlich wirken lassen.

Diese Summe von Kräften kann nur durch das Zusammentreten mehrerer entstehen. Aber, da die Stärke und die Freyheit jedes Menschen die vornehmsten Werkzeuge seiner Erhaltung sind, wie kann er sie hingeben, ohne sich zu schaden und die Sorgfalt zu vernachlässigen, die er sich selbst schuldig ist? Wird diese Schwierigkeit auf meinen Gegenstand angewandt, so läßt sie sich so ausdrücken:

„Wie findet man eine Form der Vereinigung, welche die Person und die Habe jedes Verbündeten mit der ganzen gemeinschaftlichen Stärke vertheidigt, und bey der jeder, indem er sich mit allen vereinigt, doch nur sich selbst gehorcht und so frey bleibt, als er war?“ Das ist das Grund-

problem von dem der gesellschaftliche Vertrag die Auflösung giebt.

Die Punkte dieses Vertrages sind, durch die Beschaffenheit der Verhandlung selbst, so bestimmt, daß die geringste Abänderung sie nichtig und unwirksam machen müßte. Obgleich sie also vielleicht nirgend förmlich abgefaßt wurden, sind sie sich doch überall gleich, überall stillschweigend angenommen und anerkannt, so, daß durch den Bruch des gesellschaftlichen Vertrages, jeder in seine ersten Rechte zurücktritt, und seine natürliche Freyheit in dem Augenblicke wieder erhält, in welchem er die bedungene Freyheit, für die er sie aufgab, verliert.

Wenn man diese Punkte im gehörigen Sinne nimmt, lassen sie sich alle auf einen einzigen zurückbringen: nemlich, daß sich jeder Verbündete mit allen seinen Rechten dem Allgemeinen völlig übergiebt. Denn da

sich jeder ganz hingiebt, ist die Bedingung für alle gleich, und ist sie das, so findet keiner Vorthail dabey, sie drückend für die andern zu machen.

Noch mehr! Da die Uebergabe ohne Vorbehalt geschieht, so ist die Vereinigung so vollkommen als sie es seyn kann, und kein Verbündeter hat einen Anspruch weiter. Blicke dem Einzelnen irgend ein Recht, so wäre, — da es kein gemeinschaftliches Oberhaupt gäbe, das zwischen ihm und dem Gemeinwesen absprechen könnte, — so wäre jeder in einem Stücke sein eigener Richter, und würde bald verlangen es in allen zu seyn: der Naturstand würde fort dauern und die Verbindung müßte nothwendig Tyranny werden oder sich auflösen.

Kurz, indem sich jeder allen übergiebt, ergiebt er sich keinem. Ueber jeden Verbündeten erlangt er dasselbe Recht, das er

ihm über sich einräumt und erhält folglich den Ersatz für alles was er verliert, gewinnt aber mehr Stärke, das zu bewahren, was er hat.

Entfernt man also alles vom gesellschaftlichen Vertrage, was nicht zu dem Wesentlichen desselben gehört, so wird sein Inhalt folgender bleiben: „Jeder von uns giebt gemeinschaftlich seine Person und seine Kräfte „unter die obere Leitung des allgemeinen „Willens, und wir erkennen insgesammt „jedes Mitglied für einen unzertrennlichen Theil des Ganzen an.“

In dem Augenblick bildet dieser Verbindungsakt, statt der einzelnen Person jedes Contrahirenden, einen moralischen und zusammengesetzten Körper, der aus so viel Gliedern als die Versammlung Stimmen hat, besteht, und durch diesen Akt seine Einheit, sein gemeinschaftliches Ich, sein Leben und

seinen Willen erhält. Diese öffentliche Person die so aus der Verbindung aller andern entsteht, *) heisst ein Gemeinwesen oder eine Republik, oder ein Staats-Körper. Er wird von seinen Gliedern Staat genannt, wenn er sich leidend verhält; Souverain, wenn er

*) Rousseau sagt eigentlich „hiefs ehemals Cité und heisst jetzt Republik.“ Er beweist in einer Anmerkung dass man im alten Frankreich die Worte Cité und Citoyens im Grunde nicht verstand; Vielleicht hätte die französische Sprache sie gar nicht, nemlich in ihrem wahren Sinne, wenn man nicht in Genf französisch spräche. Im Teutschen giebt es keine gleichbedeutende Worte, denn ein Bürger, von Burg, ist offenbar ganz was anders, als ein römischer Civis. — Sonderbar genug, da das teutsche Reich selbst eine Art von Republik ist, und so viele sogenannte Freystaaten enthält,

selbst handelt; Macht, wenn man ihn mit andern seiner Art vergleicht. Die Verbündeten hingegen heißen zusammen genommen Volk; einzeln Staatsbürger (Citoyens,) weil sie Theilhaber der Obergewalt, — und Unterthanen, weil sie den Gesetzen unterworfen sind. Aber diese Ausdrücke werden oft mit einander verwirrt und verwechselt. Es ist genug daß man sie zu unterscheiden weiß, wann sie in ihrer ganzen Bestimmtheit gebraucht werden.

Siebentes Kapitel.

Von dem Souverain.

Man sieht aus jener Formel, daß die Verbindungsakte eine wechselseitige Verpflichtung des Gemeinwesens und seiner Glieder enthalte und daß jeder Einzelne, indem er so zu sagen, mit sich selbst einen Vertrag macht, sich eine doppelte Verpflichtung auflegt: nemlich als Glied, des Souverains gegen die Einzelnen, und als Glied des Staats gegen den Souverain. Man kann aber hier nicht den Grundsatz des bürgerlichen Rechts anwenden, daß niemand durch die Versprechungen, die er sich selbst thut, zu etwas verpflichtet werde. Es ist ein großer Unterschied unter Versprechun-

gen die man sich selbst thut, und denen, die man einem Ganzen leistet, von dem man ein Theil ist.

Man muß ferner bemerken, daß die öffentliche Berathschlagung, welche die Untertanen dem Souverain durch die beyden verschiedenen Rückfichten, in der man jeden betrachten muß, verpflichtet, aus dem entgegengesetzten Grunde dem Souverain keine Verpflichtung gegen ihn selbst auferlegen kann, und daß es folglich gegen die Natur eines Staatskörpers ist, daß der Souverain sich ein Gesetz auferlege, welches er nicht brechen könne. Er kann sich nur in einer einzigen Rückficht betrachten, und befände sich also dann in dem Fall eines Privatmannes, der mit sich selbst einen Vertrag machte. Hieraus erhellt, daß ein verbindendes Grundgesetz für den Volkskörper weder da ist, noch da seyn kann; nicht ein-

mal der gesellschaftliche Vertrag kann dafür angesehen werden. Das heisst indessen nicht, dieser Körper könne sich nicht einem Andern zu irgend etwas, das nur jenen Vertrag nicht verletzt, verbindlich machen: denn in Ansehung des Fremden wird er ein einfaches einzelnes Wesen.

Der Staatskörper oder der Souverain verdankt aber sein Daseyn bloß der Heiligkeit des Vertrages: folglich kann er sich selbst einem andern, zu nichts verbindlich machen, was diesen ursprünglichen Vertrag verletzt, z. B. einen Theil seiner selbst, zu veräußern oder sich einem andern Souverain zu unterwerfen. Den Vertrag der ihm das Daseyn giebt, brechen, hiesse sich vernichten, und nichts wirkt nichts.

So bald diese Menge auf die Art in einen Körper verbunden ist, kann man kein Glied

deffselben beleidigen, ohne den Körper anzugreifen; noch weniger den Körper angreifen, ohne daß die Glieder darunter leiden. So verbindet Pflicht und Nutzen beyde kontrahirende Theile auf gleiche Weise, sich gegenseitig zu unterstützen. und dieselben Menschen müssen in dieser doppelten Beziehung alle Vorthéile zu verbinden suchen, die davon abhängen.

Der Souverain nun, der nur von den Einzelnen, aus denen er besteht, gebildet wird, hat kein Intresse, das dem ihrigen widerspricht, und kann es nicht haben. Demzufolge bedarf die herrschende Macht keines Bürgen bey den Unterthanen. Unmöglich kann der Körper allen seinen Gliedern schaden wollen: daß er keinem derselben einzeln schaden könne, werden wir weiterhin sehn. Der Souverain, dadurch allein

dafs er existirt, ist immer völlig was er seyn soll.

Mit dem Verhalten der Unterthanen gegen den Souverain ist es aber anders: ungeachtet des gemeinschaftlichen Nutzens könnte ihm nichts für ihre Verheissungen bürgen, wenn er nicht Mittel fände, sich ihrer Treue zu versichern.

Wirklich kann jeder Einzelne als Mensch einen besondern Willen haben, der dem allgemeinen Willen, den er als Staatsbürger hat, widerspricht, oder doch von ihm verschieden ist. Sein besonderer Vortheil kann etwas anders von ihm verlangen, als der gemeinschaftliche. Sein bestimmtes und von Natur unabhängiges Daseyn kann ihn das, was er dem Gemeinwesen schuldig ist, als einen freywilligen Beytrag ansehen lassen, dessen Einbüßung den andern weniger schaden könne, als ihm die Abtragung beschwer-

lich ist. Er könnte die moralische Person, die den Staat bildet, für ein Vernunft - Wesen halten, weil sie kein Mensch ist, und der Rechte des Staatsbürgers genießen, ohne die Pflichten des Unterthans erfüllen zu wollen: eine Ungerechtigkeit, deren Fortschritte den Untergang des Staatskörpers verursachen würde.

Damit also der gesellschaftliche Vertrag nicht ein leeres Formular sey, enthält er stillschweigend diese Abmachung, die allein den übrigen Kraft geben kann: dafs jeder, der dem allgemeinen Willen den Gehorsam verweigert, von dem ganzen Körper dazu gezwungen werden solle. Das heifst nichts weiter, als dafs man ihn zwingen werde, frey zu seyn: denn das ist die Bedingung die jeden Bürger, indem sie ihn dem Vaterlande einverleibt, gegen alle persönliche Abhängigkeit sichert; eine Bedingung, von

der die Zusammensetzung und Wirksamkeit der politischen Maschine abhängt. Sie allein giebt den bürgerlichen Verbindungen Rechtmäßigkeit: ohne sie wären diese abgeschmackt, tyrannisch und den ungeheuersten Misbräuchen unterworfen.

Achtes Kapitel.

Staatsbürgerlicher Zustand.

Dieser Uebergang aus dem Stande der Natur in den staatsbürgerlichen, wirkt in dem Menschen eine sehr merkwürdige Veränderung, denn er setzt in dem Betragen desselben die Gerechtigkeit an die Stelle des Instinkts, und giebt seinen Handlungen die Moralität, die ihnen vorher fehlte. Die Stimme der Pflicht ertönt statt des physischen Triebes, das Recht befiehlt statt der Begierde, und alsdann sieht der Mensch, der bis dahin nur auf sich selbst Rücksicht nahm, sich gezwungen, nach andern Grundsätzen zu handeln, und die Vernunft zu Rathe zu zie-

hen, ehe er seinen Neigungen folgt. Obgleich er sich in diesem Stande mehrerer Vortheile begiebt, die ihm die Natur gewährte, so erhält er doch viel grössere zum Ersatz. Seine Fähigkeiten werden geübt und entwickelt, seine Begriffe erweitert, seine Gefühle veredelt, seine ganze Seele in dem Grade erhoben, dafs, wenn der Misbrauch seines neuen Zustandes ihn nicht oft unter seinen vorigen erniedrigte, er unaufhörlich den glücklichen Augenblick segnen müfste, der ihn dem letztern auf ewig entrifs, und aus einem geistlosen beschränkten Thiere, ein einsichtsvolles Wesen, einen Menschen machte.

Wir wollen diese Abwägung auf leicht zu vergleichende Punkte bringen. Der Mensch verliert durch den gesellschaftlichen Vertrag seine natürliche Freyheit und ein unbegrenztes Recht auf alles was ihn reizt und er

abreichen kann. Dafür gewinnt er die bürgerliche Freyheit und das Eigenthum alles dessen, was er besitzt. Um sich in diesen Abwägungen nicht zu betrügen, muß man die natürliche Freyheit, die keine Schranken kennt, als die Kräfte des Einzelnen, von der bürgerlichen Freyheit, welche der allgemeine Wille beschränkt, unterscheiden, so wie den Besitz, die Wirkung der Stärke oder das Recht des ersten Ergreifers, von dem Eigenthume, das sich nur auf einem positiven Anspruch gründen kann.

Dem Obigen zufolge könnte man zu den Vortheilen des staatsbürgerlichen Standes noch die moralische Freyheit hinzu fügen, die allein den Menschen wirklich zum Herren über sich selbst macht; denn der Drang der bloßen Begierde ist Sklaverey, und der Gehorsam gegen das Gesetz, das man sich selbst auflegte, ist Freyheit. Aber ich habe

schon zu viel über diesen Punkt gesagt, und
der philosophische Sinn des Wortes Freyheit
gehört nicht zu meinem jetzigen Gegen-
stande.

Neuntes Kapitel:

Von den wahren Staatsgütern.

Jedes Glied der Gesellschaft übergiebt sich ihr in dem Augenblick ihres Entstehens, nemlich, sich und seine Kräfte, von denen seine Güter einen Theil ausmachen. Zwar verändert der Besitz, indem er durch diesen Vertrag in andre Hände kommt, keinesweges seine Natur, und wird nicht Eigenthum des Beherrschers: aber da die Kräfte des Gemeinwesens die eines Privatmaunes unendlich übersteigen, so ist der öffentliche Besitz auch in der Ausübung viel sicherer begründet und viel unwiderruflicher, ohne deswegen rechtmässiger zu seyn, zum wenigsten in Rücksicht der Fremden. Denn in Ansehung seiner Glieder ist der Staat durch

den gesellschaftlichen Vertrag, der zur Grundlage aller Rechte dient, Herr ihrer Güter: aber in Ansehung der andern Mächte ist er es nur durch das Recht des ersten Besitzes, das er von den Einzelnen erhielt.

Das Recht des ersten Besitzes, obgleich es gegründeter ist als das Recht des Stärkern, wird erst durch Festsetzung des Eigenthums ein wahres Recht. Jeder Mensch hat von Natur ein Recht auf alles, dessen er bedarf, aber der bestimmte Vertrag, der ihn zum Eigenthümer irgend eines Gutes macht, schließt ihn von allem Uebrigen aus. Wenn sein Antheil bestimmt ist, muß er sich auf denselben einschränken, und hat weiter kein Recht auf die gemeinschaftlichen Güter. Aus diesem Grunde wird das Recht des ersten Besitzes, das im Naturstande so schwach ist, dem civilisirten Menschen ehrwürdig. Er ehrt es, nicht sowohl weil die fremden

Güter einem andern, als weil sie nicht ihm gehören.

Ueberhaupt müssen folgende Bedingungen eintreten, um das Recht des ersten Besitzes auf irgend ein Stück Land zu begründen. Erstlich muß dieses Land noch von niemand bewohnt werden; zweytens muß man nur so viel davon einnehmen, als man zum Unterhalt bedarf; drittens muß man sich in den Besitz davon setzen, nicht durch eine leere Ceremonie, sondern durch Arbeit und Anbau, die einzigen Zeichen des Eigenthums die, in Ermangelung gerichtlicher Ansprüche, von andern beachtet werden müssen.

Heißt es nicht wirklich dem Rechte des ersten Besitzes die möglichste Ausdehnung geben, wenn man es dem Bedürfnis und der Arbeit zugesteht? Kann man dies Recht unbeschränkt lassen? Ist es genug, ein gemeinschaftliches Stück Landes zu be-

treten, um so gleich für den Herrn desselben gelten zu wollen? Wenn man so stark ist, für einen Augenblick die übrigen Menschen von demselben zu vertreiben, reicht das hin, ihnen das Recht der Rückkehr zu nehmen? Wie kann ein Mensch oder ein Volk sich eines unermesslichen Erdstrichs bemächtigen, und es dem ganzen Menschengeschlechte rauben, ohne eine strafbare Usurpation zu üben, da er den übrigen Menschen die Wohnung und die Nahrungsmittel entzieht, welche die Natur allen gemeinschaftlich gab. Als Nunnez Balbao im Namen der Krone von Castilien am Strande Besitz vom Südmeere und dem ganzen mittäglichen Amerika nahm, war dieses hinreichend, um es den Bewohnern zu rauben, und alle andre Fürsten davon auszuschließen? Nach dieser Voraussetzung vermehrten sich die leeren Ceremonien sehr unnützer Weise, und Se. Ka.

tholische Majestät konnte sogleich von ihrem Cabinette aus, Besitz von der ganzen Welt nehmen, nur daß sie hernach alles von ihrem Reiche ausschloß, was die andern Fürsten schon vorher befassen.

Man sieht, wie die vereinigten und zusammenhängenden Ländereyen der Einzelnen, Gebiet des Gemeinwesens werden, und wie das Recht der Oberherrschaft, indem es sich von den Unterthanen auf ihre Besitzungen ausdehnt, zugleich die Güter und die Personen einschließt. Dies setzt die Landbesitzer in eine grösser eAbhängigkeit und macht ihre Kräfte selbst zu Bürgen ihrer Treue. Diesen Vorthail scheinen die Monarchen der Vorzeit nicht recht eingesehen zu haben, denn sie nannten sich nur Könige der Perfer, der Scythen, der Mazedonier, als wenn sie sich für Oberhäupter der Menschen, nicht für Herren des Landes gehalten

hätten. Die heutigen nennen sich viel schlauer Könige von Frankreich, von Spanien, von England etc. Auf die Art besitzen sie den Boden und sind also sehr sicher, auch die Bewohner desselben zu besitzen.

Das Sonderbare bey dieser Veräußerung ist, daß das Gemeinwesen, weit entfernt den Einzelnen ihre Besitzungen durch diese Aneignung zu rauben, ihnen vielmehr den rechtmässigen Besitz derselben zusichert, die Usurpation in Recht und den Genuss in Eigenthum verwandelt. Die Besitzer werden als Bewahrer des öffentlichen Vermögens angesehen, ihre Rechte werden von allen Gliedern des Staates geachtet, und durch die ganze Macht desselben gegen den Fremden beschützt. Sie haben also durch eine Abtretung, die dem Gemeinwesen, aber ihnen noch mehr, vortheilhaft ist, alles erworben, was sie hingaben. Dies Paradoxon

wird sehr leicht erklärt durch die Unterscheidung der Rechte, welche der Beherrscher und der Eigenthümer, wie man unten sehen wird, auf ein und dasselbe Grundstück haben.

Es kann geschehen, daß die Menschen anfangen sich zu vereinigen, ehe sie etwas besitzen, und wenn sie sich hernach eines für sie alle hinreichenden Erdstriches bemächtigten, es gemeinschaftlich genießten oder es unter sich vertheilen, entweder gleich oder nach Portionen, die der Souverain bestimmt. Wie dieser Erwerb auch geschehen mag, immer ist das Recht jedes Einzelnen auf sein besonderes Grundstück, dem Recht des Gemeinwesens auf alle, untergeordnet: ohne dem hätte das gesellschaftliche Band keine Festigkeit, und die Ausübung der Herrscherrechte keine wahre Kraft.

Ich werde dieses Kapitel und dieses Buch mit einer Bemerkung schließen, die

jedem gesellschaftlichen Systeme zur Grundlage dienen muß. Anstatt nemlich die natürliche Gleichheit aufzuheben, setzt der Urvertrag vielmehr eine moralische und gesetzliche Gleichheit an die Stelle der physischen Ungleichheit, welche die Natur unter den Menschen bewirken konnte. An Stärke und Geisteskraft können sie ungleich seyn, aber durch Uebereinkunft und Recht werden sie alle gleich. *)

*) *Unter schlechten Regierungen ist diese Gleichheit nur scheinbar und täuschend; sie dient nur dazu, den Armen in seinem Elende, den Reichen im Besitz seiner Anmaaßung zu erhalten. In der wirklichen Welt sind die Gesetze denen nützlich, die etwas besitzen, und denen die nichts haben, schädlich. Daraus folgt, daß der Stand der Gesellschaft nur dann den Menschen vortheilhaft ist, wenn jeder etwas, und keiner zu viel hat.*

Zweytes Buch.

Erstes Kapitel.

*Die Oberherrschaft kann nicht veräußert
werden.*

Die erste und wichtigste Folge der oben dargestellten Grundsätze ist, daß der allgemeine Wille allein die Kräfte des Staats, dem Zwecke seiner Errichtung, d. h. dem Gemeinwohl gemäß, lenken kann: denn wenn der Widerspruch der Privat-Vorteile die Errichtung der Gesellschaften nothwendig machte, so war es die Uebereinstimmung derselben Vorteile, durch welche diese Errichtung möglich wurde. Das Gemeinschaftliche dieser so verschiedenen Vorteile, bildet das gesellschaftliche Band, und

wenn es nicht einen Punkt gäbe, in dem die Vortheile aller zusammenträfen, so wäre keine Gesellschaft möglich. Diesem gemeinschaftlichen Vortheile nun allein gemäß, muß die Gesellschaft regiert werden.

Ich sage daher, die Oberherrschaft, welche die Ausübung des allgemeinen Willens ist, kann nicht veräußert, und der Souverain, als bloß collectives Wesen, nur durch sich selbst dargestellt werden. Die Macht kann wohl in andere Hände übergehen, aber nicht der Wille.

Obgleich es, in der That, nicht unmöglich ist, daß der Wille des Einzelnen in irgend einem Punkte mit dem allgemeinen Willen einstimmig sey, so ist das doch unmöglich, daß diese Einstimmigkeit dauerhaft und beständig sey, weil der Privat-Wille vermöge seiner Natur, nach Vorzügen; der allgemeine nach Gleichheit strebt.

Noch viel unmöglicher ist es, einen Bürgen dieser Einstimmigkeit zu haben, wenn sie auch ewig dauerte, — was nicht eine Wirkung der Kunst sondern des Zufalls wäre. Der Souverain kann wohl sagen: ich will gegenwärtig eben das, was ein gewisser Mensch will, oder doch zu wollen vorgiebt: aber er kann nicht sagen: auch morgen wird der Wille dieses Menschen mit dem meinigen übereinstimmen. Es ist widersinnig, daß der Wille sich Fessel für die Zukunft anlegen solle; auch hängt es von keinem Willen ab, in etwas einzustimmen, das dem Wohl des wollenden Wesens zuwider ist. Ein Volk, das unbedingten Gehorsam verspricht, löst sich also durch diesen Schritt selbst auf, und verliert die Eigenschaft eines Volks. Sobald es einen Herrn giebt, giebt es keinen Souverain mehr, und der Staatskörper ist in dem Augenblicke vernichtet.

Das heisst aber nicht, dass die Befehle der Oberhäupter nicht für den Ausdruck des allgemeinen Willens gelten könnten, so lange der Souverain die Freyheit hat, sich zu widersetzen, und es nicht thut. In einem solchen Falle muss man aus dem allgemeinen Schweigen auf die Finwilligung des Volkes schliessen. Ich werde mich weitläufiger hierüber erklären.

Zweytes Kapitel.

Die Oberherrschaft ist untheilbar.

Aus demselben Grunde, der die Oberherrschaft unveräußerlich macht, ist sie auch untheilbar. Denn der Wille ist entweder allgemein, *) oder er ist es nicht; er gehört dem Volkskörper oder einem Theile desselben. Im ersten Falle ist die Erklärung dieses Willens eine Ausübung der Oberherrschaft, und wird Gesetz. Im zweyten ist sie nur der Wille eines Einzelnen oder eine Aus-

*) Um allgemein zu seyn, ist es nicht immer nothwendig daß der Wille einmüthig sey, aber daß alle Stimmen mitgezählt werden, ist nothwendig. Jede förmliche Ausschliefung hebt die Allgemeinheit auf.

übung der richterlichen Gewalt, höchstens eine Verfügung.

Weil aber unsere Staatskünstler nicht das Wesen der Oberherrschaft zerstückeln können, so thun sie es wenigstens mit dem Gegenstande derselben. Sie theilen sie in Kraft und Willen; in gesetzgebende und ausübende Macht; in Berechtigung zu Auflagen, zur Gerichtshegung und zum Kriegführen; in die innere Verwaltung und die Macht mit dem Fremden zu unterhandeln. Bald vermischen sie diese Theile und bald trennen sie dieselben. Sie verwandeln den Souverain in ein phantastisches zusammengeflicktes Wesen; sie thun, als wollten sie den Menschen aus verschiedenen Körpern zusammensetzen, von denen der eine nur Augen, der andere nur Arme, der dritte nur Beine und nichts weiter hätte. Die Marktschreyer in Japan, sagt man, zerstückeln ein

Kind vor den Augen der Zuschauer; dann werfen sie alle seine Glieder nach einander in die Luft, und — das Kind fällt lebendig und ganz wieder herab. Das sind ungefähr die Taschenspieler - Streiche unserer Staatskünstler. Nachdem sie den politischen Körper durch ein Kunststück, das des Marktes würdig ist, zerlegt haben, setzen sie ihn wieder zusammen, man weiß nicht wie.

Dieser Irrthum kommt daher, daß man sich nicht genaue Begriffe von der obersten Gewalt gemacht, und für Theile derselben angesehen hat, was nur Ausflüsse derselben sind. So sah man z. B. das Ankündigen des Krieges, den Abschluß des Friedens für Ausübungen der Oberherrschaft an, und betrog sich offenbar darin. Keine von diesen Verhandlungen ist ein Gesetz, jede nur eine Anwendung desselben, eine einzelne Verhandlung, welche das Eintreten des gesetzlich be-

stimmten Falles entscheidet. Man wird dies deutlicher sehen, so bald der Sinn des Wortes „Gesetz“ festgesetzt wird.

Wollte man die übrigen Eintheilungen eben so untersuchen, so würde man finden, daß man sich jedesmal irrt, wenn man eine Zerspaltung der Obergewalt zu sehen glaubt. Man würde finden, daß die Rechte, welche man für einen Theil der Obergewalt hält, ihr untergeordnet sind, und einen obersten Willen voraussetzen, den sie nur ausführen.

Unbestimmbar groß ist die Dunkelheit, welche dieser Mangel an Genauigkeit in die Entscheidungen der Schriftsteller über das Staats - Recht, verbreitet hat, wenn sie nach ihren angenommenen Grundsätzen über die gegenseitigen Rechte der Könige und der Völker absprechen wollten. Jedermann kann im dritten und vierten Kapitel vom 1sten Buche des Grotius sehen, wie dieser gelehrte

Mann und sein Uebersetzer Barbeyrak sich in ihre Sophismen verwickeln und verwirren, aus Furcht zu viel oder zu wenig für ihre Absicht zu sagen, und Vortheile zu verletzen, die sie vereinigen sollten. Grotius hatte sich nach Frankreich geflüchtet; er war unzufrieden mit seinem Vaterlande, und wollte sich bey Ludwig dem Dreyzehnten, dem sein Buch gewidmet ist, einschmeicheln. Aus diesem Grunde wendet er alles an, die Völker aller ihrer Rechte zu berauben, und sie den Königen, so künstlich als möglich, beyzulegen. Barbeyrak, der seine Uebersetzung einem Könige von England, George dem Ersten, widmete, hätte gewünscht, es eben so machen zu können. Zum Unglück zwang ihn aber die Vertreibung Jakobs des Zweiten, die er Abdankung nennt, auf seiner Hut zu seyn, Seitensprünge zu machen und Ausflüchte zu suchen, um Wilhelm nicht für ei-

nen Thronenräuber zu erklären. Hätten diese beyden Schriftsteller die wahren Grundsätze anerkannt, so wären alle Schwierigkeiten gehoben gewesen, und sie wären consequent geblieben: dann hätten sie aber un-gefällige Wahrheiten vorgebracht und sich nur dem Volke empfohlen. Durch Wahrheit macht man kein Glück, und das Volk hat weder Gefandtschaften, noch Lehrstühle, noch Jahrgehälte zu vergeben.

Drittes Kapitel.

Ob der allgemeine Wille irren kann.

Aus dem Vorhergehenden folgt, daß der allgemeine Wille immer gerecht ist, und das allgemeine Wohl bezweckt; aber das folgt nicht daraus, daß die Berathschlagungen des Volks immer gleich untadelhaft sind. Man will immer sein Bestes, aber man erkennt es nicht immer. Nie kann man das Volk bestechen, aber man kann es betrügen, und nur dann scheint es, etwas Böses zu wollen.

Es ist oft ein großer Unterschied zwischen dem Willen Aller, und dem allgemeinen Willen. Dieser zieht nur das gemeine Beste in Betracht: jener sieht auf den Privat-Vortheil und ist nur eine Anzahl einzelner Willensmeinungen. Nehmt aber von diesen Willensmeinungen das plus und minus,

die sich einander aufheben, *) so bleibt als Differenz - Summe der allgemeine Wille.

Man nehme an, das Volk sey hinlänglich aufgeklärt und berathschlage, ohne dass die einzelnen Staatsbürger in einiger Verbindung ständen: immer würde aus der grossen Anzahl kleiner Differenzen der allgemeine Wille

*) Jedes Intresse, sagt der Marquis d'Argenson, beruht auf andern Grundsätzen. Die Uebereinstimmung „zweyer verschiedener Arten „desselben entsteht nur, indem man sie einem „Dritten entgegen setzt.“ Er hätte hinzufügen können, dass die Uebereinstimmung aller nur durch den Gegensatz jedes einzelnen derselben entsteht. Wenn es kein Privatintresse gäbe, so würde man das allgemeine, das niemals Hindernisse fände, gar nicht bemerken. Alles würde sich von selbst fügen, und die Politik hörte auf, eine Kunst zu seyn.

hervorgehen, und immer wäre die Berathschlagung rechtlich. Wenn aber Anzettelungen, kleine Gesellschaften zum Nachtheile der grossen gemacht werden, so ist der Wille jeder dieser Gesellschaften ein allgemeiner in Rücksicht auf ihre Mitglieder, und ein einzelner in Ansehung des Staats. Dann kann man annehmen dass nicht so viel Stimmende da sind, als Menschen, sondern nur so viele, als es Parteyen giebt. Die Differenzen werden weniger zahlreich und geben ein weniger allgemeines Resultat. Wenn, endlich, eine dieser Gesellschaften so gross ist, dass sie alle andere überwältigt, so ist das Resultat nicht mehr eine Summe von kleinen Differenzen, sondern eine einzige Indifferenz. Dann giebt es keinen allgemeinen Willen mehr, und die siegende Meinung ist die Meinung eines Einzelnen.

Um also den Ausspruch des allgemeinen

Willens unverfälscht zu erhalten, muß es keine besondere Verbindungen im Staate geben, und jeder Staatsbürger muß seine eigne Meinung sagen.*) So war die in ihrer Art einzige und erhabne Einrichtung des großen Lykurg. Giebt es aber besondere Verbindungen, so muß man ihre Anzahl vermehren, und der Ungleichheit derselben vorbeugen, wie Solon, Numa, Servius thaten.

**) Es ist eine ausgemachte Sache, sagt Machiavel, daß manche Zwifligkeiten den Freystaaten schadeten, und manche ihnen nutzten. Diejenigen waren schädlich, bey denen sich Parteyen und Anhänger bildeten; und diejenigen nützlich die ohne Parteyen und Anhänger geführt wurden. Da nun der Stifter eines Freystaats nicht verhindern kann, daß Feindschaften entstehen, so muß er wenigstens dafür sorgen, daß sich keine Parteyen bilden. Hist. Flor. L. VII.*

Diese Vorkehrungen sind die einzig
tauglichen, um den allgemeinen Willen im-
mer vor Täuschung und das Volk vor Irr-
thum zu sichern.

Viertes Kapitel.

Von den Gränzen der souverainen Macht.

Ist der Staat nur eine moralische Person, deren Leben in der Einigkeit ihrer Glieder besteht, ist ferner seine wichtigste Sorge die für seine eigene Erhaltung, so bedarf er einer allgemeinen und antreibenden Kraft, um jeden Theil auf die Art zu bewegen und anzuwenden, die für das Ganze am passendsten ist. Wie die Natur jedem Menschen eine unbeschränkte Gewalt über alle seine Glieder giebt, ertheilt der gesellschaftliche Vertrag dem Statskörper eine unbeschränkte Macht über alle seine Theile, und diese, vom allgemeinen Willen gelenkte Macht ist es eben, die, wie ich gesagt habe, die Souverainität genannt wird.

Aber auſſer der Perſon des Staates, müſſen wir auch die einzelnen Perſonen in Betracht ziehen, aus denen jene beſteht, und deren Leben und Freyheit von ihr, der Natur nach, unabhängig iſt. Es kommt alſo darauf an, die gegenseitigen Rechte des Staatsbürgers und des Souverains *) gehörig zu unterscheiden, ſo wie die Pflichten des Erſtern, die ihm als Unterthan obliegen, von dem natürlichen Rechte, deſſen er als Menſch genieſſen muß.

Man geſteht zu, ein jeder veräußere durch den geſellſchaftlichen Vertrag nur den Theil ſeiner Kraft, ſeiner Güter, ſeiner Freyheit, deſſen das Gemeinweſen bedarf: aber

**) Aufmerkſamer Leſer! Sey nicht zu raſch, mich eines Widerſpruchs zu bezüchtigen. Die Armuth der Sprache erlaubte mir nicht, ihn im Ausdrücke zu vermeiden; aber Geduld!*

auch das muß man gestehen, daß der Souverain allein über dieses Bedürfnis entscheiden kann.

Alle Dienste, die der Staatsbürger dem Staate leisten kann, ist er ihm schuldig, sobald der Souverain sie fordert; aber dieser kann von seiner Seite die Unterthanen mit keiner Fessel belasten, die dem Gemeinwesen unnütz ist. Er kann es nicht einmal wollen: denn nach dem Vernunftgesetze, wie nach dem Gesetze der Natur, geschieht nichts ohne Ursache.

Die Verbindungen, die uns mit dem gesellschaftlichen Körper verknüpfen, verpflichten uns nur insofern als sie gegenseitig sind. Sie sind von einer solchen Beschaffenheit, daß man bey ihrer Beobachtung nicht für andere wirken kann, ohne auch für sich zu wirken. Warum ist der allgemeine Wille immer gerecht, und warum

wollen alle immer das Glück eines jeden unter ihnen? Weil es niemanden giebt, der dieß Wort „jeder“ nicht auf sich anwendet, und nicht an sich selbst denkt, indem er für alle stimmt. Dieß beweist, daß die Gleichheit der Rechte, und der Begriff von Gerechtigkeit, den sie hervorbringt, aus dem Vorzuge entspringe, den jeder sich selbst giebt, das heist, aus der Natur des Menschen. Es beweist, daß der allgemeine Wille, um wirklich allgemein zu seyn, es so wohl seinem Gegenstande als seinem Wesen nach seyn müsse; daß er von allen ausgehen müsse, um auf alle angewandt zu werden; und daß er seine natürliche Rechtlichkeit verliere, sobald er einen einzelnen bestimmten Gegenstand betrifft: denn alsdann urtheilen wir über etwas das uns fremde ist, und werden von keinem wahren Princip der Billigkeit geleitet.

Wirklich wird die Sache streitig, so bald von einem besondern Vorfalle oder Rechte bey einem Punkte die Rede ist, über den eine allgemeine und frühere Abmachung nichts verordnet hat. Sie wird ein Rechtshandel in dem die theilnehmenden Einzelnen eine Partey und das Gemeinwesen die andere ist, für den ich aber kein Gesetz dem man folgen, noch einen Richter der absprechen müßte, zu finden weiß. Es wäre lächerlich, sich dann nach einer ausdrücklichen Entscheidung des allgemeinen Willens richten zu wollen, die nur der Beschluß einer Partey seyn kann. Für die andere wäre sie ein fremder einzelner Wille, der bey diesem Anlasse sich zur Ungerechtigkeit neigte und irrig seyn könnte. Wie also der Wille des Einzelnen nicht für den allgemeinen gelten kann, verändert auch der allgemeine seine Natur, so bald er einen einzelnen Gegenstand betrifft, und kann

nicht als allgemeiner Wille über einen Menschen oder Vorgang entscheiden. Wann z. B. das atheniensische Volk Anführer ernannte oder absetzte, dem einen Ehrenbezeugungen, dem andern Strafen zuerkannte, und durch eine Menge einzelner Beschlüsse alle Rechte der Regierung ohne Unterschied ausübte, dann, sage ich, hatte es keinen eigentlichen allgemeinen Willen: es handelte nicht mehr als Souverain, sondern als Richter. Diefes wird den gemeinen Begriffen zu widersprechen scheinen: aber man lasse mir Zeit, die meinigen aus einander zu setzen.

Aus dem Gefagten erhellt, daß nicht sowohl die Anzahl der Stimmen, als der gemeinschaftliche Nutzen der sie einig macht, dasjenige sey, was dem Willen Allgemeinheit giebt: denn bey einer solchen Einrichtung unterwirft sich jeder nothwendiger Weise den Bedingungen, die er den andern aufer-

legt. Diese bewundernswerthe Uebereinstimmung des Nutzens mit der Gerechtigkeit, giebt den gemeinschaftlichen Berathschlungen eine eigenthümliche Billigkeit, die man bey der Auseinandersetzung jeder Privat-Sache vermisst, weil kein gemeinschaftlicher Vortheil die Verhaltensregel des Richters mit der, welche die Partey befolgt, vereinigt und zusammenschmelzt.

Von welcher Seite man zum Ursprunge hinaufsteigen mag, immer kommt man zu demselben Schlusse: nemlich, durch den gesellschaftlichen Vertrag ward eine solche Gleichheit unter den Staatsbürgern festgesetzt, dass sich alle auf einerley Bedingungen verbinden, und alle einerley Rechte geniessen müssen. Zufolge der Natur des Vertrages also, werden alle Staatsbürger durch jede Ausübung der Souverainität, das heisst des anerkannten allgemeinen Willens, auf gleiche

Weise verpflichtet oder begünstigt; so daß der Souverain nur den Körper der Nation kennt, und keinen Bestandtheil desselben unterscheidet. Was ist also eigentlich eine Ausübung der Souverainität? Nicht eine Uebereinkunft des Obern mit seinem Untergebenen, sondern des Körpers mit jedem seiner Glieder. Sie ist gesetzlich, weil sie den gesellschaftlichen Vertrag zur Grundlage hat; sie ist billig, weil sie allen gemein ist; nützlich, weil sie keinen andern Zweck haben kann, als das Gemeinwohl, und dauerhaft, weil die Stärke des Gemeinwesens und die oberste Gewalt für sie Gewähr leisten. So lange die Unterthanen nur solchen Abmachungen unterworfen sind, gehorchen sie niemand, als ihrem eigenen Willen. Fragen, wie weit sich die gegenseitigen Rechte des Beherrschers und der Staatsbürger erstrecken, hiesse untersuchen, in wie ferne sich die

letztern gegen sich selbst, die Einzelnen gegen alle, und alle gegen die Einzelnen verpflichten können.

Man sieht daraus, daß die souveraine Gewalt, so unumschränkt, so heilig und unverletzlich sie auch ist, doch die Gränzen der allgemeinen Abmachungen weder überschreitet, noch überschreiten kann; daß jeder mit vollem Recht über den Theil seiner Güter und seiner Freyheit schalten darf, den seine Verbindungen ihm ließen: so daß der Souverain nie berechtigt ist, einem Unterthan größere Lasten aufzulegen, als dem andern, weil dies eine Privat-Sache wird, und dann seine Macht nicht mehr gesetzlich ist.

Sind diese Unterscheidungen einmal angenommen, so ist es ungegründet, daß die Einzelnen im gesellschaftlichen Vertrage irgend eine wirkliche Entfagung leisten. Vielmehr wird ihre Lage durch diesen Vertrag

wirklich besser, als sie vorher war. Statt etwas zu veräußern, haben sie nur für ein ungewisses und armfeliges Daseyn ein besseres und sicherers, für die natürliche Unabhängigkeit, Freyheit; für die Macht andern zu schaden, eigene Sicherheit; für die persönliche Stärke, welche andere überwältigen konnten, ein Recht eingetauscht, das durch die gesellschaftliche Verbindung unüberwindlich wird. Selbst ihr Leben, das sie dem Staate weiheten, wird unaufhörlich von demselben beschützt: und wenn sie es zu seiner Vertheidigung wagen, erstatten sie ihm nur, was sie von ihm empfangen. Müßten sie dasselbe nicht viel öfter und mit größerer Gefahr im Stande der Natur thun, wenn sie unter beständigen Kämpfen auf Kosten ihres Lebens den Unterhalt desselben vertheidigten? Es ist wahr, im Fall der Noth müssen alle für das Vaterland kämpfen: aber

dafür braucht auch niemand es für sich selbst zu thun. Gewinnen wir nicht sogar dabey, wenn wir für dasjenige was unsere Sicherheit ausmacht, einen Theil der Gefahren tragen, denen wir für uns selbst Trotz bieten müßten, so bald uns jene Sicherheit geraubt wäre?

Fünftes Kapitel.

Von dem Rechte über Leben und Tod.

Man fragt, wie die Einzelnen, die kein Recht haben über ihr eigenes Leben zu schalten, dies Recht, das sie nicht besitzen, dem Souverain übergeben können? Diese Frage scheint nur deshalb schwer aufzulösen, weil sie schlecht gestellt ist. Jeder Mensch hat das Recht, sein Leben zur Erhaltung desselben zu wagen. Hat man jemals behauptet, ein Mensch sey des Selbstmordes schuldig, weil er sich zum Fenster hinausstürzte um einer Feuersbrunst zu entgehen? Oder hat man sogar jemand, der in einem Stürme umkam, jemals dieses Verbrechens beschuldigt, obgleich er beym Einschiffen die Gefahr kannte?

Der Zweck des gesellschaftlichen Vertrages ist die Erhaltung der Contrahirenden. Wer den Zweck will, bewilligt auch die Mittel, und diese Mittel sind unzertrennlich mit einigen Gefahren, so gar mit einigen Einbußen verbunden. Wer sein Leben auf Kosten anderer erhalten will, muß es im Nothfalle auch für sie hingeben. Der Staatsbürger darf also nicht mehr die Gefahr untersuchen wollen, der er sich nach dem Willen des Gesetzes bloß geben soll, und wenn der Fürst ihm gesagt hat, es ist dem Staate vorthellhaft, daß du sterbest, so muß er sterben. Nur auf diese Bedingung hat er bis jetzt in Sicherheit gelebt und sein Leben ist nicht mehr bloß Wohlthat der Natur, sondern eine bedingungsweise verliehene Gabe des Staats.

Die Todesstrafe die man Verbrechern auferlegt, kann fast aus demselben Gesichts-

punkte angesehen werden. Um nicht das Opfer eines Meuchelmörders zu seyn, willigt man ein zu sterben, falls man selbst ein solcher wird. Weit gefehlt daß man in diesem Vertrage über sein eignes Leben schalten sollte, ist man nur bemüht, es zu sichern: denn es läßt sich nicht vermuthen, daß irgend einer von den Contrahirenden zum voraus beschloßen habe, sich hängen zu lassen.

Ueberdem verletzt jeder Uebelthäter das gesellschaftliche Recht, und wird durch seine Verbrechen ein Aufrührer und Verräther des Vaterlandes. Indem er seine Gesetze bricht, hört er auf, ein Glied desselben zu seyn: er bekriegt es sogar. Dann ist die Erhaltung des Staates unvereinbar mit der seinigen. Einer von beyden muß umkommen, und wenn man den Schuldigen tödtet, stirbt er eigentlich nicht als Bürger, sondern als Feind. Das Verfahren des Gerichts, das

Urtheil sind die Beweise und die Erklärung, daß er den gesellschaftlichen Vertrag gebrochen hat, und folglich nicht mehr ein Glied des Staates ist. Da er sich aber, zum allerwenigsten durch seinen Aufenthalt dafür anerkannt hat, so muß er als Bundbrüchiger durch Verweisung, oder als öffentlicher Feind durch den Tod ausgeschlossen werden. Ein solcher Feind ist nicht mehr eine moralische Person: er ist ein bloßer Mensch, und dann erlaubt das Kriegerrecht, den Ueberwundenen zu tödten.

Aber, wird man sagen, die Verurtheilung ist eine Privat-Verhandlung. Freylich! Auch kommt diese Verurtheilung nicht dem Souverain zu. Es ist ein Recht, das er verleihen, aber nicht selbst ausüben kann. *)

*) *Wie nemlich der Souverain einigen Staatsbürgern, den Soldaten, auftragen kann,*

Alle meine Ideen hängen zusammen: ich kann sie nur nicht alle auf einmal vortragen.

Uebrigens sind häufige Todesstrafen immer ein Beweis der Schwäche oder der Trägheit der Regierung. Es giebt keinen Böfewicht, der nicht zu irgend etwas tauglich gemacht werden könnte. Man hat kein Recht jemand zu tödten, wäre es auch des Beyspiels halber, außer denjenigen, den man nicht ohne Gefahr erhalten kann.

Das Recht Gnade ergehen zu lassen, oder einen Schuldigen von der Strafe zu befreyen, die das Gesetz bestimmte und der Richter verhängete, das Recht gehört nur demjenigen, der über Gesetz und Richter erhaben ist, das heisst, dem Souverain. Doch

für ihn zu kämpfen, kann er andern, den Richtern, auftragen, für ihn zu rechten. Selbst thun kann er das letzte so wenig als das erste. D. U.

ist sein Recht in diesem Punkt nicht ganz ausgemacht und die Fälle, wo er es brauchen darf, sind sehr selten. In einem gut verwalteten Staate fallen wenig Strafen vor; nicht weil man oft Gnade ergehen läßt, sondern weil es wenig Verbrecher giebt. Wenn der Staat in Verfall geräth, so sichert die Menge der Verbrechen ihnen Ungestraftheit zu. In der römischen Republik versuchten weder der Senat noch die Consuln jemals, Gnade ergehen zu lassen; selbst das Volk that es nicht, obgleich es oft sein eigenes Urtheil widerrief. Die öftere Verzeihung kündigt an, daß die Verbrechen ihrer bald nicht mehr bedürfen werden: und wohin das führe, sieht jedermann. Aber mein Gefühl empört sich und hält meine Feder zurück. Die Untersuchung dieser Fragen bleibe dem Gerechten überlassen, der nie fehlte und niemals selbst der Verzeihung bedurfte.

Sechstes Kapitel.

Vom Gesetze.

Durch den gesellschaftlichen Vertrag haben wir dem politischen Körper Daseyn und Leben verliehen; jezt kommt es darauf an, ihm durch die Gesetzgebung Thätigkeit und Willen einzuflößen. Die ursprüngliche Verhandlung, durch welche dieser Körper sich bildet und verbindet, bestimmt noch gar nicht, was er thun müsse um sich zu erhalten.

Was gut ist, und der Ordnung gemäß, ist beydes durch die Natur der Sachen und unabhängig von menschlichen Abmachungen. Alle Gerechtigkeit kommt von Gott; er allein ist die Quelle derselben. Könnten wir

sie aber so weit herholen, so bedürften wir weder der Regierung noch der Gesetze. Ohne Zweifel giebt es eine allgemeine Gerechtigkeit, die blos von der Vernunft ausgeht, aber wenn diese Gerechtigkeit unter uns gelten soll, muß sie gegenseitig seyn. Wenn man die Dinge blos als Mensch ansieht, scheinen die Vorschriften der Gerechtigkeit, aus Mangel der natürlichen Sanktion, unter den Menschen ganz unnütz zu seyn. Sie wirken zum Wohl des Bösen und zum Unglück des Gerechten, wenn dieser sie gegen jedermann, und niemand sie gegen ihn beobachtet. Man muß also Abmachungen und Gesetze haben, welche die Rechte mit den Pflichten verbinden, und die Gerechtigkeit in ihren Wirkungskreis zurück bringen. Im Stande der Natur, wo alles gemeinschaftlich ist, bin ich keinem, dem ich nichts versprach, etwas schuldig; nur was mir unnütz ist, erkenne

ich für fremdes Eigenthum. Im staatsbürgerlichen Stande, wo alle Rechte durch Gesetze bestimmt sind, ist es anders.

Aber was ist denn ein Gesetz? So lange man sich begnügt, mit diesem Worte nur metaphysische Begriffe zu verbinden, wird man immer schwatzen, ohne sich zu verstehen; und nach der Erklärung eines Naturgesetzes, darum nicht besser einsehen, was ein Staatsgesetz sey.

Ich habe schon gesagt, daß es keinen allgemeinen Willen über einen besondern Gegenstand gebe. Dieser Gegenstand gehört entweder zu dem Staate, oder er gehört nicht zu demselben. Im letzten Falle ist ein Willen, der ihm fremde ist, in Beziehung auf ihn nicht allgemein. Gehört er aber zum Staate, so ist er ein Theil desselben. Dann entsteht zwischen dem Ganzen und seinem Theile ein Verhältniß, das sie in zwey

ganz getrennte Wesen verwandelt: eines derselben ist der Theil, und das Ganze nach Abrechnung jenes Theils, ist das andre. Aber das Ganze, von dem man einen Theil abnahm, ist nicht mehr das Ganze, und so lange dieses Verhältniß dauert, giebt es kein Ganzes mehr, sondern nur zwey ungleiche Theile. Darans folgt, daß der Wille des einen nicht mehr in Beziehung auf das andere, ein allgemeiner ist.

Aber wenn das ganze Volk über das ganze Volk etwas verfügt, zieht es nur sich selbst in Betracht, und wenn irgend ein Verhältniß eintritt, ist es nur zwischen dem ganzen Gegenstande in einer Rücksicht, und dem ganzen Gegenstande in einer andern, ohne daß eine Theilung des Ganzen statt findet. Dann ist der Gegenstand, über den man verfügt, so allgemein, wie der verfügende Wille. Diese Verhandlung nenne ich ein Gesetz.

Wenn ich sage, der Gegenstand der Gesetze sey immer allgemein, so nehme ich an, daß das Gesetz alle Unterthanen zusammen, und die Handlungen in abstraktem Sinne betrifft, niemals einen Menschen als einen Einzelnen, nie eine besondere Handlung. So kann das Gesetz wohl das Daseyn der Vorrechte vestssetzen, aber sie niemanden namentlich ertheilen. Das Gesetz kann die Staatsbürger in verschiedene Klassen theilen, sogar die Eigenschaften bestimmen, die Anspruch auf diese Klassen gewähren sollen, aber es kann nicht diesen und jenen ausdrücklich in dieselben versetzen. Es kann eine königliche Regierung und die Erbfolge einführen: aber es kann keinen König wählen oder eine königliche Familie ernennen. Mit einem Worte: jedes Geschäft das sich auf einen einzelnen Gegenstand bezieht, kommt der gesetzgebenden Macht nicht zu.

Nach dieser Vorstellung sieht man sogleich, daß man nicht mehr fragen müsse, wem es zukommt, Gesetze zu machen, da sie der Ausdruck des allgemeinen Willens sind; noch ob der Fürst über das Gesetz erhaben sey, da er ein Glied des Staates ist; noch ob ein Gesetz der Ungerechtigkeit fähig sey, da niemand gegen sich selbst ungerecht ist; noch auch endlich, wie man frey und doch den Gesetzen unterworfen seyn könne, da sie nur Verzeichnisse unserer Willensmeinungen sind.

Es erhellt ferner: da das Gesetz die Allgemeinheit des Willens und des Gegenstandes verbinden muß, könne nichts Gesetz seyn, was ein einzelner Mensch, er sey wer er wolle, nach seiner Willkühr verordnet. Selbst was der Souverain über einen einzelnen Gegenstand verordnet, ist nicht mehr ein Gesetz, sondern ein Befehl; nicht eine Aus-

übung der Oberherrschaft, sondern der Gerichtsbarkeit.

Eine Republik nenne ich also jeden Staat, der nach Gesetzen regiert wird, die Form der Verwaltung sey welche sie wolle: denn nur alsdann ist der allgemeine Nutzen der herrschende, und die allgemeine Angelegenheiten sind etwas Wesentliches. Jede rechtmäßige Regierung ist republikanisch *) —

*) Ich verstehe unter diesem Worte nicht nur eine Aristokratie, oder eine Demokratie, sondern überhaupt jede Regierung, welche vom allgemeinen Willen, der Gesetz ist, geleitet wird. Um rechtmäßig zu seyn, muss die Regierung nicht mit dem Souverain zusammen fließen, sondern der Staatsbediente desselben seyn: dann ist selbst die Monarchie eine Republik. Im folgenden Buche wird dieses erläutert werden.

Ich werde unten erklären, was eine Regierung sey.

Die Gesetze sind eigentlich nur die Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft. Das Volk, das den Gesetzen gehorcht, muß auch der Urheber derselben seyn. Nur diejenigen selbst, die in Verbindung treten, haben das Recht, die Bedingungen ihrer Gesellschaft zu bestimmen: aber wie werden sie das können? Etwa durch eine gemeinschaftliche Uebereinstimmung, durch eine plötzliche Begeisterung? Hat der Staatskörper ein Organ um seine Beschlüsse zu erklären? Wer wird ihm die nöthige Vorforge geben, diese Beschlüsse zum voraus abzufassen und bekannt zu machen? Oder wie wird er sie im Augenblicke des Bedürfnisses aussprechen können? Eine blinde Menge, die oft nicht weiß was sie will, weil sie selten einseht, was ihr heilsam ist: wie könnte sie von selbst

ein so großes, so schweres Unternehmen ausführen, als ein System der Gesetzgebung ist? Das Volk will immer von selbst das Gute, aber von selbst erkennt es nicht immer, was gut ist. Der allgemeine Wille ist immer gerecht, aber die Beurtheilung der erfolgt, ist nicht immer einsichtsvoll. Man muß ihm die Gegenstände so zeigen wie sie sind, — zuweilen auch so, wie sie ihm scheinen sollen; ihn auf den rechten Weg führen, den er sucht; ihn vor der Verführung des Willens der Einzelnen sichern; die Oerter und Zeiten seinen Augen näher rücken, und dem Reiz gegenwärtiger und sichtlicher Vortheile durch die Gefahr entfernter und versteckter Uebel die Waage halten. Die Einzelnen sehen das Gute, das sie verwerfen; das Publikum will das Gute, das es nicht sieht. Alle bedürfen gleich sehr eines Leiters. Man muß die ersten zwingen, ihren

Willen ihrer Vernunft anzuschmiegen; man
muß das Letztere das Gute kennen lehren,
das es wünscht. Dann bewirkt die allge-
meine Aufklärung in dem gesellschaftlichen
Körper die Verbindung der Einsicht und des
Willens, die das genaue Zusammenwirken
aller Theile, und die höchste Kraft des Gan-
zen zur Folge hat. Daher kommt die Noth-
wendigkeit eines Gesetzgebers.

Siebentes Kapitel.

Vom Gesetzgeber.

Um die besten gesellschaftlichen Vorschriften, die den Nationen angemessen sind, aufzufinden, müßte ein erhabneres Wesen sich damit beschäftigen; ein Wesen, das alle Leidenschaften der Menschen überfähe, und keine derselben empfände; das keine Verwandtschaft mit unserer Natur hätte, und sie gleichwohl gründlich kennete; dessen Glück nicht von uns abhänge, und das sich dennoch aus Wohlwollen mit dem unsrigen beschäftigte; das endlich in dem Fortschritte der Zeit sich eine späte Ehre bereitete, — in einem Jahrhunderte wirken, und in einem andern genießsen könnte. *) Gottheiten müß-

*) Nur erst wenn seine Gesetzgebung in

ten es seyn, die den Menschen Gesetze geben sollten.

Denselben Schluss, den Caligula aus dem wirklich bestehenden Verhältnisse zog, *) machte Plato in der Theorie, um den Mann des Staates oder den königlichen Menschen zu beschreiben, den er, in seinem Buche von der Regierung, heischet. Ist es aber wahr, daß ein großer Fürst ein seltener Mensch ist: was muß ein großer Gesetzgeber seyn? Der erste braucht nur dem Vorbilde zu folgen, das der andere ihm auf-

Verfall geräth, wird ein Volk berühmt. Es ist unbekannt wie viele Jahrhunderte schon Lykurgs Einrichtungen die Spartaner beglückt hatten, ehe sie in dem übrigen Griechenland wichtig wurden.

**) Siehe das zweyte Kapitel des ersten Buchs.*

stellen muß. Dieser ist der Künstler, der die Maschine erfindet; jener nur der Arbeiter, der sie aufziehet und in Bewegung setzt. Beym Entstehen der Gesellschaften, sagt Montesquieu, schaffen die Häupter der Republiken die Verfassung derselben, und diese Verfassung bildet hernach die Oberhäupter.

Wer die Stiftung eines Volks zu unternehmen wagt, muß sich im Stande fühlen, die ganze menschliche Natur gleichsam zu verwandeln; — jedes Individuum, das für sich ein vollendetes und einzelnbestehendes Ganze ist, in einen Theil eines größern Ganzen um zu gestalten, von dem dieß Individuum gleichsam Leben und Daseyn empfängt; — das Vermögen des Menschen zu ändern, und es zu erhöhen; — der physischen und unabhängigen Existenz, die wir alle von der Natur empfangen, eine partiale und moralische unterzuschieben. Mit

einem Worte: er muß dem Menschen seine eigenthümliche Kraft nehmen, um ihm eine fremde zu reichen, von der er ohne dem Beystande Anderer keinen Gebrauch machen kann. Je mehr diese natürlichen Kräfte ertödtet und vernichtet sind, desto gröfser und daurender sind die erworbenen; desto fester und vollkommener ist die Verfassung. Eine Gesetzgebung, kann man also sagen, hat den höchsten Grad der Vollkommenheit erlangt, wenn jeder einzelne Bürger, nichts ist und nichts vermag, als durch alle andere; und wenn die Kraft des Ganzen der Summe der natürlichen Kräfte aller Einzelnen gleichkommt oder sie übersteigt.

Der Gesetzgeber ist in jeder Rücksicht ein auferordentlicher Mann im Staate. Muß er es durch seine Geisteskraft seyn, so ist er es nicht weniger durch sein Amt, das weder Gerichtsbarkeit noch Souverainität verleiht. Diefs

Amt das der Republik eine Verfassung bildet, ist kein Theil der Verfassung. Es ist ein abgesondertes und erhabneres Geschäft, das mit der menschlichen Herrschaft nichts gemein hat. Wie der Gebieter über Menschen nicht den Gesetzen gebieten muß, muß der Gebieter über die Gesetze, nicht den Menschen gebieten können, sonst würden seine Gesetze Werkzeuge seiner Leidenschaften werden. Oft würden sie nur seine Tyrannei verewigen, und nie könnte er vermeiden, daß Privat-Abichten die Heiligkeit seines Werkes entweiheten.

Als Lykurg seinem Vaterlande Gesetze gab, begann er damit, daß er der königlichen Würde entsagte. Es war die Gewohnheit der meisten griechischen Städte, Fremden die Abfassung ihrer Gesetze anzuvertrauen. Die neuern Republiken Italiens ahmten diesem Gebrauche oft nach; auch

Genf that es und befand sich wohl dabey.*)

Während seines schönsten Zeitalters sah Rom alle Verbrechen der Tyranney in seinem Schoosse wieder aufkeimen; es sah seinen Untergang nahe, bloß weil es die gesetzgebende Gewalt und die souveraine Macht einerley Händen anvertraut hatte.

Dennoch rissen selbst die Decemvire

*) *Wer Calvin nur für einen Gottesgelehrten ansieht, kennt den grossen Umfang seines Geistes sehr wenig. Die Ordnung unserer weisen Gesetze, an der er grossen Antheil hatte, macht ihm eben so viel Ehre, als die Religionspartey die er stiftete. Welche Umwandlung auch die Zeit in unserm Gottesdienste machen mag: das Andenken dieses grossen Mannes wird gesegnet werden, so lange Vaterlands- und Freiheits-Liebe unter uns nicht erloschen ist.*

nie das Recht an sich, aus eigener Gewalt ein Gesetz einzuführen. „Nichts von dem was wir euch vorschlagen, sagten sie zum Volke, kann ohne eure Einwilligung Gesetz werden. Römer! Seyd selbst die Urheber der Gesetze, die euer Glück machen sollen.“

Derjenige, der die Gesetze abfasst, hat also keine gesetzgebende Macht, oder muss sie nicht haben. Das Volk kann sogar, auch wenn es wollte, sich dieses unertheilbaren Rechtes nicht begeben. Nach dem Urvertrage kann nur der allgemeine Wille den Einzelnen Verpflichtungen auferlegen: und nie kann man wissen, ob der Wille eines Einzelnen mit dem allgemeinen übereinstimmt, ehe man ihn dem freien Urtheile des Volks vorgelegt hat. Ich habe das schon gesagt: aber es ist nicht überflüssig, es zu wiederholen.

Man findet folglich in dem Werke der

Gesetzgebung zwei Sachen beylammen, die ganz unvereinbar scheinen: ein Unternehmen, welches die menschlichen Kräfte übersteigt; eine Gewalt die nichts ist, und dennoch jenes ausführen soll.

Hier ist noch ein anderes Hinderniß, das Aufmerksamkeit verdient. Die Weisen, die mit dem Volke ihre Sprache statt der feinigen reden wollten, würden nicht von ihm verstanden werden. Nun giebt es aber tausend Arten der Begriffe, die man unmöglich in die Volkssprache übersetzen kann. Zu allgemeine Absichten liegen so sehr außerhalb seinem Gesichtskreise, als zu entfernte Gegenstände. Jedem Einzelnen behagt nur der Regierungsplan, der mit seinem Privat - Vortheile übereinstimmt, und er begreift sehr schwer, was die beständigen Beraubungen, welche gute Gesetze auferlegen, ihm für Vortheile gewähren sollen. Sollte

ein entstehendes Volk die gefunden Maximen der Staatskunst billigen, und die Grundgesetze des Staatsrechts befolgen, so müßte die Wirkung Ursache werden; der gesellschaftliche Geist der die Frucht der Verfassung seyn soll, müßte die Einrichtung derselben anordnen, und die Menschen müßten vor den Gesetzen seyn, was sie durch dieselben werden sollen. Da der Gesetzgeber weder Gewalt noch Vernunftschlüsse anwenden kann, sieht er sich also in der Nothwendigkeit, zu einer Autorität anderer Art seine Zuflucht zu nehmen, die ohne Gewaltthätigkeit hinreißen, und überreden kann, ohne zu überzeugen.

Das war es, was zu allen Zeiten die Väter der Nationen zwang, sich der Vermittelung des Himmels zu bedienen, und mit ihrer eigenen Weisheit die Götter auszuschnücken, damit die Völker sich den Gesetzen des Staates wie den Naturgesetzen unterwerfen, die-

selbe Macht in der Bildung des Menschen und der Bildung des Staats anerkennen, und so freywillig gehorchen, und gelehrig das Joch des öffentlichen Glückes tragen möchten.

Diese erhabene Einsicht, die sich über die Sphäre des gewöhnlichen Menschen erhebt, sie ist es, deren Entscheidungen der Gesetzgeber den Unsterblichen in den Mund legt, um durch das göttliche Ansehen Leute hinzureißen, welche die menschliche Klugheit nicht bewegen könnte. *) Aber nicht jedem

*) *Wirklich, sagt Machiavell, gab es nie bey einem Volke einen Urheber außerordentlicher Gesetze, der nicht zu Gott seine Zuflucht nahm, weil sie sonst nicht wären anerkannt worden. Ein Einsichtsvoller erkennt sehr viel Gutes, was nicht einleuchtend genug ist, um andere zur Annahme desselben überreden zu können.*

ward es zu Theil, die Götter sprechen zu lassen, oder Glauben zu finden, wenn er sich als ihren Dolmetscher ankündigt. Die erhabne Seele des Gesetzgebers ist das wahre Wunder, das seine Sendung beweisen muß. Ein jeder kann etwas in steinerne Tafeln meißeln; oder ein Orakel erkaufen; oder einen geheimen Umgang mit irgend einer Gottheit vorgeben; oder einen Vogel dazu abrichten, ihm ins Ohr zu sprechen, oder andere grobe Mittel erfinden, um das Volk zu betrügen. Wer nichts mehr als das versteht, kann sogar durch Zufall einen Haufen Unfinniger versammeln, aber nie wird er ein Reich stiften und sein abentheuerliches Werk wird bald mit ihm umkommen. Nichtige Wunder bilden ein vergängliches Band: nur die Weisheit macht es dauerhaft. Das noch immer fort daurende jüdische Gesetz; jenes, das der Abkömmling Ismaels stiftete und das

seit zehn Jahrhunderten die halbe Welt regiert, verklünden noch itzt die Grösse ihrer Stifter. Indess die stolze Philosophie oder der blinde Parteygeist in ihnen nur glückliche Betrüger sieht, bewundert der wahre Staatsmann in ihren Einrichtungen das grosse und erhabene Genie, das dauerhafte Stiftungen schafft.

Aus allem diesem muss man nicht mit Warburton schliessen, dass Politik und Religion bey uns nur einen gemeinschaftlichen Zweck haben, sondern nur, dass beym Entstehen der Nationen, die eine das Werkzeug der andern ist.

Achtes Kapitel.

Vom Volke.

Ehe der Baukünstler ein grosses Gebäude aufführt, beobachtet und prüfet er den Boden, um zu wissen, ob er die Last tragen könne: eben so fängt der weise Stifter nicht damit an, gute Gesetze abzufassen, sondern er untersucht erst, ob das Volk, dem er sie bestimmt, fähig ist sie zu ertragen. Daher weigerte sich Plato, den Arkadiern und Cyreniern Gesetze zu geben: er wufste, dafs diese beyden Völker reich waren, und die Gleichheit nicht ertragen konnten. Daher sah man in Creta gute Gesetze und schlechte Menschen, weil Minos ein lasterhaftes Volk disciplinirt hatte.

Tausend Nationen haben geglänzt, die

niemals gute Gesetze hätten leiden können, und selbst diejenigen, die es gekonnt hätten, befassen diese Fähigkeit nur während eines sehr kurzen Zeitraums. Die meisten Völker sind, wie Menschen, nur in der Jugend gelehrtig: das Alter macht sie unfähig zur Besserung. Wenn die Gewohnheiten einmal herrschend und die Vorurtheile eingewurzelt sind, ist es gefahrvoll und vergeblich, sie abschaffen zu wollen. Das Volk kann es nicht einmal ausstehen, daß man seine Gebrechen berühre, um sie zu heilen: es gleicht den blödsinnigen und feigen Kranken, die vor dem Anblicke des Arztes zurückbeben.

Wie manche Krankheiten das Hirn der Menschen zerrütten und ihnen alle Rückerinnerung rauben, giebt es zwar auch zuweilen während der Dauer des Staates, unruhige Epochen, wo die Revolutionen eben so auf die Völker wirken, wie gewisse Krisen

auf einzelne Menschen; Epochen, wo der Abscheu vor dem Vergangenen, die Stelle der Vergessenheit vertritt; wo der Staat, den bürgerliche Kriege in Brand setzten, gleichsam aus seiner Asche wiedergeboren wird, und kaum den Armen des Todes entschlüpft, wieder in seiner Jugendkraft dasteht. So erscheint uns Sparta zur Zeit des Lykurgs, so Rom nach den Tarquiniern; so zeigten sich bey uns Holland und die Schweiz, nachdem sie ihre Tyrannen verjagt hatten.

Aber diese Erscheinungen sind selten; es sind Ausnahmen, deren Ursachen in der besondern Verfassung des ausgenommenen Staats liegen. Sie können sogar nicht zweymal bey einem Volke eintreten. Es kann sich frey machen, so lang es nur roh ist: aber dies Vermögen entgeht ihm, sobald die staatsbürgerliche Triebfeder abgenutzt ist. Dann können die Unruhen es zerrütten, ohne

dass die Revolutionen es herzustellen vermögen; so bald seine Fesseln zersprengt sind, zerfällt es, und verlieret das Daseyn: hinführo bedarf es nur eines Herren und keines Befreyers. Freye Völker, erinnert euch dieser Maxime: einmal kann man die Freyheit erwerben: aber ward sie entrisen, so ist sie auf ewig dahin. *)

Jugend ist nicht Kindheit. Die Nationen

*) Beym ersten Anblicke scheint der Erfolg Rousseau zu widerlegen. Das Volk, dessen Glieder am wenigsten auf staatsbürgerliche Würde Anspruch machen konnte, steht plötzlich frey und in erhabener Grösse da und sieht stolz auf seine Nachbarn herab. Aber — zum erstenmale ist Frankreich Republik. — Zum zweytenmale vermogte weder Rom noch irgend ein griechischer Staat es zu werden, nemlich vollkommen und dauerhaft.

haben, wie die Menschen, eine Zeit der Jugend, oder wenn man will, der Reife, die man erwarten muß, ehe man sie den Gesetzen unterwirft. Aber diese Reife eines Volkes ist nicht immer leicht zu erkennen, und wenn man ihr voreilt, ist das Werk schon mislungen. Manches Volk kann schon beym Entstehen disciplinirt werden; manches andre nach zehn verflossenen Jahrhunderten nicht. Die Ruffen werden nie wirklich gebildet werden, weil man es zu früh versuchte. Peter hatte nur ein nachahmendes Genie; nicht das wahre schöpfrische, das alles aus nichts hervorbringt. Einige seiner Einrichtungen waren heilsam, die meisten am unrechten Orte. Er sah die Rohheit seines Volkes: dafs es noch nicht zur Bildung reif war, sah er nicht. Er wollte es civilisiren, da er es nur hätte kriegerisch machen sollen. Er wollte sogleich Teutsche, Engländer bilden,

und doch hätte er damit beginnen sollen, Russen zu schaffen. Er überredete seine Unterthanen, sie wären, was sie nicht sind, und so hat er sie gehindert, jemals zu werden, was sie seyn könnten. So bildet ein modischer Lehrer seinen Zögling dazu, einen Augenblick in seiner Kindheit zu glänzen und künftig nie etwas zu seyn. Das russische Reich wird Europa unterjochen wollen, und wird es selbst werden. Seine Unterthanen oder Nachbarn, die Tattarn, werden seine Gebieter werden und die unfrigen: diese Revolution scheint mir unausbleiblich. Alle Könige Europens arbeiten einmüthig daran, sie zu beschleunigen. *)

*) Dieses harte Urtheil über Peter den Großen und Rußland; diese gewagte Prophezeiung —: sie sind so alt, daß eine Widerlegung zu spät käme.

Neuntes Kapitel.

Fortsetzung.

Wie die Grösse eines gut gebildeten Menschen Grenzen hat, über welche hinaus, die Natur nur Riesen oder Zwerge bildet, giebt es auch in Rücksicht auf die beste Verfassung eines Staates, gewisse Schranken seiner Ausdehnung: er muß nicht zu groß seyn, um gut regiert zu werden, und nicht zu klein, um sich selbst erhalten zu können. In jedem politischen Körper giebt es eine höchste Stufe der Macht, über die er nicht hinauf kann, und von welcher er oft durch Vergrößerungen herabsteigt. Je mehr das gesellschaftliche Band sich ausdehnt, desto schlaffer wird es, und ein kleiner Staat ist überhaupt verhältnißmässig stärker als ein Großer.

Tausend Gründe beweisen diese Behauptung. Zuvörderst wird die Regierung schwieriger in einer grossen Entfernung, wie ein Gewicht schwerer wird am Ende eines längern Hebels. Auch drückender wird sie, je mehr ihre Abstufungen sich vervielfältigen. Jede Stadt hat ihre Regierung, die das Volk bezahlt; jede Landschaft die ihrige, die wieder das Volk bezahlt; dann jede Provinz; dann kommen die grossen Statthalterschaften, die Satrapien, alle haben ihre Regierungen, die man immer theurer bezahlen muss, je höher man steigt, und zwar immer auf Kosten des unglücklichen Volks: zuletzt kommt die oberste Verwaltung, die alles zu Boden drückt. So viele Ueberlasten erschöpfen unaufhörlich die Unterthanen; und weit gefehlt, dass diese von den verschiedenen Ordnungen der Obrigkeiten besser regiert werden sollten, geht es ihnen viel schlechter, als

wenn sie nur eine einzige über sich hätten. Indessen bleiben kaum einige Hülfsmittel für außerordentliche Fälle übrig, und wenn man zu denselben greifen muß, ist der Staat allezeit am Rande des Abgrundes.

Das ist noch nicht Alles. Die Regierung hat nicht nur weniger Stärke und Schnelligkeit die Beobachtung der Gesetze zu erzwingen, die Bedrückungen zu verhindern, den Misbräuchen abzuhelpen, den aufrührerischen Unternehmungen vorzubeugen, welche an entfernten Orten Statt finden können: sondern das Volk hat auch weniger Liebe für sein Oberhaupt, das es nicht kennt, für sein Vaterland, das in seinen Augen einer Welt gleicht, für seine Mitbürger, die ihm meistens fremd sind. Einerley Gesetze können nicht so vielen verschiedenen Provinzen angemessen seyn, die verschiedene

Sitten haben, unter entgegengesetzten Himmelsstrichen liegen und nicht einerley Regierungsform ertragen können. Abweichende Gesetze hingegen erzeugen nur Unruhe und Verwirrung bey Völkern, die unter einem Oberhaupte und in einer beständigen Verbindung leben, beständig zu einander kommen, sich unter einander verheyrathen und gleichwohl, da sie verschiedenen Gebräuchen unterworfen sind, niemals wissen, ob ihnen ihr Erbtheil sicher ist. In der Menge einander unbekannter Menschen, welche der Sitz der obersten Regierung an einem Orte versammelt, bleiben die Talente vergraben, die Tugenden unbemerkt, die Laster ungestraft. Die Oberhäupter erliegen unter Geschäften und prüfen daher nichts mehr selbst; Unterbeamte regieren den Staat. Endlich wird die ganze öffentliche Sorgfalt von den Maasregeln verschlungen, welche die Erhaltung

der allgemeinen Autorität erfordert, da so viele entfernte Beamte sich ihr zu entziehen oder sie zu hintergehen suchen. Dem Glücke des Volkes kann man keine Sorgfalt mehr widmen, kaum dafs man einige auf seine Vertheidigung im Nothfalle wenden kann. So sinkt also ein Körper der zu grofs für seine Verfassung ist, und wird von seiner eigenen Last zerschmettert.

Von der andern Seite mufs der Staat sich eine gewisse Grundlage verschaffen, um mit hinlänglicher Festigkeit den Erschütterungen, die ihm unvermeidlich drohen, widerstehen und die Anstrengungen ertragen zu können, die er zu seiner Erhaltung wird machen müssen. Denn alle Völker haben eine nach aussenstrebende Kraft, durch welche sie unaufhörlich auf einander wirken und sich auf Kosten ihrer Nachbarn zu vergrößern suchen, wie die Wirbel des Cartesius. Die

schwachen laufen daher Gefahr, bald verschlungen zu werden und fast keines kann sich anders erhalten, als dass es sich mit allen in eine Art von Gleichgewicht setzt, das den Druck von allen Seiten gleich macht.

Man sieht daraus, dass es Gründe für die Ausbreitung, und andere für die Einschränkung giebt. Es ist nicht das kleinste Talent des Staatskünstlers, aus beyden das Verhältniss zu finden, welches für die Erhaltung des Staates am vortheilhaftesten ist. Man kann im Allgemeinen sagen, dass die äussern, als äussere und relative, den andern untergeordnet seyn müssen, da diese innere und bestimmte Gründe sind. Eine sichere und starke Verfassung ist das Wichtigste: auch muss man mehr auf die Kraft, die aus einer guten Regierung entspringt, rechnen, als auf die Hülfsmittel, welche ein grosses Gebiet darreicht.

Uebrigens hat es Staaten gegeben, in denen die Nothwendigkeit sich zu vergrößern einen Theil der Verfassung ausmachte¹, und die, um sich zu erhalten, gezwungen waren, unaufhörlich Eroberungen zu machen. Vielleicht freueten sie sich sehr über diese glückliche Nothwendigkeit, welche ihnen doch an dem Gränzpunkte ihrer Grösse, den unvermeidlichen Augenblick ihres Falles zeigte.

Zehntes Kapitel.

Fortsetzung.

Man kann einen politischen Körper auf zweierley Arten messen: nemlich, nach der Ausdehnung seines Gebietes, und nach seiner Volksmenge. Beide Arten des Maassstabes stehen in einem gehörigen Verhältniffe, um die wahre Grösse des Staates zu bestimmen. Die Menschen machen den Staat aus, und der Boden ernährt die Menschen. Das Verhältnifs besteht also darinn, dafs das Land zum Unterhalt der Einwohner hinreiche, und dafs so viele Einwohner da seyen, als das Land ernähren kann. In diesem Gleichmaasse liegt die höchste Stärke eines Volks von bestimmter Anzahl. Denn ist das Land zu aus-

gedehnt, so ist die Behauptung desselben lästig, die Bearbeitung nicht hinreichend, der Ertrag überflüssig: hierinn liegt die nächste Veranlassung zu Vertheidigungs-Kriegen. Ist es zu enge, so hängt der Staat in Rücksicht der nöthigen Erweiterung von der Willkühr der Nachbarn ab: das ist die nächste Veranlassung zu angreifenden Kriegen. Jedes Volk, das vermöge seiner Lage nur zwischen Handel und Krieg wählen kann, ist an und für sich schwach, hängt von den Nachbarn und den Vorfällen ab, und hat immer nur ein unsicheres und kurzes Daseyn. Es unterjocht und verändert seine Lage, oder wird selbst unterjocht und vernichtet. Nur durch Kleinheit oder Grösse kann es sich frey erhalten.

Man kann kein bleibendes Verhältniß zwischen der Ausdehnung eines Landes und der Volksmenge die für einander hinreichen

berechnen, sowohl wegen der Verschiedenheit in den Eigenschaften des Bodens, in den Graden seiner Fruchtbarkeit, in der Art seiner Produkte und in den Einflüssen des Klimas, als auch wegen der Mannigfaltigkeit in dem Temperament der Einwohner. Einige verzehren wenig in einem fruchtbaren Lande, andere viel auf einem undankbaren Boden. Auch auf die grössere oder geringere Fruchtbarkeit der Weiber muss man Rücksicht nehmen; auf das was in einem Lande der Bevölkerung günstig oder hinderlich ist; auf die Menge, die der Gesetzgeber durch seine Einrichtungen hoffen kann herbey zu locken; so dass er sein Urtheil nicht auf dem was schon da ist, sondern auf dem was er vorherfieht, gründen, nicht bey dem gegenwärtigen Grade der Bevölkerung stehen bleiben, sondern auf den sehen muss, den sie der Natur gemäfs erreichen muss. Endlich giebt

es tausend Fälle, wo eigenthümliche Beschaffenheiten des Ortes fordern oder doch erlauben, daß man mehr Land einnehme, als nothwendig scheint. So wird man sich in einem gebirgigten Lande weit ausbreiten können, denn die natürlichen Produkte derselben, Holz und Viehweide, fordern weniger Arbeit; die Weiber sind daselbst, wie die Erfahrung lehrt, fruchtbarer, und ein weiter abschüssiger Erdstrich giebt nur eine kleine horizontale Grundfläche, die allein für die Vegetation in Anschlag gebracht werden kann. Am Strande hingegen kann man sich einschränken, selbst zwischen Felsen und fast ganz unfruchtbaren Sandstrichen: denn hier wird der Fischfang größtentheils die Produkte der Erde ersetzen; auch müssen hier die Menschen mehr zusammengedrängt seyn, um die Seeräuber zurücktreiben zu können; und man hat mehr Gelegenheit, durch Co-

lonien das Land von den überflüssigen Einwohnern zu entlasten.

Zu diesen Bedingungen bey der Stiftung eines Volkes, muß man noch eine hinzufügen, die zwar keine der erstern ersetzen kann, ohne welche aber alle andere vergeblich sind. Ueberfluß nemlich und Friede muß herrschen. Denn zur Zeit seiner Einrichtung ist ein Staat, wie ein Bataillon in dem Augenblick, da es sich in Ordnung stellt, am wenigsten fähig zu widerstehen, und kann am leichtesten vernichtet werden. Bey der entschiedensten Verwirrung könnte man besser Widerstand leisten, als in dem Augenblicke der Gährung, wo jeder sich mit seiner Stelle und nicht mit der Gefahr beschäftigt. Ein Staat stürzt unausbleiblich zusammen, wenn ihn ein Krieg, eine Hungersnoth, ein Aufruhr im Augenblick der Krise überfällt.

Nicht etwa als wenn nicht viele Regier-

ungen grade während solcher Stürme wären eingeführt worden: aber dann find es diese Regierungen selbst, die den Staat zerstören. Die Usurpatoren führen solche unruhige Zeiten herbey oder benutzen sie doch, um unter der Begünstigung des allgemeinen Schreckens schädliche Gesetze aufzudringen, die das Volk nie bey kaltem Blute angenommen hätte. Die Wahl des Augenblicks zur Einführung ist eins der sichersten Kennzeichen, an dem man das Werk eines Gesetzgebers von dem eines Tyrannen unterscheiden kann.

Welches Volk ist also fähig Gesetze zu empfangen? Ein solches das durch irgend eine Vereinigung des Ursprungs, des Interesse oder der Verabredung verbunden ist, ohne das wahre Joch der Gesetze getragen zu haben; ein solches, bey dem weder Gewohnheiten noch Aberglauben tief eingewurzelt sind; ein solches, das nicht fürchten darf, durch

einen plötzlichen Anfall niedergedrückt zu werden, und das, ohne sich in die Streitigkeiten seiner Nachbarn zu mischen, jedem derselben widerstehen oder einen durch den andern zurtücktreiben kann; ein solches, in dem jedes Glied allen andern bekannt seyn kann, und bey dem man nicht nöthig hat, einem Einzelnen Lasten aufzulegen, die ein Mensch nicht tragen kann; ein solches, das aller andern Völker entbehren kann und dessen kein anderes bedarf; *) ein solches, das weder reich

*) *Wenn von zweyen benachbarten Völkern das eine das andere nicht entbehren könnte, so wäre dies für das erste eine sehr drückende, für das andere eine sehr gefährliche Lage. Jede weise Nation wird sich in dem Falle bemühen das andere so schnell als möglich von dieser Abhängigkeit zu befreien. Die Republik Thlaskala lag mitten im Mexikanischen Reiche, und be-*

noch arm ist, und sich selbst genug seyn kann: kurz dasjenige, das die Consistenz eines alten Volks mit der Gelehrigkeit eines neuen verbindet. Nicht sowohl was man einführen als was man ausrotten muß, macht das Geschäfte der Gesetzgebung schwierig, und die Unmöglichkeit, die Einfachheit der Natur mit den Bedürfnissen der Gesellschaft vereinigt zu finden, macht den glücklichen Erfolg so selten. Es ist wahr, alle diese Bedingungen sind selten vereinigt: auch sieht

schloß, lieber dem Salze zu entsagen, als es von den Mexikanern zu kaufen, ja sogar es umsonst von ihnen anzunehmen. Die weisen Thlaskalaner sahen den Fallstrick, den diese Freygebigkeit verbergen sollte. Sie erkielten sich frey, und ihr kleiner Staat war endlich das Werkzeug zum Untergange jenes grossen Reiches, das ihn umgab.

man wenige Staaten, die eine gute Verfassung haben.

Es giebt in Europa noch ein Land, das einer Gesetzgebung fähig ist: die Insel Korfika. Die Tapferkeit und Beharrlichkeit, mit der dieses muthige Volk seine Freyheit wieder zuerlangen und zu vertheidigen wufste, verdiente wohl, daß irgend ein weiser Mann es unterrichtete, wie es sie erhalten könnte. Mir ahndet fast, daß diese kleine Insel einst Europa in Erstaunen setzen wird.

Eilftes Kapitel.

Von den verschiedenen Systemen der Gesetzgebung.

Wenn man untersucht, worinn eigentlich das höchste Gut besteht, das der Zweck jedes Systems der Gesetzgebung seyn muß, so wird man finden, daß es sich auf diese beyden Hauptgegenstände beschränkt, Freiheit und Gleichheit: Freiheit, weil durch jede Privat-Abhängigkeit der Staat einen Theil seiner Kraft einbüßet; Gleichheit, weil Freiheit ohne diese nicht bestehen kann.

Ich habe schon gesagt, was die staatsbürgerliche Freiheit sey. Unter Gleichheit muß man nicht verstehen, daß alle einen Grad von Macht und Reichthum besitzen sollen, sondern daß kein Staatsbürger

mächtig genug sey, Gewaltthätigkeiten auszuüben, oder seine Macht anders als durch seinen Rang und den Gesetzen gemäß brauchen könne; daß keiner ferner, reich genug sey, einen andern zu erkaufen, und keiner so arm, sich verkaufen zu müssen.*) Dieß setzt von der Seite der Großen einen mäßigen Grad des Vermögens und Ansehens,

*) *Wollet ihr also dem Staate Festigkeit geben? Nähert die äußersten Grade einander so sehr es möglich ist; leidet weder Reiche noch Bettler. Diese beyden, von Natur unzertrennlichen Stände, sind dem Gemeinwohl gleich nachtheilig. Der eine bringt Beförderer der Tyranney, der andere Tyrannen hervor. Allezeit sind sie es, unter denen die Versleigerung der Freiheit getroffen wird. Der eine kauft sie, der andere giebt sie hin.*

von Seiten der Kleinen, einen mässigen Grad des Geizes und der Habgier voraus.

Diese Gleichheit, sagt man, ist eine spekulative Hirngeburt, die niemals wirklich werden kann. Aber wenn der Misbrauch unvermeidlich ist, folgt daraus, dass man ihn nie beschränken muss? Eben weil die Kraft der Sachen an Zerstörung der Gleichheit arbeitet, muss die Kraft der Gesetzgebung immer zu ihrer Erhaltung wirken.

Aber diese allgemeinen Gegenstände jeder guten Einrichtung, muss in jedem Lande anders angeordnet werden, nemlich nach den Verhältnissen, die aus der örtlichen Lage und aus dem Charakter der Einwohner entspringen. Diesen Verhältnissen gemäss muss man jedem Volke ein besonderes Verfassungssystem anweisen, das, vielleicht nicht an sich selbst, aber doch für den Staat dem es bestimmt wird, das beste ist. Ist zum Beyspiel,

der Boden undankbar und arm, oder ist das Land zu enge für seine Bewohner? Befördert Künste und Kunstfleiß, deren Produkte ihr gegen die Waaren die euch fehlen vertauschen könnt. Besitzt ihr hingegen reiche Ebenen und fruchtbare Anhöhen? Fehlen euch Einwohner bey einem guten Boden? Wendet eure ganze Sorgfalt auf den Ackerbau, der die Menschen vermehrt, und verjagt die Künste: sie würden das Land nur völlig entvölkern, indem sie seine wenigen Bewohner auf einige Punkte des Gebietes zusammen häuften. *) Besitzt ihr weite und bequeme Küsten? Bedeckt das Meer mit Schiffen, befördert den Handel und die Schif-

*) *Mancher Zweig des äussern Handels, sagt der M. d'A. gewähret dem Reiche im allgemeinen nur einen scheinbaren Nutzen, Einzelne Menschen, so gar einzelne Städte kann er be-*

fahrt: eure Existenz wird glänzend und kurz seyn. — Bspühlt das Meer an euren Gestaden nur Felsen, die fast keinen Zugang gestatten? Bleibt rohe Fischer: ihr werdet nur um so ruhiger leben, vielleicht besser, gewiss glücklicher seyn. Mit einem Worte, aufser den gemeinschaftlichen Grundregeln, enthält jedes Volk eine innere Ursache, die jene auf eine besondere Art anzuwenden befiehlt, und ihm seine Gesetzgebung eigenthümlich macht. So war vorzeiten bey den Hebräern, und vor kurzem bey den Arabern, die Religion der Hauptgegenstand; bey den Atheniensern waren es die Wissenschaften, in Carthago und Tyrus war es der Handel, in Rhodos die Seemacht, in Sparta der

reichern, aber die ganze Nation gewinnt nichts dabey, und das Volk befindet sich nicht dadurch gebessert.

Krieg und in Rom die Tugend. Der Verfasser vom Geist der Gesetze hat in einer Menge von Beispielen gezeigt, durch welchen Kunstgriff der Gesetzgeber die Einrichtung auf jeden Gegenstand zu richten weifs.

Um die Verfassung eines Staats wahrhaft fest und dauerhaft zu machen, müssen die Schicklichkeiten so beobachtet werden, daß die natürlichen Verhältnisse und die Gesetze immer einstimmig sind, und daß die Letztern jene nur, so zu sagen, bestätigen, begleiten, berichtigen. Aber wenn der Gesetzgeber sich in seinem Gegenstande irrt, wenn er von einem Grundsatz ausgeht, der mit der Natur der Sachen in Widerspruch steht; wenn der eine auf Knechtschaft, die andere auf Freiheit abzweckt; der eine auf Reichthum, die andre auf Bevölkerung; jener auf Frieden, diese auf Eroberungen: dann müssen die Gesetze allmählig ihre Kraft verlieren;

die Verfassung muß sich verändern und der Staat wird in unaufhörlicher Unruhe seyn, bis er zerstöhrt oder verwandelt ist und die unüberwindliche Natur ihre Herrschaft wieder erlangt hat.

Zwölftes Kapitel.

Eintheilung der Gesetze

Um das Ganze zu ordnen, oder dem Gemeinwesen die bestmögliche Gewalt zu geben, müssen verschiedene Arten der Beziehung in Betracht gezogen werden. Zuvörderst die Wirkung des ganzen Körpers auf sich selbst, das heisst, das Verhältniß des Ganzen zum Ganzen, oder des Souverain zum Staate. Dieses Verhältniß wird durch das Verhältniß der Zwischenglieder gebildet, wie wir hernach sehen werden.

Die Gesetze welche dieses Verhältniß bestimmen, heißen Staatsgesetze; sie werden auch Grundgesetze genannt, und zwar mit einigem Rechte, wenn sie weise sind. Denn wenn es in jedem Staate nur eine gute Art der Einrichtung giebt, so muß das Volk, das sie ausgefunden hat, bey derselben bleiben: ist aber die eingeführte Ordnung schlecht, warum sollte man das als ein Grundgesetz ansehen, was sie verhindert, gut zu seyn? Ueberdem ist in jedem streitigen Falle das Volk berechtigt, seine Gesetze, selbst die besten, abzuändern: denn, wenn es ihm beliebt, sich selbst zu schaden, wer hat das Recht, es daran zu hindern?

Das zweite ist die Verbindung der Glieder unter sich oder mit dem ganzen Körper. Die erste Verbindung muß so sehr beschränkt, und die andere so sehr ausgedehnt werden,

als es möglich ist , so daß jeder Staatsbürger von allen andern völlig unabhängig , von dem Staate aber im höchsten Grade abhängig sey. Beides erlangt man immer durch einerley Mittel; denn nur die Stärke des Staates bewirkt die Freyheit seiner Glieder. Aus diesem zweiten Verhältnisse entspringen die bürgerlichen Gesetze.

Man kann eine dritte Art der Verbindung zwischen dem Menschen und dem Gesetze annehmen, nemlich zwischen dem Ungehorsam und der Strafe. Diese veranlaßt die Einführung der Strafgesetze, die im Grunde nicht so wohl eine besondere Art von Gesetzen, als vielmehr die Gewährleistung für alle andere sind.

Zu diesen drey Arten von Gesetzen kommt eine vierte, die wichtigste von allen, die nicht in Marmor oder Erz, sondern in

das Herz der Staatsbürger eingegraben wird. Sie ist die wahre Staatsverfassung; täglich erlangt sie neue Stärke, und wenn die andern Gesetze veralten oder vertilgt werden, befehlt sie dieselben von neuem oder vertritt ihre Stelle; sie erhält im Volke den Geist seiner Verfassung, und spielt unvermerkt den Scepter der Gewalt in die Hände der Gewohnheit. Ich rede von den Sitten, den Gebräuchen und vorzüglich von der Volksmeinung. Dieser Theil der Verfassung ist unsern Staatskünstlern unbekannt, aber der Erfolg aller andern hängt von ihm ab. Dieser Theil beschäftigt den grossen Gesetzgeber insgeheim, indess er sich auf einzelne Anordnungen einzuschränken scheint, die nur den Kranz des Gewölbes ausmachen, dessen unerschütterlichen Schluss endlich die langsamern Sitten vollenden.

Von diesen verschiedenen Klassen stehen
die Staatsgesetze, welche die Regierungsform
bestimmen, allein mit meinem Gegenstande
in Verbindung.

Z w e y t e r T h e i l.

D r i t t e s B u c h .

Ehe ich von den verschiedenen Formen der Regierung spreche , will ich versuchen den eigentlichsten Sinn dieses Wortes , das noch nicht hinlänglich erklärt worden ist , zu bestimmen.

Erstes Kapitel.

Von der Regierung überhaupt.

Ich benachrichtige den Leser zum voraus, daß dieses Kapitel mit Nachdenken gelesen werden muß, und daß ich nicht die Kunst besitze, demjenigen deutlich zu seyn, der nicht aufmerksam seyn will.

Jede freie Handlung hat zwei Ursachen, die zu ihrer Entstehung zusammen treffen: die eine ist moralisch, nemlich der Wille der die Handlung beschließt; die andere ist physisch, nemlich das Vermögen, das sie vollbringt. Um auf einen Gegenstand zuzugehen, muß ich es erstlich wollen, und zweytens müssen meine Füße mich dahin tragen. Ein Lahmer der laufen will und ein

behender Mensch der es nicht will, bleiben beide wo sie sind. Der politische Körper hat dieselben bewegenden Kräfte; auch in ihm unterscheidet man die Kraft und den Willen, den letztern unter dem Namen der gesetzgebenden, die erste, unter dem Namen der ausübenden Macht. Ohne ihr Zusammenwirken geschieht nichts in demselben, oder soll wenigstens nichts geschehen.

Die gesetzgebende Macht, sahen wir, gehört dem Volke und kann auch nur ihm gehören. Im Gegentheil sieht man leicht aus den aufgestellten Sätzen, daß das Allgemeine, als Gesetzgeber und Souverain, nicht auch die ausübende Macht besitzen kann: denn diese besteht nur aus einzelnen Verfügungen, die nicht zum Gesetz und folglich auch nicht zum Wirkungskreise des Souverains gehören, der nur Gesetze geben kann.

Die Kraft des Staates bedarf also eines eigenen Bevollmächtigten, der sie in einen Punkt vereinigt und nach der Vorschrift des allgemeinen Willens anwendet. Dieser bildet die Verbindung zwischen dem Staate und dem Souverain, und wirkt gewissermaßen in der Person des Staats, was die Vereinigung der Seele und des Körpers im Menschen bewirkt. Daher entspringt im Staate die Regierung, die man sehr unrecht mit dem Souverain verwechselt: nur sein Staatsbedienter ist sie.

Was ist also die Regierung? Das Mittelglied zwischen den Unterthanen und dem Souverain, das zu ihrer gegenseitigen Verbindung eingesetzt ward, und dem die Ausführung der Gesetze und die Erhaltung der Freiheit, der bürgerlichen sowohl als der politischen, obliegt.

Die Glieder dieses Zwischen-Körpers

heissen Obrigkeiten oder Könige, das ist, Regierende, und den ganzen Körper nennt man Fürst. *) Wer also behauptet, dafs der Schritt durch den sich das Volk seinen Oberhäuptern unterwirft, kein Vertrag sey, hat vollkommen Recht. Es ist nichts als ein Auftrag, ein Geschäft, vermöge dessen diese Oberhäupter, als blofse Beamte des Souverains, in seinem Namen die Gewalt ausüben, die er ihnen anvertraut hat, und die er beschränken, abändern, zurücknehmen kann, wann es ihm beliebt; denn die völlige Veräußerung eines solchen Rechts ist unvereinbar mit der Natur des gesellschaftlichen

*) So wird in Venedig das Regierungs-Collegium Durchlauchtigster Fürst genannt, auch wenn der Doge nicht in demselben gegenwärtig ist.

Körpers und widerspricht dem Zweck der Verbindung.

Regierung oder oberste Verwaltung nenne ich also die rechtmässige Anwendung der vollstreckenden Macht, und Fürst oder Obrigkeit ist mir der Mann oder der Körper, dem man diese Verwaltung auftrug.

In der Regierung sind die Zwischenkräfte enthalten, deren Verhältniss das Verhältniss des Ganzen zum Ganzen, oder des Souverains zum Staate bestimmen. Man kann das letztere mit dem Verhältniss zwischen den äussersten Gliedern einer zusammenhängenden Proportion vergleichen, von der die Regierung die Mittelzahl ist. Die Regierung empfängt von dem Souverain die Befehle, die sie dem Volke ertheilt; und damit der Staat in gehörigem Gleichgewicht stehe, muss alles gegen einander berechnen, das Produkt oder die Macht der Regierung dem

Produkt und der Macht der Staatsbürger gleich seyn, die von einer Seite (zusammen genommen) den Souverain bilden, und von der andern (als Einzelne) Unterthanen sind.

Noch mehr! Keins von den drey Gliedern kann verändert werden, ohne sogleich das Verhältniß zu zerstören. Wenn der Souverain regieren oder die Obrigkeit Gesetze geben will, oder die Unterthanen den Gehorsam verweigern, so tritt Verwirrung an die Stelle der Ordnung; die Macht und der Wille verfahren nicht mehr einstimmig, und der aufgelöste Staat fällt entweder unter willkührliche Gewalt oder in Anarchie. Kurz, wie jedes Verhältniß nur eine Mittelzahl haben kann, ist in einem Staate nur eine gute Regierung möglich. Da aber tausend Begebenheiten die Verhältnisse eines Volks verändern können, so können verschiedene Regierungsarten nicht nur für ver-

schiedene Völker, sondern auch für ein und dasselbe Volk zu verschiedenen Zeiten passend seyn.

Ich will versuchen einen Begriff von den verschiedenen Verhältnissen zu geben, die unter den beiden äußersten Gliedern eintreten können, und zu dem Ende eine bestimmte Volkszahl annehmen, weil sich so das Verhältniß am leichtesten ausdrücken läßt.

Wir wollen annehmen, der Staat bestehe aus zehn tausend Staatsbürgern. Der Souverain kommt nur als ein zusammengesetztes Wesen und im Ganzen in Erwegung; jeder Privatmann aber, als Unterthan, muß für sich und einzeln betrachtet werden. Der Souverain verhält sich also zum Unterthan, wie zehntausend zu eins: das heißt, jedes Mitglied des Staats besitzt nur den zehntausendsten Theil der souverainen Gewalt, obgleich

er ihr ganz unterworfen ist. Besteht das Volk aus hunderttausend Menschen, so ist die Lage der Unterthanen darum nicht verändert. Jeder ist eben so der ganzen Herrschaft der Gesetze unterworfen, indess sein Zustimmung, das ein Hunderttausend-Theil geworden ist, zehnmal weniger Einfluss auf ihre Abfassung hat. Der Unterthan bleibt immer Eines; die Grösse des Souverains hingegen wächst mit der Anzahl der Staatsbürger. Daraus folgt, dass die Freiheit sich in dem Grade vermindert, in dem der Staat sich vergrößert.

Wenn ich sage, das Verhältniss vergrößere sich, so heisst das eigentlich, es entferne sich von der Gleichheit. Je größer das Verhältniss nach den Begriffen der Messkünstler ist, desto weniger findet es, nach dem gewöhnlichen Begriffe überhaupt, statt. Nach den erstern wird das Verhältniss der

Zahl nach betrachtet, und durch den Exponens gemessen: nach den letztern betrachtet man es in seiner Identität, und beurtheilt es nach der Aehnlichkeit.

Je weniger nun der Wille der Einzelnen mit dem allgemeinen, das heisst, die Sitten mit den Gesetzen in Verhältniss stehen, desto mehr muss die beschränkende Gewalt anwachsen. Ist die Regierung also gut, so muss sie beziehungsweise stärker seyn, je zahlreicher das Volk ist.

Von der andern Seite giebt die Vergrößerung des Staats den Inhabern der öffentlichen Gewalt immer mehr Anreizungen und Mittel ihre Macht zu misbrauchen: jemehr Kraft also die Regierung besitzt, um das Volk in Schranken zu halten, desto mehr muss auch der Souverain besitzen, um die Regierung in den ihrigen zu halten. Ich rede hier nicht von einer absoluten Gewalt, sondern

von der relativen Gewalt der verschiedenen Glieder des Staats.

Aus dieser zwiefachen Beziehung folgt, dass die fortgesetzte Proportion zwischen dem Souverain, dem Fürsten und dem Volke, keine willkührliche Idee sey, sondern nothwendig aus der Natur des politischen Körpers entspringe. Ferner folgt daraus: da eines der äussern Glieder, nemlich das Volk, als Unterthan bestimmt ist, und durch die Einheit dargestellt wird, so muss, so oft die doppelte Rationalzahl vergrößert oder verkleinert wird, auch die einfache eben so vergrößert oder verringert, folglich das mittlere Glied verändert werden. Man siehet, dass es keine eigne oder unabänderliche Verfassung der Regierung gebe, sondern dass es eben so viel verschiedenartige Regierungen geben muss, als es Staaten giebt, die an Grösse verschieden sind.

Wollte man dieß System lächerlich machen, indem man sagte: um die Mittelzahl zu finden und den Körper der Regierung zu bilden, hätte man, nach meiner Angabe, nur nöthig, die Quadratwurzel der Volksmenge auszuziehen, so würde ich antworten, daß ich die Zahl nur als Beispiel brauche; daß die Verhältnisse von denen ich rede, sich nicht durch die Anzahl der Menschen messen lassen, sondern im Allgemeinen durch die Summe der Thätigkeit, die aus der Menge der bewegenden Ursachen entspringt; wenn ich, um weniger Worte zu bedürfen, auf einen Augenblick mathematische Ausdrücke entlehne, so weiß ich doch recht gut, daß die mathematische Bestimmtheit bey moralischen Größen nicht statt finde.

Die Regierung ist im Kleinen, was der politische Körper in dem sie sich befindet,

im Großen ist. Sie ist eine moralische Person, die gewisse Fähigkeiten besitzt; sie ist thätig wie der Souverain, und leidend wie der Staat, und läßt sich in andere ähnliche Verhältnisse zerlegen. Hieraus entsteht eine neue Proportion, und in dieser wieder eine andere, bis man an einen mittlern untheilbaren Punkt kommt, das heißt, auf ein einziges Oberhaupt oder einen höchsten Richter, den man sich in der Mitte dieser Progression vorstellen kann, wie die Einheit zwischen der Reihe der Brüche und der Zahlen.

Ohne uns in diese Vervielfältigung der Größen zu verwirren, wollen wir uns begnügen, die Regierung als einen neuen Körper im Staate anzusehen, der vom Volke und vom Souverain verschieden, und der Vermittler zwischen beyden ist.

Zwischen diesen beyden Körpern ist der wesentliche Unterschied, daß der Staat durch sich selbst besteht, die Regierung aber nur durch den Souverain. Der herrschende Wille des Fürsten ist also nichts anders, oder sollte nichts seyn, als der allgemeine Wille oder das Gesetz, und seine Macht ist die, des Allgemeinen, die in ihm zusammenfließt. Sobald er durch sich selbst eine willkührliche und unabhängige Verfügung machen will, fängt die Verbindung des Ganzen an, sich aufzulösen. Geschehe es endlich, daß der Fürst einen Privat-Willen befasse, der mächtiger wäre, als der Wille des Souverains, geschehe es, daß er sich zur Vollstreckung dieses Privat-Willens der öffentlichen Gewalt bediente, die in seinen Händen ist, so daß man gleichsam zwei Souverains hätte, einen dem Rechte, den andern der That nach, so hörte in dem Augenblicke der ge-

gesellschaftliche Bund auf, und der politische Körper zerfiele.

Soll indess der Regierungs-Körper wahres Daseyn und Leben haben, das ihn vom Staatskörper unterscheidet; sollen alle seine Glieder einstimmig handeln und dem Zwecke seiner Errichtung entsprechen: so muß er ein abgesondertes „Ich“ haben, ein Bewußtseyn, das allen seinen Gliedern gemeinschaftlich ist, eine eigenthümliche Kraft und einen eigenthümlichen Willen, der auf seine Erhaltung abzweckt. Dieses abgesonderte Daseyn setzt Zusammenkünfte, Rathisversammlungen, die Macht zu berathschlagen und zu beschließen, voraus; ferner Rechte, Titel, Freiheiten, die dem Fürsten ausschliessend gehören und den Stand der Obrigkeit um so ehrenvoller machen, je beschwerlicher er ist. Es ist aber schwierig, wie man dies unterordnete Ganze in dem Ganzen des Staats so

aufstellen könne, daß es nicht die allgemeine Verfassung ändere, um die feine zu befestigen; daß es allezeit die besondere Gewalt, die zu seiner Erhaltung bestimmt ist, von der öffentlichen unterscheide, deren Zweck die Erhaltung des Staats ist; und daß es, mit einem Worte, immer bereit sey, die Regierung dem Volke, nicht das Volk der Regierung aufzuopfern.

Ueberdem ist zwar der künstliche Körper der Regierung das Werk eines andern künstlichen Körpers, und hat gewissermassen nur ein entlehntes und untergeordnetes Leben, aber es kann dennoch mit grösserer oder geringerer Kraft und Schnelligkeit handeln, und gleichsam einer stärkern oder schwächern Gesundheit geniessen. Endlich kann er auch, ohne sich geradezu von dem Zwecke seiner Errichtung zu entfernen, mehr oder weniger,

nach der Natur seiner Bestandtheile, von demselben abweichen.

Aus allen diesen Verschiedenheiten entstehen die mannigfachen Verhältnisse, welche die Regierung zum Staate haben muß, in Gemäfsheit der zufälligen oder einzelnen Verhältnisse, durch welche die Natur desselben bestimmt wird. Denn oft kann eine Regierung, die für sich genommen, die beste ist, die allerfehlerhafteste werden, wenn man diese Verhältnisse nicht nach den Gebrechen ihres Staatskörpers abändert.

Zweytes Kapitel.

*Von dem Grundbegriffe, der die verschiedenen
Regierungsformen bestimmt.*

Um die allgemeine Ursache dieser Verschiedenheiten aus einander zu setzen, muß ich hier den Fürsten und die Regierung von einander unterscheiden, wie oben den Staat und den Souverain.

Der obrigkeitliche Körper kann aus mehrern oder wenigern Gliedern bestehen. Ich sagte, das Verhältniß des Souverains zu den Unterthanen sey um desto gröfser, je zahlreicher das Volk ist: einer entschiedenen Analogie zufolge, kann man eben das von der Regierung in Rücksicht auf die obrigkeitlichen Personen sagen.

Nun besteht aber die Gesamtkraft der Regierung immer nur in der Kraft des Staates selbst, und verändert sich also nicht:*) daraus folgt, je mehr sie von dieser Kraft auf ihre eigne Glieder verwenden muß, desto weniger bleibt ihr übrig, um auf das ganze Volk zu wirken.

Je zahlreicher also die obrigkeitlichen Personen sind, desto schwächer ist die Regierung. Diese Maxime ist eine Grundregel; wir wollen sie in der Anwendung betrachten, um sie deutlicher zu machen.

Wir können in der Person der Obrigkeit drei wesentlich verschiedene Willen unterscheiden. Erstlich den eigenthümlichen Willen des Einzelnen, der nur seinen besondern Vortheil beabsichtigt; zweytens, den gemeinschaftlichen Willen ihrer Glieder, der

*) *Nemlich in Rücksicht auf den Staat.*

sich nur nach dem Vortheile des Fürsten richtet, und der Standes-Wille genannt werden kann. Er ist ein allgemeiner, in Rücksicht auf die Regierung, und Privat-Wille, in Rücksicht auf den Staat, von dem die Regierung einen Theil ausmacht. Der dritte Wille ist der des Volks, oder des Souverains. Dieser ist allgemein, sowohl in Rücksicht auf den Staat, den man als das Ganze betrachtet, wie in Ansehung der Regierung, als eines Theiles des Ganzen.

In einer vollkommenen Gesetzgebung muß der besondere oder einzelne Wille für nichts gelten, der eigenthümliche Wille des Regierungskörpers sehr untergeordnet, folglich der allgemeine oder höchste Wille immer der herrschende seyn; und die einzige Richtschnur aller andern.

In der natürlichen Ordnung hingegen werden diese verschiedenen Arten des Wil-

lens immer kräftiger, je mehr sie sich vereinfachen. *) So ist der allgemeine Wille immer der schwächste, der Staats-Wille nimmt die zweyte Stelle ein und der Privatwille die allererste. Jedes Glied der Regierung ist also erstlich er selbst, dann obrigkeitliche Personen und dann Staatsbürger; eine Abstufung die jener, welche die gesellschaftliche Ordnung heischt, gerade entgegen gesetzt ist.

Nach dieser Voraussetzung nehme man an, dafs sich die ganze Regierung in den Händen eines Einzelnen befinde, so wird der Privat- und der Standes-Wille völlig

*) *Im Original steht: à mesure qu'elles se concentrent. Ich merke dies nur an, damit die Kunstrichter mich keiner Unachtsamkeit beschuldigen — ehe sie untersuchten, ob ich wohl Gründe hatte, so zu übersetzen.*

eins seyn, und folglich den höchst möglichsten Grad innerer Stärke erlangt haben. Da nun der Gebrauch der Stärke von dem Grade des Willens abhängt und die unbedingte Macht der Regierung sich nicht verändert, so folgt daraus, daß die Regierung eines Einzelnen die allerkraftvollste sey.

Verbinden wir im Gegentheile die Regierung mit der gesetzgebenden Macht; verwandeln wir den Souverain in den Fürsten, und alle Staatsbürger in obrigkeitliche Personen, so fließt der Stands-Wille der Regierung mit dem allgemeinen zusammen, und hat eben so wenig Wirksamkeit als dieser: der Privatwille allein behält seine ganze Kraft. Auf die Art wird die Regierung, obgleich sie immer denselben Grad unbedingter Kraft besitzt, doch auf der niedrigsten Stufe der relativen Kraft oder der Thätigkeit stehen.

Diese Verhältnisse sind unwiderleglich und andere Betrachtungen bestätigen sie noch mehr. Man sieht zum Beyspiel daß jede obrigkeitliche Person mehr auf den Körper wirkt zu dem sie gehört, als jeder Staatsbürger auf denjenigen, von dem er ein Theil ist, und daß folglich der Privatwille viel mehr Einfluß auf die Maasregeln der Regierung, als auf die des Souverains hat: denn jede obrigkeitliche Person hat fast immer irgend ein Regierungs-Geschäfte zu versehen, da kein Staatsbürger, einzeln genommen, irgend ein Geschäfte der Oberherrschaft hat. Je mehr überdem ein Staat sich ausdehnt, desto mehr wächst seine wirkliche Kraft, obgleich nicht im Verhältnisse seiner Ausdehnung. Bleibt sich aber der Staat gleich, so mögen die obrigkeitlichen Personen sich immerhin vermehren, die Regierung gewinnt nicht dabey an innerer Kraft, weil

diese Kraft dem Staate gehört, dessen Grösse nicht verändert ward. Auf die Art verringert sich die relative Stärke oder die Wirksamkeit der Regierung, ohne dafs seine unbedingte oder innere Kraft wachsen kann.

Auch ist es gewifs, dafs die Beforgung der Geschäfte langsamer wird, je mehr Leute Theil daran nehmen; dafs man zu wenig auf das Glück rechnet, indem man sich zu sehr bemüht, klug zu verfahren; dafs man die Gelegenheit entwischen läfst, und oft durch die Berathschlagungen die Frucht derselben einbüfst.

Ich habe bewiesen, dafs die Regierung um so schwächer werde, je mehr sich die obrigkeitlichen Personen vervielfältigen; auch das habe ich oben dargethan, dafs die beschränkende Macht zunehmen müfste, je zahlreicher das Volk sey. Hieraus folgt, dafs das Verhältnifs der obrigkeitlichen Personen

zur Regierung das umgekehrte Verhältniß der Unterthanen zum Souverain seyn müsse: das heisst, je mehr sich der Staat ausdehnet, desto mehr muß die Regierung sich concentriren, so daß die Anzahl der Oberhäupter sich in eben dem Verhältnisse vermindern, in welchem das Volk anwächst.

Uebrigens rede ich hier nur von der relativen Stärke der Regierung, nicht von ihrer Rechtmäßigkeit. Der Wille des Regierungskörpers nähert sich im Gegentheile dem allgemeinen Willen um so mehr, je zahlreicher seine Glieder sind; statt, daß er unter einem Einzelnen, wie ich gesagt habe, nur ein Privat-Wille ist. So verliert man von der einen Seite, was man von der andern gewinnen kann. Die Kunst des Gesetzgebers besteht darinn, den Punkt festsetzen zu können, wo die Kraft und der Wille

der Regierung, immer in gegenseitigen
Gleichmaße, sich in dem Verhältnisse ver-
binden, das dem Staate am vortheilhafte-
sten ist,

Drittes Kapitel.

Eintheilung der Regierungen.

Im vorigen Kapitel sah man, warum die verschiedenen Arten und Formen der Regierungen nach der Anzahl ihrer Glieder unterschieden werden. In diesem werde ich zeigen, wie diese Eintheilung gemacht wird.

Der Souverain kann erstlich die Regierung dem ganzen Volke oder dem grössten Theile desselben anvertrauen, so dafs es mehr Staatsbürger giebt, die zur Obrigkeit gehören, als solche, die blofse Privat-Leute sind. Diese Regierungsform nennt man Demokratie.

Oder er kann die Regierung auf eine kleine Anzahl einschränken, so dafs es mehr

Privatleute als obrigkeitliche Personen unter den Staatsbürgern giebt: diese Regierungsform heisst Aristokratie.

Endlich kann er die ganze Regierung in die Hände eines Einzelnen zusammen drängen, von dem alle andere obrigkeitliche Personen ihre Macht empfangen. Diese dritte Form ist die gewöhnlichste; sie heisst Monarchie oder königliche Regierung.

Man muß bemerken, daß alle diese Formen, oder wenigstens die beyden erstern, mancher Abstufungen und sogar einer ziemlich grossen Vieldeutigkeit fähig sind. Die Demokratie kann sich auf das ganze Volk erstrecken oder sich auf die Hälfte einschränken. Die Aristokratie hingegen kann sich von der Hälfte des Volks ganz unbestimmt bis auf die kleinste Anzahl verengern. Selbst das Königthum ist einer Theilung fähig. Sparta hatte beständig, vermöge seiner Ver-

faffung, zwey Könige, und im römischen Reiche sah man bis auf acht Kaiser zu gleicher Zeit, ohne daß man sagen konnte, das Reich sey zerstückt. Es giebt also einen Punkt, wo jede Regierungsform mit der folgenden zusammenfließt, und man sieht daß unter drey Benennungen, die Regierung wirklich so vieler verschiedenen Formen fähig ist, als der Staat Bürger besitzt.

Noch mehr! Da diese Regierung, in gewissen Rücksichten, in andere Theile zerlegt werden kann, von denen die eine auf diese, die andere auf jene Art verwaltet wird, so kann aus diesen drey Formen, wenn sie verbunden werden, eine Menge vermischter Formen entstehen, von denen sich jede mit allen einfachen multipliciren läßt.

Man hat zu allen Zeiten viel über die beste Regierungsform gestritten, ohne zu erwägen, daß jede von ihnen in gewissen Fäl-

len die beste, und in andern die schlechteste sey.

Muss in den verschiedenen Staaten die Zahl der höchsten Regierungs - Glieder in umgekehrtem Verhältniss mit der Zahl der Staatsbürger stehen, so folgt daraus, dass im allgemeinen die demokratische Regierung den kleinen Staaten, die aristokratische den mittlern, und die monarchische den grossen angemessen ist. Diese Regel folgt unmittelbar aus jenem Grundsatz: aber unzählbare Umstände können Ausnahmen veranlassen.

Viertes Kapitel.

Von der Demokratie.

Der Urheber des Gesetzes weiß am besten, wie es ausgeführt und erklärt werden müsse. Es scheint also, als wenn diejenige Verfassung die beste seyn müßte, welche die gesetzgebende Macht mit der ausübenden verbindet. Eben dieser Umstand aber macht diese Regierung in gewisser Hinsicht unzureichend, da man in derselben die Gegenstände, die unterschieden werden müssen, nicht unterscheidet. Der Fürst und der Souverain bilden, wenn sie eine Person sind, gleichsam nur eine Regierung ohne Regierung.

Es ist nicht gut, daß derjenige, der die Gesetze giebt, sie auch ausführe, oder daß

der Volkskörper seine Aufmerksamkeit von den allgemeinen Zwecken abwende, um sie auf einzelne Gegenstände zu richten. Nichts ist schädlicher, als der Einfluss des Privat-Interesses auf die öffentlichen Angelegenheiten; selbst der Mißbrauch der Gesetze von Seiten der Regierung, ist ein geringeres Uebel, als die Bestechung des Gesetzgebers, die eine unausbleibliche Folge der Privat-Absichten ist. Dann ist der Staat in seinem Wesen verdorben, und jede Verbesserung wird unmöglich. Ein Volk, das nie die Regierung mißbrauchte, würde eben so wenig die Unabhängigkeit mißbrauchen; ein Volk, das immer gut regierte, brauchte nicht regiert zu werden.

Nimmt man das Wort im strengsten Sinne, so hat es nie eine wahre Demokratie gegeben und kann nie eine geben. Es ist wider die Ordnung der Natur, daß die grössere

Menge regiere und die kleinere regiert werde. Es ist undenkbar, daß das Volk immer versammelt bleibe, um die öffentlichen Angelegenheiten zu besorgen, und wenn es einen Ausschuss dazu ernennet, so sieht man leicht, daß die Form der Verwaltung dadurch verändert werde.

Ich glaube wirklich als Grundsatz annehmen zu können: wenn man die Geschäfte der Regierung unter mehrere Tribunäle theilt, so erwerben die minder zahlreichen früh oder spät die grösste Gewalt, wäre es auch nur wegen der Leichtigkeit, die Geschäfte abzumachen, die sie natürlich dahin führt.

Wie viele schwer vereinbare Sachen setzt überdem nicht eine solche Regierung voraus? Zuvörderst einen sehr kleinen Staat, wo das Volk leicht versammelt werden, und jeder Staatsbürger ohne Mühe alle andere

kennen kann; zweytens eine groſſe Einfachheit der Sitten, welche der Menge der Geſchäfte und den ſchwierigen Erörterungen vorbeugt; ferner viele Gleichheit in den Ständen und im Vermögen, ohne welche nicht lange Gleichheit in den Rechten und in der Gewalt beſtehen kann; endlich wenig oder gar keinen Luxus, der entweder die Wirkung der Reichthümer iſt oder ſie unentbehrlich macht. Er verführt den Reichen und den Armen zugleich, jenen durch den Beſitz, dieſen durch die Habgier; er verkauft das Vaterland der Weichlichkeit und der Eitelkeit; er raubt dem Staate alle ſeine Bürger, indem er den einen Theil derſelben dem andern, und alle dem Vorurtheile unterwirft.

Aus dieſen Gründen hat ein berühmter Schriftſteller die Tugend als Grundgeſetz der Republik angenommen: denn alle dieſe Bedingungen können ohne Tugend nicht zu-

sammen treffen; weil er aber nicht die nothwendigen Unterscheidungen machte, fehlte diesem grossen Geiste oft die Genauigkeit, zuweilen auch die Deutlichkeit. Er sah nicht, dass weil die herrschende Gewalt sich überall gleich ist, dasselbe Grundgesetz in jedem gut eingerichteten Staate gelten muss, wiewohl, ich gestehe es, mehr oder weniger, nach Beschaffenheit der Regierungsform.

Ich füge noch hinzu, dass keine Regierung so sehr den bürgerlichen Kriegen und innern Unruhen ausgesetzt ist, als die demokratische oder Volksregierung, weil keine so stark und so unnachlasslich nach einer Veränderung der Form strebt, und keine mehr Wachsamkeit und Muth erfordert, um aufrecht erhalten zu werden. In dieser Verfassung vorzüglich, muss der Staatsbürger sich mit Kraft und Standhaftigkeit bewaffnen und jeden Tag im Herzen sprechen, was jener

tugendhafte Woywode auf dem pohlischen Reichstage sagte Malo: periculosam libertatem quam quietum servitium. *)

Gäbe es ein Volk von Göttern, so würde es sich demokratisch regieren. Den Menschen ist eine so vollkommene Regierung nicht angemessen.

*) „Lieber eine gefährvolle Freiheit, als eine ruhige Sklaverei.“ So sprach der Woywode von Posen, Vater Stanislaus des Ersten.

Fünftes Kapitel.

Von der Aristokratie.

Hier finden wir zwey sehr verschiedene moralische Personen, nemlich die Regierung und den Souverain; es giebt folglich auch zwey allgemeine Willen: der eine ist es in Beziehung auf alle Staatsbürger, der andere in Ansehung der Glieder der Verwaltung. Obgleich also die Regierung ihre innere Policy einrichten kann wie sie will, so darf sie doch nie anders zum Volke reden, als im Nahmen des Souverains, das heisst, des Volkes selbst: eine Wahrheit, die man niemals vergessen muß.

Die ersten Gesellschaften hatten eine aristokratische Verfassung. Die Oberhäupter

der Familien berathschlagten zusammen über die öffentlichen Angelegenheiten; die jungen Leute gaben ohne Widerwillen dem Ansehen der Erfahrung nach. Daher kommen die Namen Priester, Alten, Senat, Geronten. Die Wilden im nördlichen Amerika werden noch jetzt so regiert, und zwar sehr gut.

In dem Masse aber, wie die Ungleichheit der Verfassung die natürliche Ungleichheit überwog, wurden Reichthum und Macht *) dem Alter vorgezogen, und die Aristokratie ward durch Wahlen bestimmt. Da endlich die Macht mit den Reichthümern von dem Vater zu den Kindern überging, und so Patricierfamilien entstanden, wurde

*) Offenbar heisst das Word *Optimates* bey den Alten nicht die Besten, sondern die Mächtigen.

die Regierung erblich, und man sah Senatoren von zwanzig Jahren.

Es giebt also drey Arten von Aristokratien: eine natürliche, eine Wahl- und eine Erb-Aristokratie. Die erste paßt nur für einfache Völker, und die dritte ist die schlechteste aller Regierungen. Die zweite ist die beste: sie ist die eigentliche Aristokratie.

Außer dem Vortheile, daß die beyden Mächte von einander getrennet sind, gewährt sie noch den, daß ihre Glieder erwählt werden. Bey der Volksregierung sind alle Staatsbürger durch Geburt obrigkeitliche Personen; aber in dieser giebt es nur eine kleine Anzahl derselben, die noch dazu nur durch Wahl ihre Würde erlangt: *) ein Mittel

*) Es liegt viel daran, die Form der Richterwahlen durch Gesetze zu bestimmen. Ueberläßt man sie der Willkühr des Fürsten, so

durch welches die Rechtschaffenheit, die Einsichten, die Erfahrung und alle andere Ansprüche auf öffentliche Achtung, ebenso viele Bürgen einer weisen Regierung werden.

Zudem geschehen die Versammlungen mit mehrerer Bequemlichkeit; die Geschäfte werden besser untersucht, und mit mehr Fleiß und Ordnung besorgt; und das Ansehen des Staates wird bey den Fremden durch ehrwürdige Senatoren besser erhalten, als durch einen unbekannten und verachteten Haufen.

verfällt man unvermeidlich in die erbliche Aristokratie, wie es in den Republiken Venedig und Bern geschehen ist. Die erstere ist daher seit langer Zeit ein aufgelöster Staat; aber die zweite erhält sich durch die außerordentliche Weisheit ihres Senats. Sie macht eine sehr ehrenvolle, aber eben so gefährliche Ausnahme.

Mit einem Worte, es ist die beste und natürlichste Ordnung, daß die Weisesten den grossen Haufen regieren, wenn man gewiss ist, daß sie ihn so regieren werden, wie sein Vorthail, und nicht wie der Ihrige es verlangt. Man muß nicht vergeblich die Triebfedern vervielfältigen, oder durch zwanzigtausend Menschen bewirken, was hundert auserlesene Männer besser ausrichten können. Indessen muß man hier anmerken, daß der Nutzen des Regierungskörpers hier anfangs, die öffentliche Macht weniger nach der Vorschrift des allgemeinen Willens zu lenken, so wie eine andere unvermeidliche Wendung den Gesetzen einen Theil der ausübenden Gewalt raubet.

Die besondern Erfordernisse sind, daß ein Staat weder so klein, noch ein Volk so einfach oder so rechtschaffen sey, daß die Ausübung der Gesetze unmittelbar aus dem

öffentlichen Willen folge, wie in einer guten Demokratie. Auch so groß muß eine Nation nicht seyn, daß die zerstreuten Oberhäupter bey ihrer Regierung in den besondern Abtheilungen wie unumschränkt verfahren, und durch Unabhängigkeit sich den Weg zur Oberherrschaft bahnen können.

Wenn indessen die Aristokratie nicht so viele Tugenden fordert, als die Volks-Regierung, so heischt sie doch andere eigenthümliche, als z. B. die Mäßigung der Reichen, und die Genügsamkeit der Armen. Eine strenge Gleichheit wäre, wie es scheint, dort am unrechten Orte: selbst in Sparta ward sie nicht beobachtet.

Wenn übrigens diese Verfassung sich mit einer gewissen Ungleichheit in den Glücksumständen verträgt, so ist es nur in so fern, als dadurch im allgemeinen die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten denjenigen

anvertraut werden kann, die am leichtesten ihre ganze Zeit auf dieselben zu wenden im Stande sind, aber nicht, wie Aristoteles behauptet, damit die Reichen immer vorgezogen würden. Im Gegentheil liegt viel daran, daß eine entgegengesetzte Wahl das Volk zuweilen belehre, persönliches Verdienst gebe viel wichtigere Ansprüche auf Vorrang, als Reichthümer.

Sechstes Kapitel.

Von der Monarchie.

Bis jetzt haben wir den Fürsten als eine moralische und zusammengesetzte Person betrachtet, welche durch die Macht der Gesetze hervorgebracht ward, und in deren Händen der Staat die ausübende Gewalt niederlegt. Jetzt müssen wir diese Macht in der Rücksicht betrachten, daß sie in die Hände einer natürlichen Person zusammenfließt, einem wirklichen Menschen, der allein das Recht hat, sich ihrer nach den Gesetzen zu bedienen. Dieß nennt man einen Monarchen oder einen König.

Ganz im Gegensatze mit anderen Verwaltungen, wo ein zusammengesetztes Wesen

ein einzelnes vorstellt, spielt hier ein Individuum die Rolle eines collectiven Wesens, so daß die moralische Einheit, die den Fürsten bildet, auch eine physische Einheit ist, in welcher alle Fähigkeiten, die das Gesetz mit so vieler Anstrengung in jener vereinigt, von Natur verbunden sind.

So fließen also der Wille des Volkes, der Wille des Fürsten, die öffentliche Macht des Staats und die ausgesonderte Gewalt der Regierung in einen Punkt zusammen; alle Triebfedern der Maschine werden von einer Hand in Bewegung gesetzt, alles strebt einem Zwecke nach, und keine sich widersprechende Bewegungen machen einander unwirksam. Man kann keine Art der Verfassung erfinden, in der eine geringere Anstrengung eine grössere Wirkung hervorbringe. Archimedes faß ruhig am Gestade, und hob so ohne Mühe ein großes Schiff ins Meer:

er ist mir das Bild eines geschickten Monarchen, der seine weiten Staaten von seinem Kabinette aus regiert, und alles in Bewegung setzt, indess er unthätig scheint.

Aber wenn es keine kraftvollere Regierung giebt, als diese, so hat dafür auch in keiner andern der Privat-Wille mehr Herrschaft und unterjocht leichter die andern. Alles wirkt, es ist wahr, auf einen Zweck, aber dieser Zweck ist nicht das allgemeine Wohlfeyn, und selbst die Stärke der Verwaltung wird dem Staate nachtheilig.

Die Könige wollen unumschränkt seyn, und aus der Ferne ruft man ihnen entgegen, der beste Weg dazu sey, sich die Liebe ihrer Unterthanen zu erwerben. Diese Maxime ist sehr schön und in gewissen Rücksichten auch sehr wahr: unglücklicher Weise aber wird man sie an den Höfen ewig verlachen: Ohne Zweifel ist diejenige Macht die grös-

feſte, die aus der Liebe des Volks entſpringt: aber ſie iſt ſo ſchwankend und bedingt, daß ſich die Fürſten nie mit ihr begnügen werden. Die beſten Könige verlangen die Freyheit böſe zu ſeyn, ſobald es ihnen beliebt, ohne deswegen ihre Macht einzubüßen. Umſonſt würde ein politiſcher Schwätzer ihnen ſagen: da die Macht des Volkes die ihrige ausmache, wäre es ihr größter Nutzen, wenn das Volk blühend, zahlreich, furchtbar ſey: ſie wiſſen recht gut, daß das nicht wahr iſt. Ihr perſönlicher Nutzen fordert vor allen Dingen, daß das Volk ſchwach, elend und unfähig ſey, ihnen jemals zu widerſtehen. Ich geſtehe es, könnte man annehmen, daß die Unterthanen beſtändig und vollkommen unterwürfig ſeyn würden, ſo verlangt es der Vortheil des Fürſten, daß das Volk mächtig wäre, damit dieſe Macht, die ihm gehörte, ihn ſeinen

Nachbarn furchtbar machte. Da aber dieser Vortheil nur zufällig und untergeordnet ist, und die beyden Voraussetzungen unvereinbar sind, so ist es natürlich, daß die Fürsten immer der Maxime den Vorzug geben, die ihnen unmittelbar nützlich ist. Das stellte Samuel den Hebräern so nachdrücklich vor; das bewies Machiavel unwiderleglich. Er stellte sich, als wollte er den Fürsten Lehren geben, indess er den Völkern sehr wichtige ertheilte. Der Fürst des Machiavel *) ist für Republikaner geschrieben.

*) *Machiavel war ein rechtschaffener Mann und ein guter Staatsbürger: aber er stand im Dienste des Hauses Medici. Das zwang ihn bey der Unterdrückung seines Vaterlandes seine Freiheitsliebe zu verhehlen. Schon die Wahl seines abscheulichen Helden offenbart hinlänglich seine Absicht, und der Widerspruch zwischen*

Aus den allgemeinen Verhältnissen sehen wir, dass die Monarchie nur für große Staaten passt; dasselbe finden wir, wenn wir sie an sich beprufen. Je mehr Glieder die öffentliche Verwaltung hat, desto mehr verringert sich das Verhältniss des Fürsten zu den Unterthanen und nähert sich der Gleichheit, so dass in einer Demokratie dies Verhältniss Eins ist, d. h. die Gleichheit selbst. Dies Verhältniss wächst, so wie die Regierung zusammen gedrängt wird; es hat

den Grundsätzen seines Buchs vom Fürsten, und denen die er in seinen Abhandlungen über den Livius und in seiner florentinischen Geschichte aufstellt, beweisen, dass dieser tiefe Politiker bis jetzt nur oberflächliche und verdorbene Leser gehabt hat. Der römische Hof hat sein Buch strenge verboten. Ich glaub' es wohl: ihn hat er am deutlichsten gemalt.

seinen höchsten Grad erreicht, wenn die Regierung in den Händen eines Einzigen ist. Dann findet sich ein zu grosser Abstand zwischen dem Fürsten und dem Volke, und dem Staate fehlt die Verbindung. Um sie zu bilden, bedarf man also der Zwischenklassen: der Prinzen, der Grossen, des Adels, aus denen sie bestehen. Aber von allem diesen paßt nichts für einen kleinen Staat, den diese Abstufungen zu Grunde richten.

Ist es aber überhaupt schwer, einen grossen Staat gut zu regieren, so ist es noch viel schwerer, für einen einzelnen Mann, es zu thun: und jeder weifs, was geschieht, wann ein König Gehülfen annimmt.

Ein wesentlicher und unvermeidlicher Fehler der monarchischen Regierung, der immer der republikanischen den Vorzug verschaffen wird, liegt darin, dafs in der letztern die Stimme des Volks fast immer die vor-

nehmsten Aemter nur einsichtsvollen und fähigen Männern ertheilt, die sie ehrenvoll verwalten; dahingegen diejenigen, die in den Monarchien ihr Glück machen, meistens nur kleine Windbeutel, kleine Spitzbuben, kleine Ränkeschmiede sind, denen die kleinen Talente, die an den Höfen zu den großen Würden erheben, nur dazu dienen, dem Publikum, so bald sie ihr Glück gemacht haben, ihre Unfähigkeit zu zeigen. Das Volk! irrt sich viel weniger in der Wahl, als der Fürst, und einen wirklich verdienstvollen Mann sieht man eben so selten in einem Cabinette, als einen Thoren an der Spitze einer republikanischen Regierung. Ergreift daher durch einen glücklichen Zufall einer von den Männern, die zum Regieren gebohren wurden, das Ruder der Geschäfte in einer Monarchie, die durch den Haufen zierlicher Verwalter fast zu Grunde gerichtet

war, so erstaunt man über die Hülfsmittel die er findet, und seine Regierung macht Epoche.

Damit ein monarchischer Staat gut regiert werde, müßte seine Grösse oder seine Ausdehnung nach den Fähigkeiten dessen, der ihn regiert, abgemessen werden. Es ist leichter zu erobern als zu beherrschen. Hat man einen tauglichen Hebel, so kann man mit einem Finger die Welt erschüttern: aber um sie zu tragen, muß man die Schultern des Herkules haben. So bald ein Staat ein wenig groß ist, pflegt der Fürst immer zu klein zu seyn. Geschieht es im Gegentheil, was aber sehr selten eintrifft, daß der Staat zu klein für sein Oberhaupt ist, so wird er wiederum schlecht regiert. Das Oberhaupt folgt nehmlich immer seinen grossen Plänen, vergißt darüber den Vorthail seiner Unterthanen, und macht sie durch den Misbrauch seiner zu grossen Talente eben so unglück-

lich, als ein einfältiges Oberhaupt durch seinen Mangel an Fähigkeiten. Ein Königreich müßte sich gleichsam bey jeder Regierung nach der Geisteskraft seines Fürsten ausdehnen oder einziehen. Die Talente eines Senats hingegen haben ihr bestimmtes Mafs: daher kann man dem Staate unter demselben beständige Gränzen bestimmen, ohne dafs er deshalb schlechter verwaltet würde.

Der fühlbarste Uebelstand bey der Regierung eines Einzelnen ist der Mangel einer beständigen Nachfolge, die in den beyden andern eine ununterbrochene Verbindung unterhält. Ist ein König gestorben, so bedarf man eines andern. Die Wahlen lassen gefährliche Zwischenreiche: sie sind stürmisch, und wenn die Staatsbürger nicht in einem so hohen Grade uneigennützig und rechtschaffen sind, als diese Regierung fast nie erlaubt, so mischen sich Ränke und Bestechungen

darein. Es ist selten, daß derjenige, dem der Staat sich verkauft hat, ihn nicht wieder verkaufe, und sich an den Schwachen wegen des Geldes schadlos halte, das die Mächtigen von ihm erpressten. Unter einer solchen Verwaltung wird früh oder spät alles verkäuflich, und die Ruhe, deren man alsdann unter den Königen genießt, ist schlimmer als die Unordnungen der Zwischenreiche.

Was hat man gethan, um diesen Uebeln vorzubeugen? Man hat die Kronen in gewissen Familien erblich gemacht und eine Thronfolge festgesetzt, die allem Streit beym Tode der Könige vorbeugt: d. h. man hat das Regentschaftübel an die Stelle der Wahlübel gesetzt; man hat eine scheinbare Ruhe einer weisen Verwaltung vorgezogen; man hat lieber Gefahr laufen wollen, Kinder, Ungeheuer, Blödsinnige zu Oberhäuptern zu haben, als über die Wahl guter Könige

streiten zu müssen. Man hat nicht erwäget, daß man fast nur verlieren kann, wenn man sich so den Gefahren der Abwechslung aussetzt. Es war sehr vernünftig, was der junge Dionysius zu seinem Vater sagte, als dieser ihm eine schändliche Handlung mit den Worten verwies: „Habe ich dir ein solches Beyspiel gegeben?“ Ach, sprach der Sohn, euer Vater war nicht König.

— Alles trifft zusammen, einem Menschen, der dazu erzogen wird andern zu befehlen, Gerechtigkeitsliebe und Vernunft zu rauben. Man giebt sich viele Mühe, wie man sagt, junge Prinzen die Regierungskunst zu lehren: es scheint aber nicht, daß diese Erziehung bey ihnen anslage. Man thäte besser, wenn man damit anfienge, sie die Kunst des Gehorsams zu lehren. Die grössten Könige, welche die Geschichte preiset, sind nicht zum Herrschen erzogen worden. Diese Wissen-

schaft besitzt man nie weniger, als wenn man sie gelernt hat. Durchs Gehorchen erwirbt man sie besser, als durchs Befehlen. Nam utilissimus idem ac brevissimus bonarum malarumque rerum delectus, cogitare quid aut nolueris sub alio principe aut volueris. Tacit. hist. L. I.

Eine Folge von diesem Mangel an Zusammenhang, ist die Unbeständigkeit der königlichen Regierung. Nach dem Charakter des Fürsten oder der Leute die statt seiner regieren, befolgt sie bald einen Plan, bald den andern, und kann weder lange einen bestimmten Gegenstand, noch ein consequentes Betragen haben. Durch diese Veränderlichkeit schwankt der Staat unaufhörlich von einer Maxime zur andern, und von Entwurf zu Entwurf. Bey den andern Regierungsarten, wo der Fürst immer derselbe ist, findet dieß nicht Statt. Auch sieht man all-

gemein, daß an einem Hofe mehr Arglist, in einem Senate mehr Weisheit herrscht, die Republiken erreichen ihre Absichten durch bleibende und standhafter befolgte Massregeln, anstatt daß jede Revolution im Kabinet auch im Staate eine Revolution bewirkt: denn alle Minister und fast alle Könige haben den Grundsatz, in jeder Sache das Gegentheil von dem zu thun, was ihr Vorgänger that.

Dieser Mangel an Stätigkeit giebt auch die Auflösung eines Trugschlusses, den die königlichen Politiker sehr häufig ziehen. Sie vergleichen nicht nur die bürgerliche Regierung mit der häuslichen und den Fürsten mit dem Hausvater, (ein Irrthum, der schon widerlegt ward,) sondern sie ertheilen dieser obrigkeitlichen Person auch sehr freigebig alle Tugenden, die er bedarf, und setzen immer voraus, der Prinz sey, was er

seyn sollte. Vermöge dieser Voraussetzung ist die königliche Regierung offenbar allen andern vorzuziehen, weil sie unstreitig die kraftvollste ist und ihr, um auch die beste zu seyn, nichts fehlet, als daß der Wille des Regierungskörpers mehr mit dem allgemeinen übereinstimme.

Wenn aber nach Plato *) ein gebohrner König ein so seltnes Wesen ist, wie oft werden Natur und Glück übereinstimmen, ihn zu krönen? Und wenn die königliche Erziehung unausweichlich diejenigen verdirbt, die sie erhalten, was kann man von einer Reihe Menschen hoffen, die zum Regieren erzogen werden? Es heißt also vorsätzlich irren, wenn man die königliche Regierung mit der Regierung eines guten Königs verwechselt. Um

*) *In civili.*

zu wissen, was die Regierung an sich ist, muß man sie unter einfältigen oder boshaften Fürsten betrachten: denn solche Menschen werden den Thron besteigen, oder der Thron wird sie in solche verwandeln.

Unsere Schriftsteller haben diese Schwierigkeiten nicht übersehen, aber sie werden leicht mit ihnen fertig. Das Gegenmittel ist, sagen sie, ohne Murren zu gehorchen. Gott giebt die bösen Könige im Zorn, und man muß sie als Züchtigungen des Himmels ertragen. Das heißt freylich erbaulich gesprochen, aber ich weiß nicht, ob es nicht eher auf der Kanzel, als in einem politischen Buche an seiner Stelle wäre. Was soll man von einem Arzte sagen der Wunder verspricht, und dessen ganze Kunst sich darauf beschränkt, daß er den Kranken zur Geduld ermahnt?

Das weiß man wohl, daß eine schlechte
Regierung ertragen werden muß, wenn
man sie hat: die Frage ist nur, wie man
eine gute bekommt.

Siebentes Kapitel.

Von den vermischten Regierungen.

Bestimmt gesprochen, giebt es keine einfache Regierung. Ein einzelnes Oberhaupt bedarf unterer Obrigkeiten; eine Volksregierung bedarf eines Oberhauptes. In der Vertheilung der ausübenden Macht, giebt es also immer eine Abstufung von der größern Anzahl zur kleinern, mit dem Unterschiede, dafs bald die größere von der kleinern, bald die kleinere von der größern abhängt.

Zuweilen ist die Theilung gleich: entweder dadurch, dafs die konstituierenden Theile in einer gegenseitigen Abhängigkeit stehen, wie in der englischen Regierung; oder dafs die Macht jedes Theiles unabhängig

aber beschränkt ist, wie in Polen. Diese letzte Form ist schlecht, weil die Regierung keine Einheit hat und dem Staate Verbindung fehlt.

Ist eine einfache oder eine vermischte Regierung besser? Diese Frage hat grosse Streitigkeiten unter den Politikern verursacht: man kann sie durch eben die Antwort entscheiden, die ich über die Regierungsformen überhaupt gab.

Die einfache Regierung ist an sich die beste, schon dadurch, dass sie einfach ist. Wenn aber die ausübende Macht nicht in gehörigem Grade von der gesetzgebenden abhängig ist, das heisst, wenn das Verhältniss des Fürsten zum Souverain grösser ist, als das des Volkes zum Fürsten, so muss man diesem Mangel an Gleichmass dadurch abhelfen, dass man die Regierung theilt: denn alsdann haben alle ihre Theile

nicht weniger Gewalt über die Unterthanen, aber die Theilung hat sie in Rücksicht auf den Souverain geschwächt.

Auch dadurch beugt man dieser Unbequemlichkeit vor, daß man mittlere Obrigkeiten einsetzt, welche die Regierung ungetheilt lassen, und nur dazu dienen, die beyden Gewalten im Gleichgewicht, und ihre gegenseitigen Rechte ungekränkt zu erhalten. In diesem Falle ist die Regierung nicht gemischt, sondern gemildert.

Durch ähnliche Mittel kann man dem entgegengesetzten Uebel abhelfen, und wenn die Regierung zu schlaff ist, Tribunäle errichten, die sie mehr in einen Punkt zusammendrängen. Das geschieht in allen Demokratien. Im ersten Falle theilt man die Regierung um sie zu schwächen, im letzten um ihr mehr Stärke zu verschaffen: denn die

höchsten Grade der Stärke sowohl als der Schwäche finden sich in den einfachen Regierungen. Die vermischten geben eine mittlere Stärke.

Achtes Kapitel.

Nicht jede Regierungsform paßt für jedes Land.

Die Freiheit ist nicht eine Frucht aller Himmelsstriche, und daher nicht allen Menschen angemessen. Je mehr man über diesen Grundsatz des Montesquieu nachdenkt, desto mehr fühlt man seine Wahrheit. Je mehr man ihn bestreitet, desto mehr Gelegenheit giebt man, ihn durch neue Beweise darzuthun.

In allen Regierungen der Welt verzehrt die Person des Staats, ohne etwas zu erwerben. Woher fließt ihr denn die verzehrte Substanz zu? Aus der Arbeit ihrer Glieder. Der Ueberfluß der Einzelnen stillt das Bedürfnis des Staats. Daraus folgt, daß der bürgerliche Zustand nur so lange

währen kann, als die Menschen durch ihre Arbeit mehr gewinnen, als sie bedürfen.

Dieser Ueberschufs ist sich aber nicht in allen Ländern der Welt gleich. In einigen ist er ansehnlich, in andern mittelmässig, in andern nichts und in manchen schiefst man gar zu kurz. Dieses Verhältniß hängt von der Fruchtbarkeit des Himmelstrichs ab, von der Art der Bearbeitung die das Land erfordert, von der Natur seiner Produkte, von der Stärke der Einwohner, von der größern oder geringern Menge Nahrungsmittel, die sie bedürfen, und von mehreren andern ähnlichen Verhältnissen, aus dem jedes hervorgeht.

Von der andern Seite sind alle Regierungen sich nicht gleich. Es giebt mehr oder weniger kostspielige, und die Verschiedenheiten entspringen aus diesem zweyten Grundsatz, daß die öffentlichen Beyträge um so lästiger werden, je mehr

sie sich von ihrer Quelle entfernen. Nicht nach der Menge der Abgaben muß man ihre Last bestimmen, sondern nach dem Wege den sie nehmen müssen, um in die Hände zurückzukehren, die sie zuerst hergaben. Ist dieser Umlauf rasch und gut eingerichtet, so ist es gleichviel, ob man viel oder wenig bezahlt: das Volk bleibt reich und die Finanzen sind in Ordnung. Im Gegentheile erschöpft man das Volk sehr bald, es mag auch noch so wenig hergeben, wenn dieses Wenige nicht zu ihm zurückfließt: der Staat wird niemals reich, und das Volk ist immer armseelig.

Je mehr also der Abstand des Volkes von der Regierung zunimmt, desto lästiger werden die Abgaben: folglich wird das Volk in einer Demokratie am wenigsten gedrückt, in der Aristokratie schon mehr, und in der Monarchie trägt es die größte Last. Die

Monarchie schickt sich also nur für reiche Nationen, die Aristokratie für Staaten, die sowohl an Reichthum als an Grösse mittelmässig sind, die Demokratie für kleine und arme Staaten.

Je mehr man, in der That, hierüber nachdenkt, desto mehr Verschiedenheit findet man hierinn zwischen den freien und den monarchischen Staaten. In den erstern wird alles auf den gemeinschaftlichen Nutzen verwandt; in den andern sind die öffentlichen und Privat-Kräfte sich entgegengesetzt, und die einen wachsen durch die Schwächung der andern. Kurz, anstatt die Unterthanen zu regieren, um sie glücklich zu machen, macht der Despotismus sie elend, um sie zu regieren.

Das sind also die jedem Himmelsstriche natürlichen Ursachen, nach welchen man bestimmen kann, zu welcher Regierungsform

er hinleitet, nach denen man sogar bestimmen kann, was er für Bewohner haben muß. Die unfruchtbaren Gegenden, wo der Ertrag nicht die Arbeit bezahlt, müssen unbebaut und wüste bleiben, oder nur mit Wilden bevölkert werden. Gegenden, in welchen die Arbeit den Menschen nur gerade die Nothdurft gewährt, müssen von barbarischen Völkern bewohnt seyn: denn dort ist jede politische Verfassung unmöglich. Gegenden, wo der Ueberschuß des Ertrags die Arbeit nur mässig übersteigt, schicken sich für freie Völker. Diejenigen, wo der reiche und fruchtbare Boden geringe Arbeit mit grossem Ertrage belohnt, bedürfen einer monarchischen Regierung, damit der Aufwand des Fürsten den zu grossen Ueberschuß der Unterthanen verzehre: denn es ist besser, daß dieses Uebermaass von der Regierung verbraucht, als von den Privatleuten verschwen-

det werde. Ich weifs, es giebt Ausnahmen: aber selbst diese Ausnahmen bestätigen nur die Regeln, da sie früh oder spät Revolutionen bewirken, welche alles wieder in die natürliche Ordnung bringen.

Laßt uns immer die allgemeinen Gesetze von den besondern Ursachen, die ihre Wirkungen bestimmen, unterscheiden. Wäre auch ganz Süden mit Republiken, ganz Norden mit despotischen Staaten angefüllt, so bliebe es doch nicht weniger wahr, dafs zufolge der Wirkung des Himmelsstrichs, der Despotismus den heißen, die Barbarei den kalten Ländern und die guten Verfassungen den mittlern Gegenden angemessen sind. Auch das sehe ich ein, dafs man den Grundsatz zugeben und doch die Anwendung bestreiten und sagen könnte, dafs es sehr fruchtbare kalte und sehr undankbare mittägliche Länder gebe. Aber

diese Schwierigkeit kann nur diejenigen in Verlegenheit setzen, welche die Sachen nicht in allen Rücksichten betrachten. Wie ich schon gesagt habe, muß man auf die Arbeiten, die Kräfte, den Aufwand etc. sehen.

Wir wollen annehmen, daß von zwey gleichen Ländereien, die eine fünf, die andere zehn eintrüge. Wenn die Bewohner der ersten vier, und die der letzten neun verzehren, so wird der Ueberschuß des ersten Ertrages ein Fünftel, des letztern ein Zehntel seyn. Diese Ueberschüsse verhalten sich also umgekehrt wie die Ertragsummen, und der Boden der nur fünf hervorbringt, giebt einen doppelt so starken Ueberschuß als jener fruchtbarere.

Es ist aber gar nicht die Frage von einem doppelten Ertrage, und ich glaube nicht, daß jemand im Allgemeinen die Fruchtbarkeit der kalten Länder jener der warmen

Länder nur gleich schätzen wird. Wir wollen indessen diese Gleichheit annehmen, und England und Sizilien, Polen und Egypten für gleich fruchtbar halten. Weiter nach Süden finden wir Afrika und Indien, weiter nach Norden nichts. Welcher Unterschied der Bearbeitung bey dieser Gleichheit des Ertrages! In Sizilien braucht man nur die Erde aufzukratzen: aber was für Mühe kostet es in England, sie zu bearbeiten! Wo man nun mehrerer Arme bedarf, um denselben Ertrag hervorzubringen, muß nothwendig der Ueberschufs geringer seyn.

Außerdem verzehrt dieselbe Menschenzahl in den warmen Ländern viel weniger. Das Klima befiehlt mäßig zu seyn, wenn man sich wohl befinden will. Die Europäer, welche dort wie in ihrer Heimath leben wollen, sterben alle an Ruhr oder Unverdaulichkeit.

Gegen die Afiaten, sagt Chardin, find wir reißende Thiere, Wölfe. Manche schreiben die Mäßigkeit der Perfer dem geringern Anbau ihres Landes zu, aber ich glaube, daß ihr Land weniger Produkte liefert, weil die Einwohner weniger bedürfen. Wenn ihre Frugalität von der Armuth des Bodens herrührte, würden nur die Armen wenig essen, statt daß jedermann es thut: nach der Fruchtbarkeit jeder Provinz, würde man mehr oder weniger essen, statt daß einerlei Mäßigkeit im ganzen Reiche herrscht. Sie find mit ihrer Lebensart sehr zufrieden, und sagen, man brauchte nur ihre Gesichtsfarbe anzusehen, um zu erkennen, wie weit ihre Lebensweise die Europäische übertreffe. Wirklich ist die Gesichtsfarbe der Perfer rein, und ihre Haut schön, fein und glatt, statt daß die Armenier, ihre Unterthanen, die nach europäischer Sitte leben, rauh,

ausgefahrne Wangen und dicke schwere Körper haben.

Je näher man der Linie kommt, desto weniger bedürfen die Menschen zum Leben. Sie essen fast gar kein Fleisch; Reis, Maïs, Cuzcuz, Hirse, Cassava, sind ihre gewöhnlichen Nahrungsmittel. Es giebt in Indien Millionen Menschen, deren Unterhalt täglich nicht einen Heller kostet. Selbst in Europa sehen wir merkliche Verschiedenheiten in der Eßlust der nördlichen und südlichen Völker. Von dem Mittagsmahl eines Teutschen kann ein Spanier acht Tage leben. In den Ländern wo die Menschen gefräßiger sind, zeigt sich selbst der Luxus in eßbaren Dingen. In England prangt er mit einem Tisch voll Fleischspeisen; in Italien traktirt er mit Zucker und Blumen.

Aehnliche Verschiedenheiten zeigt auch der Luxus in Kleidungsstücken. Unter den

Himmelsstrichen, wo der Wechsel der Witterung schnell und heftig ist, hat man bessere und einfachere Kleider; wo man sich nur des Putzes wegen einhüllt, suchet man mehr Glanz als Nutzen dabey, und die Bekleidung überhaupt ist Luxus. In Neapel sieht man täglich im Pausylipp Menschen spazieren, die vergoldete Westen und keine Strümpfe haben. Eben so ist es mit den Gebäuden. Wenn man nichts von der Unfreundlichkeit des Wetters zu fürchten hat, sorgt man nur für Pracht. In Paris, in London will man warm und bequem wohnen. In Madrid hat man prächtige Säale, aber keine Fenster die verschlossen werden können, und man schläft in elenden Löchern.

In den warmen Ländern sind die Nahrungsmittel derber und saftiger: das ist ein dritter Unterschied, der großen Einfluß auf den zweyten hat. Warum ist man in Italien

so viel Gemüse? Weil es dort gut, nahrhaft und sehr wohlschmeckend ist. In Frankreich, wo man es nur mit Wasser pflegt, nährt es nicht und wird bey der Tafel fast für nichts gerechnet. Indessen nehmen sie hier doch eben so viel Land ein, und fordern zum wenigsten eben so viel Wartung. Es ist eine bekannte Erfahrung, daß die Getraide-Arten der Barberei, obgleich sie übrigens viel schlechter sind, als die Französischen, doch vielmehr Mehl geben, und daß diese wiederum mehr enthalten, als die nördlichen Gattungen. Man kann hieraus folgern, daß eine ähnliche Abstufung im Allgemeinen, in derselben Richtung von der Linie zum Pole fortgeht. Ist es nun aber nicht ein sichtlicher Nachtheil, in einem gleichen Ertrage weniger Nahrungstoff zu gewinnen?

Zu allen diesen verschiedenen Bemerkungen

kungen kann ich noch eine hinzufügen, die aus ihnen herfließt und sie bestätigt: sie ist, daß die warmen Länder viel weniger Einwohner bedürfen als die kalten, und mehrere ernähren können: dies giebt einen doppelten Ueberschufs zum Besten des Despotismus. Je größer der Umfang ist, den eine gleiche Anzahl Einwohner besetzt, desto schwieriger werden Empörungen, weil man sich weder schnell noch heimlich genug verbinden kann, und es der Regierung immer leicht ist, die Entwürfe auszuspähen und die Communication abzuschneiden. Je mehr hingegen ein zahlreiches Volk zusammengedrängt ist, desto weniger kann die Regierung dem Souverain Eintrag thun. Die Anführer berathschlagen mit eben so viel Sicherheit in ihren Kammern, als der Fürst es in seinem Rathe thut, und das Volk versammelt sich eben so schnell auf den öffentlichen Plätzen, als

die Soldaten in ihren Quartiren. Der Vortheil einer tyrannischen Regierung besteht also darinn, daß sie in weiten Entfernungen wirken kann. Durch die verschiedenen Sammelpunkte ihrer Macht, wächst ihre Kraft mit der Entfernung, wie bey den Hebeln.*) Die Macht des Volks hingegen ist nur dann wirksam, wenn sie auf einen

i
*) Dieses steht nicht in Widerspruch mit dem, was ich im 9ten Kap. des 2ten Buchs über die Unbequemlichkeiten grosser Staaten gesagt habe. Dort war von der Macht der Regierung über ihre Glieder die Rede, hier spreche ich von ihrer Gewalt gegen die Unterthanen. Ihre zerstreuten Glieder dienen ihr zu Ruhepunkten, von denen sie in der Entfernung auf das Volk wirken kann; aber sie hat keine Ruhepunkte, um geradezu auf diese Glieder selbst zu wirken. In der letzten Rück-

Punkt zusammengedrängt ist ; sie zerfliegt und verliert sich durch die Ausdehnung, wie die Wirkung des Pulvers, wenn es auf dem Boden zerstreut ist und sich nur Korn für Korn entzündet. Die volksleeresten Länder sind also die schicklichsten für die Tyrannei: die reissenden Thiere herrschen nur in Wüsten.

sicht wird der Hebel durch seine Länge schwach, in der ersten stark. Ein längerer Hebel, könnte man sagen, hebt eine grössere Last als ein kurzer, aber er zerbricht auch leichter.

Neuntes Kapitel.

Von den Kennzeichen einer guten Regierung.

„**W**elches ist die beste Regierung?“ Diese Frage ist ohne nähere Bestimmung so unauflöslich, als sie unbestimmt ist, oder sie kann, wenn man will, eben auf so vielfache Art gelöst werden, als Verbindungen der unbedingten und relativen Lagen der Völker möglich sind.

Frägt man aber, woran man erkennen könne, ob ein Volk gut oder schlecht regiert werde, so wäre das eine andere Sache und die Aufgabe könnte auf der Stelle aufgelöst werden.

Indessen löst man sie nicht, weil jeder es auf seine Art thun will. Die Unterthanen

preißen die öffentliche Ruhe, die Staatsbürger die persönliche Freiheit; der eine zieht die Sicherheit des Eigenthums, der andere die Sicherheit der Person vor; der eine behauptet, die strengste Regierung, der andere, die nachsichtigste sey die beste; dieser verlangt, daß man die Verbrechen strafen, jener daß man ihnen vorbeugen solle; der eine findet es schön, von seinen Nachbarn gefürchtet zu werden, der andere, ihnen unbekannt zu bleiben; der eine ist zufrieden, wenn Geld im Umlaufe ist, der andere fordert, daß das Volk Brod habe. Wäre man weiter gekommen, wenn man sich auch über diese und ähnliche Punkte vereinigt hätte? Wenn man auch über das Zeichen einig wäre, wie könnte man es über die Würdigung werden, da die moralischen Güter keinen bestimmten Mafstab haben.

Was mich betrifft, ich erstaune immer,

daß man ein so einfaches Zeichen verkennt oder unredlich genug ist, es nicht anerkennen zu wollen. Was ist der Zweck der politischen Verbindung? Die Erhaltung und das Wohlergehn ihrer Glieder. Und was ist das sicherste Zeichen daß sie erhalten werden, und daß es ihnen wohlgeht? Ihre Menge und das Anwachsen derselben. Sucht dieses bestrittene Zeichen also nicht anderwärts. Alles übrige gleich genommen, ist die Regierung unfehlbar die beste, unter welcher ohne fremde Mittel, ohne Naturalisationen, ohne Colonien, das Volk zeuget und sich vermehrt; diejenige ist die schlechteste, unter welcher ein Volk sich verringert und elend wird. Berechner: das übrige ist eure Sache. Zählet, messet, vergleicht! *)

*) Nach eben dem Grundsätze muß man die Jahrhunderte beurtheilen, die in Ansehung

des Menschenglücks den Vorzug verdienen. Diejenigen, in denen man die Wissenschaften und Künste blühen sah, hat man zu sehr bewundert, ohne den geheimen Zweck ihrer Cultur zu enthüllen, ohne die traurige Wirkung derselben zu erwägen: *idque apud imperitos humanitas vocabatur, cum pars servitutis esset.* Werden wir niemals in den Bücher-Maximen den groben Eigennutz der Verfasser erkennen? Nein! Sie mögen sagen was sie wollen: wenn die Volkszahl eines Landes abnimmt, ist es nicht wahr, daß alles gut gehe. Daß ein Dichter hunderttausend Livres Einkünfte hat, erhebt sein Jahrhundert nicht zum vortrefflichsten. Nicht auf die scheinbare Ruhe und Zufriedenheit der Oberhäupter, auf das Wohlseyn ganzer Nationen, besonders der zahlreichsten Stände muß man sehen. Der Hagel verheert einige Gegenden, aber selten wirkt er Hungersnoth. Durch Aufruhr und bürgerliche

Kriege verwildern die Oberhäupter, aber sie sind nicht die eigentlichen Unglücksfälle der Völker, die sogar Erholung finden können, indess man sich darüber streitet, wer sie tyrannisiren soll. Von ihrer dauenden Lage hängt ihr wahres Glück oder Unglück ab. Wenn alles vom Joch zermalmt wird, dann geht alles zu Grunde; dann zerstören die Oberhäupter nach Wohlgefallen und, ubi solitudinem faciunt, pacem appellant. Als die Zwistigkeiten der Grossen Frankreich beunruhigten und der Coadjutor von Paris (der Kardinal von Retz,) mit dem Dolche in der Tasche ins Parlament gieng, lebte das französische Volk glücklich und zahlreich in einer anständigen und freien Wohllhabenheit. Ehemals blühte Griechenland während der grausamsten Kriege; das Blut floss in Strömen und das ganze Land war mit Menschen bedeckt. Es schien, sagt Machiavel, als wenn mitten unter den

Mordthaten, den Verbannungen, den bürgerlichen Kriegen unsere Republik eben durch sie mächtiger würde. Die Tugend ihrer Staatsbürger, ihre Sitten, ihre Unabhängigkeit wirkten kräftiger zu ihrer Verstärkung, als die Uneinigkeiten zu ihrer Schwächung. Ein wenig Unruhe giebt den Seelen Spannkraft. Nicht Friede eigentlich, Freiheit bewirkt das Wohlergehen des Menschengeschlechts.

Zehntes Kapitel.

*Von dem Misbrauche der Rgierung und von
ihrem Hange zur Ausartung.*

Wie der Privatwille unaufhörlich dem allgemeinen entgegen strebt, bekämpft die Regierung unaufhörlich die Souverainität. Je heftiger ihr Angriff wird, desto mehr verändert sich die Verfassung, und da es keinen andern Standeswillen giebt, der den Fürsten widerstehen und ihm das Gleichgewicht halten könnte, muß früh oder spät der Fürst den Souverain unterdrücken und den gesellschaftlichen Vertrag brechen. Das ist das innere und unvermeidliche Gebrechen, das von dem Entstehen des Staatskörpers, ohne Aufhören auf seine Zerstörung hinwirkt, wie das

Alter und der Tod endlich den Körper des Menschen zerstören.

Es giebt zween Hauptwege, auf denen eine Regierung ausartet: nemlich, ihre Zusammendrängung oder die Auflösung des Staates.

Die Regierung wird zusammengedrängt, wenn sie von einer grossen Anzahl auf eine kleinere übergeht, das heisst, von der Demokratie zur Aristokratie, und von dieser zum Königthum. Dahin führt sie ihr natürlicher Hang. *) Wenn sie von der kleinern Zahl

*) *Die langsame Entstehung und das Fortschreiten der Republik Venedig in ihren Lagunen, giebt ein merkwürdiges Beyspiel dieses Ueberganges. Es ist indessen sehr auffallend, dass die Venetianer seit mehr als zwölfhundert Jahren, noch auf der zwoten Stufe zu stehen scheinen, die sie beym Serrar di Consiglio im*

zur größern zurück gienge, könnte man sagen, sie erschlafe: aber dieser umgekehrte Fortschritt ist unmöglich.

Jahre 1198. betraten. Was die vormaligen Herzöge betrifft, so mag das Squitino della libertà veneta sagen was es will: es ist gewiss, dass sie nie unumschränkte Fürsten waren.

Man wird mir ohne Zweifel die römische Republik entgegensetzen, die, könnte man sagen, einen ganz entgegengesetzten Gang nahm, und von der Monarchie zur Aristokratie, von der Aristokratie zur Volksregierung übergieng. Ich bin weit davon entfernt, dies anzunehmen.

Die erste Einrichtung des Romulus war eine vermischte Regierung, die schnell in Despotismus ausartete. Durch besondere Ursachen gieng der Staat vor der Zeit unter, wie mancher Neugebohrne stirbt, ehe er das männliche Alter erreicht hat. Die Vertreibung der Tar-

In der That verändert die Regierung nie ihre Form, als wenn ihre abgenutzte

quine war die wahre Geburtsepöche der Republik. Sie bekam aber nicht sogleich eine bleibende Gestalt; denn man hatte das Werk nur halb vollendet, da man das Patriciat nicht abschaffete. Auf die Art setzte die erbliche Aristokratie, die schlimmste aller gesetzlichen Verwaltungsarten, den Kampf gegen die Demokratie fort, und die immer noch ungewisse und schwankende Regierungsform ward erst, wie Machiavel bewiesen hat, bey der Einführung der Tribunen festgesetzt: erst seitdem gab es eine wahre Regierung und eine wirkliche Demokratie. Wirklich war das Volk damals nicht nur Souverain, sondern auch Obrigkeit und Richter. Der Senat war nichts als untergeordnetes Tribunal, das die Regierung milderte und ihr zum Mittelpunkte diente. Selbst die Consuln, obgleich sie als Patricier die

Triebfeder sich zu sehr schwächen läßt, um ihre Gestalt behalten zu können. Wenn sie

höchsten obrigkeitlichen Personen und im Kriege unumschränkte Feldherrn waren, galten zu Rom doch nur als Vorsteher des Volkes.

Seitdem sahe man auch die Regierung ihren natürlichen Gang nehmen und lebhaft nach Aristokratie streben. Da das Patriciat gleichsam von selbst einging, lag die Aristokratie nicht im Stande der Patricier, wie zu Venedig und Genua, sondern in dem Senat der aus Patriciern und Plebejern zusammen gesetzt war, und selbst in der Gesellschaft der Tribunen, als sie anfiengen eine aktive Macht an sich zu reißen. Die Worte thun nichts zur Sache, sondern wenn das Volk Oberhäupter hat, die statt seiner regieren, so mögen diese Oberhäupter heißen wie sie wollen, es ist immer eine Aristokratie.

aber durch Ausdehnung noch mehr erschlaffte, müßte ihre Macht völlig zum Nichts herab-

Aus dem Misbrauche der Aristokratie entstanden die bürgerlichen Kriege und das Triumvirat. Sylla, Julius Cäsar, Augustus wurden in der That wirkliche Monarchen, und unter dem Despotismus des Tiberius löste sich endlich der Staat auf. Die römische Geschichte widerlegt also nicht meinen Grundsatz: sie bestätigt ihn. (So wie es auch die neueste französische thut) — Man muß den Gang der Völker überhaupt von dem Gange den ihre Republiken nehmen, unterscheiden, nur von letzterem redet Rousseau. Die Geschichte fast aller Völker zeigt, daß sie von der Monarchie ausgehen mußten, um zur Demokratie zu gelangen: aber diese verwandelt sich, oft sehr schnell, in Aristokratie und endlich wieder in Königthum. Der Ausdruck Wiedergeburt

inken, und sie könnte noch weniger bestehen. Die Feder muß also nach dem Mafse ihres Nachgebens wieder gespannt und befestigt werden, sonst wird der Staat den sie erhält, zertrümmert.

Die Auflösung des Staates kann auf zweyerlei Art geschehen.

Erstlich wenn der Fürst den Staat nicht mehr nach den Gesetzen verwaltet und die Macht des Souverains an sich reißt; alsdann tritt eine merkwürdige Veränderung ein, nemlich, nicht die Regierung, sondern der Staat wird verengert; ich verstehe nemlich darunter, daß der grofse Staat aufgelöst wird und sich ein neuer in demselben bildet, der blofs aus den Gliedern der Re-

ward sehr passend von der französischen Revolution gebraucht: mit ihr beginnt eine neue Geschichte von Frankreich.

gierung besteht, und dem übrigen Volke nichts als Herr und Tyran ist. Sobald folglich die Regierung sich die Oberherrschaft anmasset, ist der gesellschaftliche Vertrag gebrochen. Alle Privat-Bürger kehren zur natürlichen Freiheit zurück: es ist ihnen nicht mehr Pflicht zu gehorchen, sie thun es, weil sie dazu gezwungen sind.

Dasselbe geschieht, wenn die Glieder der Regierung einzeln die Macht an sich reißen, die eigentlich nur ihr ganzer Stand ausüben sollte. Diefs ist keine kleinere Verletzung der Gesetze, und bringt noch grössere Unordnung hervor. Man hat alsdann gleichsam so viel Fürsten als obrigkeitliche Personen, und der Staat, der eben so sehr getheilt ist als die Regierung, geht unter oder verändert seine Gestalt.

Wird der Staat aufgelöst, so bekommt der Misbrauch der Regierung, von welcher

Art er auch sey, den allgemeinen Namen, Anarchie. Will man einen Unterschied machen, so artet die Demokratie in Ochlokratie, die Aristokratie in Olygarchie aus. Ich würde hinzufügen, daß das Königthum in Tyraney ausarte, aber dieß letzte Wort ist zweideutig und bedarf einer Erklärung.

Im gewöhnlichen Sinn ist ein Tyran ein König, der gewaltthätig und ohne Rücksicht auf Gerechtigkeit und Gesetze zu nehmen, herrscht. Im genauern Sinne ist ein Tyran ein Privatmann, der die königliche Gewalt an sich reißt, ohne ein Recht darauf zu haben. So verstanden die Griechen das Wort Tyran: sie brauchten es ohne Unterschied von guten und schlechten Fürsten, deren Gewalt nicht gesetzmässig war. *) Tyran und Usurpa-

*) *Omnes enim et habentur et dicuntur Tyranni, qui potestate utuntur perpetua in eo*

teur sind also zwey ganz gleichbedeutende Worte.

Um verschiedenen Gegenständen verschiedene Namen zu geben, nenne ich den Usurpateur der königlichen Gewalt einen

Civitate, quo libertate usa est. Corn. Nep. in Milt. Es ist wahr, Aristoteles unterscheidet (Mor. Nicom. B. VIII. K. 10.) den Tyrannen vom Könige darinn, dass der erste so regiert, wie es sein eigener Nutzen, der andere wie es der Nutzen seiner Unterthanen fordert. Aber, ausserdem dass die griechischen Schriftsteller durchgängig das Wort Tyran in einem andern Sinne gebraucht haben, wie es vorzüglich aus dem Hiero des Xenophon erhellt, — ausserdem sage ich, würde aus der Unterscheidung des Aristoteles folgen, dass es seit dem Anfange der Welt noch nicht einen einzigen König gegeben habe.

Tyrannen, und den Usurpateur der Souveränität einen Despoten. Tyran ist, wer sich widergesetzlich eindringt, um gesetzlich zu regieren; Despot ist, wer sich selbst über die Gesetze wegsetzt. Es ist also möglich, daß ein Tyran nicht Despote sey, aber ein Despot ist immer Tyran.

Eilftes Kapitel.

Von dem Tode des politischen Körpers.

Dahin neigen ſich alſo die am beſten eingerichteten Regierungen. Welcher Staat kann hoffen immer zu beſtehen, da Sparta und Rom untergegangen ſind? Wenn wir eine dauerhafte Einrichtung ſtiften wollen, ſo laßt uns nicht daran denken, ſie für die Ewigkeit zu treffen. Wenn eine Unternehmung gelingen ſoll, muß man nichts Unmögliches verſuchen, noch ſich damit ſchmeicheln, dem Werke der Menſchen eine Feſtigkeit zu geben, welche die menſchlichen Dinge nicht vertragen.

Der politiſche Körper ſowohl als der menſchliche, fängt von ſeiner Geburt an, zu

sterben, und trägt die Ursachen seiner Zerstörung in sich selbst. Aber beyde können eine mehr oder weniger starke Constitution haben, die sie längere oder kürzere Zeit erhalten kann. Die Constitution des Menschen ist ein Werk der Natur, die des Staates ist das Werk der Kunst. Es hängt nicht von den Menschen ab, ihr Leben zu verlängern; aber das hängt von ihnen ab, die Dauer des Staates so sehr als möglich zu verlängern, indem sie ihm die beste Verfassung, deren er fähig ist, ertheilen. Der am besten eingerichtete wird endlich zerfallen, aber später als ein anderer, wenn kein unvorhergesehener Zufall seinen Untergang vor der Zeit herbeiführt.

Die Grundkraft des politischen Lebens liegt in der souverainen Gewalt. Die gesetzgebende Macht ist das Herz des Staates, die ausübende ist das Gehirn desselben, das allen

Theilen Bewegung ertheilt. Das Gehirn kann gelähmt werden, und der Besitzer dennoch fortleben. Ein Mensch kann blödsinnig bleiben, und dabey leben: so bald aber die Wirksamkeit des Herzens aufhört, ist das Thier todt.

Nicht durch die Gesetze wird der Staat erhalten, sondern durch die gesetzgebende Macht. Ein Gesetz von gestern verpflichtet heute nicht mehr, aber aus dem Stillschweigen wird die Einwilligung geschlossen, und man nimmt an, der Souverain bestätige die Gesetze unaufhörlich, die er nicht aufhebt, obgleich er es thun kann. Alles was er einmal für seinen Willen erklärt hat, will er immer, so lange er nicht widerruft.

Warum verehrt man also die alten Gesetze so sehr? Eben weil sie alt sind. Man muß annehmen, daß nur die Vortrefflichkeit der vormaligen Beschlüsse sie so lange hat

erhalten können. Wenn der Souverain sie nicht beständig für heilsam anerkannt hätte, so würde er sie tausendmal widerrufen haben. Aus diesem Grunde erlangen die Gesetze, weit entfernt schwächer zu werden, in einem gut eingerichteten Staate unaufhörlich neue Kraft. Das Vorurtheil des Alterthums macht sie täglich ehrwürdiger. Wo hingegen die Gesetze durchs Alter schwächer werden, beweist dieses, daß dort keine gesetzgebende Macht existire, und der Staat nicht mehr lebe.

Zwölftes Kapitel

Wie die Gewalt des Souverains aufrecht erhalten werde.

Der Souverain hat keine andere Macht als die gesetzgebende, er wirkt also nur durch Gesetze; da die Gesetze aber nichts als authentische Verfügungen des allgemeinen Willens sind, so kann der Souverain nicht anders wirken, als wenn das Volk versammelt ist. „Das Volk versammelt!“ wird man sagen; „Welche Chimäre!“ Jetzt ist es eine Chimäre, aber vor zweytausend Jahren war es keine: hat sich die Natur der Menschen verändert?

Die Schranken der Möglichkeit sind in den moralischen Sachen nicht so enge als

wir glauben: unsere Schwachheiten, unsere Laster, unsere Vorurtheile verengern sie. Niedrige Seelen glauben nicht an grofse Männer: verworfene Sklaven lächeln spöttisch bey dem Worte Freiheit.

Aus dem was geschah, wollen wir auf das schliessen, was geschehen kann. Ich will nicht von den alten Republiken Griechenlands sprechen, aber die römische, dünkt mich, war ein grofser Staat, und Rom eine grofse Stadt. Die letzte Schätzung fand in Rom viermalhunderttausend waffenfähige Staatsbürger, und die letzte Zählung im Kaiserthume mehr als vier Millionen, ohne die Unterthanen, die Fremden, die Weiber, die Kinder, die Sklaven zu rechnen.

Wie schwürig würde man sich es nicht vorstellen, das ungeheure Volk dieser Hauptstadt und ihrer umliegenden Gegenden oft zu versammeln? Dennoch vergingen wenig

Wochen, ohne daß das römische Volk, sogar mehrere Male, versammelt worden wäre. Nicht nur die Souverainitäts- sondern auch einen Theil der Regierungs-Rechte übte es aus. Es verhandelte gewisse Geschäfte, es urtheilte gewisse Proceße ab, und dieß ganze Volk war auf dem Markte fast eben so oft Obrigkeit als Staatsbürger.

Wenn man zu den frühesten Zeiten der Nationen hinaufstiege, würde man finden, daß die meisten alten Regierungen, selbst die monarchischen, wie die Macedonische und Fränkische, dergleichen Rathversammlungen hatten. Sey dem wie ihm wolle, dieß einzige unstreitige Faktum hebt alle Schwierigkeiten. Das Geschehene als möglich anzunehmen, scheint mir sehr erlaubt.

Dreyzehntes Kapitel.

Fortsetzung.

Es ist nicht genug, daß das versammelte Volk dem Staate, durch Sanktion eines Gesetzsystems, eine bleibende Verfassung giebt; es ist nicht genug, daß es eine beständige Regierung einsetzt, oder ein für allemal für die Wahl der obrigkeitlichen Personen sorgt. Neben den ausserordentlichen Versammlungen bey unvermutheten Fällen, muß es auch festgesetzte und periodische Versammlungen geben, die nichts abschaffen oder verschieben kann, so daß das Volk am bestimmten Tage rechtmässig durch das Gesetz zusammen berufen wird, ohne daß eine förmliche Berufung nöthig ist.

Aber auſſer dieſen ſchon durch ihren beſtimmten Tag, gerichtlichen Verſammlungen, müſſen alle andere, zu denen das Volk nicht von den dazu eingeſetzten Obrigkeiten in vorgeſchriebener Form berufen ward, für widergeſetzlich, und alle ihre Abmachungen für ungültig gehalten werden: denn ſelbſt der Befehl ſich zu verſammeln, muß vom Geſetze ertheilt werden.

Wie oft aber müſſten die geſetzmäßigen Verſammlungen wiederholt werden? Das hängt von ſo vielen Rückſichten ab, daß ſich keine genauen Regeln darüber geben laſſen. Nur dieſs kann man im Allgemeinen ſagen, je ſtärker die Regierung ſey, deſto öfterer müſſe ſich der Souverain zeigen.

Man wird ſagen, das könne für eine einzige Stadt paſſend ſeyn: aber wie ſoll man es anfangen, wenn der Staat mehrere Städte enthält? Soll man die ſouveraine

Gewalt theilen, oder auf eine einzige Stadt einschränken und dieser alles andere unterwerfen?

Ich antworte: weder das eine noch das andere muss man thun. Erstlich ist die souveraine Gewalt einfach und eins: man kann sie nicht theilen, ohne sie zu zerstören. Zweytens kann keine Stadt, so wenig als eine Nation, gesetzmässig einer andern unterthan seyn, weil das Wesen des politischen Körpers in der Uebereinstimmung des Gehorsams und der Freyheit besteht, und die Worte Unterthan und Souverain einerley Beziehungen andeuten, deren Begriff in dem einzigen Worte Staatsbürger zusammen fließen.

Ich antworte ferner, dass es immer übel gethan sey, mehrere Städte in ein Gemeinwesen zu verbinden, und dass man, wenn man diese Verbindung treffen will,

sich nicht schmeicheln müsse, die natürlichen Unbequemlichkeiten derselben zu vermeiden. Demjenigen, der nur kleine Staaten verlangt, muss man nicht die Misbräuche der grossen entgegen setzen. Aber wie wird man kleinen Staaten die nöthige Macht verschaffen, um grossen zu widerstehen? Wie vorzeiten die griechischen Städte dem grossen Könige, und, vor kürzerer Zeit, Holland und die Schweiz dem Hause Oesterreich widerstanden.

Kann man indeffen den Staat nicht in die gehörigen Schranken beschliessen, so bleibt noch ein Hülfsmittel übrig: nemlich keine Hauptstadt in demselben zu leiden, die Regierung abwechselnd in jeder Stadt residiren zu lassen, und dorthin die Landstände zu versammeln.

Gebt dem Gebiete eine gleiche Bevölkerung, verbreitet überall dieselben Rechte und überall Ueberfluss und Leben: dadurch

wird der Staat zu gleicher Zeit so stark und
so gut regieret werden, als es möglich ist.
Bedenkt, dafs die Mauern der Städte nur
aus den Trümmern der Landhäuser erbauet
werden. Bey jedem Palaste den ich in der
Hauptstadt aufführen sehe, dünkt mich, eine
ganze Landschaft werde in Ruinen ver-
wiesen.

Vierzehntes Kapitel.

Fortsetzung.

So bald das Volk gesetzmässig als souverainer Körper versammelt ist, hört alle Gerichtsbarkeit der Regierung auf; die ausübende Macht ist suspendirt, und die Person des geringsten Staatsbürgers ist so heilig und unverletzlich als die erste obrigkeitliche Person, weil es keine Repräsentanten mehr giebt, wenn der Repräsentirte gegenwärtig ist. Die meisten Unruhen die zu Rom bey den Comitien entstanden, kamen daher, dass man diese Regel nicht kannte oder vernachlässigte. Die Consuln waren alsdann nur Vorsitz der des Volks, die Tribunen bloße Redner, *) und der Senat war gar nichts.

*) Ungefähr in dem Sinne, den man diesem

— Diese Zwischenzeiten der Suspension, in denen der Fürst einen wirklichen Obern anerkennt oder anerkennen soll, sind ihm immer fürchterlich gewesen, und diese Volksversammlungen, die Aegide des politischen Körpers und der Zaum der Regierung, waren den Oberhäuptern jederzeit ein Gräuel. Auch sparen sie nie weder Sorgfalt, noch Einwendungen, noch Schwierigkeiten, noch Versprechungen, um die Staatsbürger davon abzubringen. Sind diese geizig, feige, kleinmüthig, und lieben sie die Ruhe mehr als die Freiheit, so widerstehen sie den wiederholten Bemühungen der Regierung nicht

Worte in dem englischen Parlamente beilegt. Die Aehnlichkeit dieser Aemter hätte die Consuln und die Tribunen in Streit gebracht, wenn auch alle Gerichtsbarkeit wäre aufgehoben gewesen.

lange. So wächst denn die widerstrebende Kraft unaufhörlich, die souveraine Gewalt wird am Ende vernichtet und die meisten Gemeinwesen verfallen und gehen vor der Zeit unter.

Aber zwischen der souverainen Gewalt und der willkürlichen Regierung erhebt sich zuweilen eine Mittelmacht, von der ich sprechen muß.

Funfzehntes Kapitel.

Von den Abgeordneten oder Repräsentanten.

So bald der öffentliche Dienst aufhört, das Hauptgeschäfte der Staatsbürger zu seyn, und sie lieber mit ihrem Beutel als mit ihrer Person dienen mögen, ist der Staat schon seinem Verfalle nahe. Soll man in die Schlacht? Sie miethen Truppen und bleiben zu Hause. Sollen Berathschlagungen gepflogen werden? Sie ernennen Abgeordnete und bleiben zu Hause. Durch Trägheit und Geld erlangen sie endlich Söldner dem Vaterlande zu dienen, und Repräsentanten, es zu verkaufen.

Die Beschwerden des Handels und der Künste, die gierige Gewinnsucht, die Weichlichkeit und die Liebe zur Bequemlichkeit sind es, was den persönlichen Dienst in Geld

verwandelt. Man giebt einen Theil seines Gewinns hin um ihn gemächlich vergrößern zu können. Gebt Geld, und bald werdet ihr in Fesseln seyn. Das Wort Finanz ist ein sklavisches Wort: im Gemeinwesen ist es unbekannt. In einem wirklich freien Staate gelten die Staatsbürger alles durch ihren Arm: durch ihr Geld sind sie nichts. Weit entfernt, sich von ihren Pflichten loszukaufen, würden sie bezahlen, um sie in eigner Person erfüllen zu können. Ich stimme gar nicht in die gewöhnlichen Vorstellungen ein: ich glaube, daß Frohndienste der Freiheit weniger nachtheilig sind, als Abgaben. *)

*) Es wäre lächerlich, hiervon eine Anwendung auf die willkührlichen Frohndienste zu befürchten, welche leibeigene Sklaven nicht dem Staate, sondern ihrem Mitbürger leisten müssen. d. U.

Je besser die Verfassung des Staates ist, desto mehr überwiegen, in der Sinnesart der Staatsbürger, die öffentlichen Angelegenheiten die privaten. Es giebt sogar in einem solchen viel weniger Privat-Angelegenheiten, denn die Summe des gemeinschaftlichen Glücks gewährt jedem Einzelnen einen so ansehnlichen Antheil desselben, daß er es nicht so sehr durch Privatsorgen zu erstreben braucht. In einem gutverwalteten Gemeinwesen fliegt jeder zu den Versammlungen; unter einer schlechten Regierung mag keiner einen Schritt thun, um ihnen beyzuwohnen. Niemand nimmt nehmlich Antheil an dem, was in denselben vorgeht; jeder sieht voraus, daß der allgemeine Wille nicht der herrschende seyn wird, und die Privatsorgen verschlingen alles. Die guten Gesetze bringen bessere hervor, die schlechten noch schlechtere. So bald jemand von den Staats-

geschäften sagt: was geht es mich an? muß man den Staat für verloren halten.

Das Erkalten der Vaterlandsliebe, die Thätigkeit des Privat-Eigennutzes, die Unermesslichkeit der Staaten, die Eroberungen, der Misbrauch der Regierung waren Ursache, daß man die Deputirten oder Stellvertreter des Volks in den National-Versammlungen erfand. Dieß wagt man in gewissen Ländern den dritten Stand zu nennen. So bekommt der Privatnutzen zweyer Klassen den ersten und zweyten Platz, der Gemeinnutzen nur den dritten.

Die Souverainität kann nicht repräsentirt werden, und zwar aus eben der Ursache, aus der man sie nicht veräußern kann: sie besteht wesentlich in dem allgemeinen Willen, und der Wille kann keinen Stellvertreter haben. Er ist derselbe oder ein anderer: ein Drittes giebt es nicht. Die Abgeordne-

ten des Volks sind also nicht seine Repräsentanten und können es nicht seyn: sie sind nur seine Geschäftsträger, und können nichts völlig abschliessen. Jedes Gesetz, welches das Volk nicht in Person bestätigt, ist nichtig: es ist kein Gesetz. Das englische Volk glaubt frey zu seyn, und betrügt sich sehr. Nur während der Wahl der Parlaments-Glieder ist es frey, sobald sie erwählt sind, ist es Sklave, gilt es nichts. Der Gebrauch, den es während den kurzen Augenblicken seiner Freiheit von ihr macht, verdient wohl, daß es sie verliert.

Der Begriff von Repräsentanten ist neu. Wir haben ihn von der Lehns-Verfassung, dieser feindseligen und abgeschmackten Regierungsart, in welcher das Menschengeschlecht herabgewürdigt und der Name Mensch ein Schimpf wird. Nie hatte das Volk in den alten Republiken Repräsentanten, nicht

einmal in den Monarchien: man kannte das Wort gar nicht. Es ist sonderbar, daß man in Rom, wo die Tribunen so geheiligte Personen waren, sich nicht einmal einfallen liefs, sie könnten die Geschäfte des Volks an sich reißen; eben so auffallend ist es, daß sie in der Mitte eines so grossen Haufens nie versuchten, ein einziges Plebiscitum eigenmächtig einzuführen. Dennoch kann man von der Beschwerde urtheilen, welche die Volksmenge zuweilen verursachte, wenn man tiest, was zu Zeiten der Gracchen geschah, wo ein Theil der Staatsbürger von den Dächern herab seine Stimme gab.

Wo das Recht und die Freiheit alles gelten, sind die Beschwerden nichts. Bey diesem weisen Volke hatte alles seine bestimmte Gränze: seinen Liktores erlaubte es, was seine Tribunen nicht gewagt hätten:

es fürchtete nicht, daß die Liktores Lust haben würden, es zu repräsentiren.

Um indessen einzusehen, wie die Tribunen es zuweilen repräsentirten, braucht man nur zu begreifen, wie die Regierung den Souverain repräsentirt. Da das Gesetz nur die Erklärung des allgemeinen Willens ist, muß es einleuchten, daß das Volk als gesetzgebende Macht nicht repräsentiert werden kann. Als ausübende Macht hingegen, welche nur die nach dem Gesetz angewandte Kraft ist, kann und muß es Stellvertreter haben. Hieraus erhellet, daß sehr wenige Nationen Gesetze besitzen, wenn man die Sachen genau untersucht. Wie dem auch sey, das ist gewiß, daß die Tribunen keinen Theil an der ausübenden Gewalt hatten, und also durch ihre Aemter nicht befugt waren, jemals das römische Volk zu repräsentiren;

nur durch Anmaßung der Rechte des Senats thaten sie es.

Bey den Griechen verrichtete das Volk alles selbst, was es zu thun hatte. Ununterbrochen war es auf dem Markte versammelt: denn es wohnte unter einem milden Himmelsstrich, und war nicht habgierig; Sklaven verrichteten die Arbeiten, aber das große Geschäft des Volks war seine Freiheit. Genießt man nicht mehr derselben Vorthelle, wie kann man dieselben Rechte behalten? Eure rauhern Himmelsstriche geben euch mehrere Bedürfnisse *); sechs Monate im Jahr kann man auf dem öffentlichen Platze

**) In kalten Ländern den Luxus und die Weichlichkeit der Morgenländer annehmen, heisst, sich ihre Fessel freiwillig anlegen, und sich dieselbe noch unvermeidlicher machen, als sie jenen sind.*

nicht ausdauren; eure unvernehmlichen Sprachen können in freier Luft nicht hörbar gemacht werden; ihr bemüht euch mehr um Gewinnst als um Freiheit, und fürchtet die Sklaverei lange nicht so sehr, als die Armuth.

Wie? Kann die Freiheit nur durch Knechtschaft aufrecht erhalten werden? Vielleicht. Die beiden Extreme fließen zusammen. Alles was nicht in der Natur liegt, hat seine Unbequemlichkeiten, und die bürgerliche Gesellschaft mehr als alles übrige. Es giebt Lagen, die so unglücklich sind, daß man in denselben seine Freiheit nur auf Kosten der Freiheit eines andern erhalten und der Staatsbürger nicht völlig frey seyn kann, ohne daß der Sklave im höchsten Grade Sklave sey. So war die Lage von Sparta. Ihr neuern Völker, ihr habt keine

Sklaven, *) sondern ihr seyd es selbst: ihr erkaufte ihre Freiheit mit der eurigen. Ihr

*) Und in den Ländern, wo es noch Sklaven giebt, sind diese der grössste, der wichtigste Theil der Staatsbürger selbst, der von einer kleinen Anzahl turnierfähiger Mitbürger als Vieh behandelt wird. Der Adel tyrannisiert in Polen, Liefland, Böhmen, ohne selbst frey zu seyn. Das scheusliche Uebel ist da, ohne einen Zweck, der durch dasselbe beabsichtigt würde. Das Lehnssystem war aus den abscheulichsten Theilen der Olygarchie und des Despotismus zusammengesetzt, und seine moderneren Ueberbleibsel verpesten noch so manches Land. — Es ist wirklich lächerlich, ein paar hundert kleine Tyrannen Einrichtungen treffen zu sehn, und sie dann für den Willen der freien Nation auszugeben. Ist denn der Adel eine Nation? D. U.

mögt immerhin diesen Vorzug preisen, ich sehe mehr Feigheit als Menschlichkeit darin.

— Ich will durch das Gefagte nicht behaupten, daß man Sklaven haben müsse, noch daß das Sklaven-Recht gesetzlich sey: ich habe ja das Gegentheil bewiesen. Nur die Ursachen gebe ich an, aus denen die neuern Völker, die sich für frey halten, Repräsentanten haben, und warum die alten Völker keine hatten. Mag das seyn wie es wolle, sobald ein Volk sich Repräsentanten giebt, ist es nicht mehr frey: es ist gar nicht mehr.

Alles genau erwogen, begreife ich nicht, wie es künftig unter uns dem Souverain möglich seyn könnte, sich die Ausübung seiner Rechte zu erhalten, wenn das Gemeinwesen nicht sehr klein ist. Aber dann wird es unterjocht werden? Nein. Ich werde hernach zeigen, wie man die äussere Macht eines grossen Volks mit der bequemen Polizey

und der guten Ordnung eines kleinen Staates
verbinden könne. *)

*) *Das hatte ich mir vorgenommen, in der
Fortsetzung dieses Werks zu thun, wenn ich
bey der Abhandlung der äufsern Verhältnisse
auf die Bündnisse gekommen wäre. Diefs ist
ein ganz neuer Gegenstand, dessen Grundregeln
noch nicht aufgestellt wurden.*

Sechszehntes Kapitel.

*Die Einführung der Regierung ist
kein Vertrag.*

Ward die gesetzgebende Macht einmal gut begründet, so kommt es darauf an, eben das mit der ausübenden zu thun. Diese letzte wirkt nur durch einzelne Verfügungen, gehört also nicht zum Wesen der erstern und ist natürlich von ihr abgesondert. Wäre es möglich, daß der Souverain, als solcher betrachtet, die ausübende Macht befäße, so würden bald das Recht und der Vorgang so mit einander verwirrt werden, daß man nicht wissen würde, was Gesetz und was es nicht sey, und der politische Körper würde durch Ausartung bald der Raub der Gewalt-

thätigkeit werden, gegen die er errichtet ward.

Durch den gesellschaftlichen Vertrag find alle Staatsbürger gleich: was alle thun sollen, kann also auch von allen vorgeschrieben werden; keiner hingegen hat das Recht zu fordern, daß ein anderer thue, was er selbst nicht thut. Gerade dieses Recht aber, das zum Leben und zur Thätigkeit des politischen Körpers unentbehrlich ist, ertheilt der Souverain dem Fürsten, durch die Einsetzung der Regierung.

Mehrere haben behauptet, die Verhandlung dieser Einrichtung sey ein Vertrag zwischen dem Volke und den Oberhäuptern, die es sich giebt: ein Vertrag, durch welchen man unter den beiden Parteien die Bedingungen festsetze, auf welche die eine zu befehlen, die andere zu gehorchen, versprache. Ich bin gewiss, daß man diese Art

von Vertrag sehr sonderbar finden wird: aber wir wollen sehen, ob diese Meinung vertheidigt werden kann.

Erstlich kann die höchste Gewalt eben so wenig abgeändert als veräußert werden: sie beschränken, heißt sie vernichten. Es ist abgeschmackt und widerspricht sich selbst, daß der Souverain sich einen Oberherrn geben könne: wer sich verpflichtet, einem Herrn zu gehorchen, erklärt sich eben dadurch für unabhängig.

Ferner ist es offenbar, daß dieser Vertrag des Volks mit bestimmten Personen eine Privat-Verhandlung wäre. Daraus folgt, daß er weder ein Gesetz, noch eine Ausübung der Oberherrschaft seyn könnte, und also widerrechtlich wäre.

Auch sieht man wohl, daß die contrahirenden Theile in Rücksicht auf einander, nur unter dem Naturgesetz stehen würden

und keinen Bürgen ihrer gegenseitigen Verbindlichkeiten hätten: und das streitet in jeder Rücksicht mit dem staatsbürgerlichen Zustande. Wer die Gewalt in Händen hat, ist immer Herr der Erfüllung; man könnte also auch eben so gut das einen Vertrag nennen, wenn ein Mensch zum andern spräche: „Ich trete dir mein Vermögen ab, mit der Bedingung, daß du mir davon wiedergebdest, was dir belieben wird.“

Es giebt nur einen Vertrag im Staate, nemlich den der gesellschaftlichen Verbindung: dieser allein schließt jeden andern aus. Man kann sich keinen öffentlichen Vertrag denken, der nicht ein Bruch des erstern wäre.

Siebzehntes Kapitel

Von der Einführung der Regierung.

Welchen Begriff muß man sich also von der Verhandlung machen, durch welche die Regierung eingesetzt wird? Ich muß zum Eingange anmerken, daß sie eine zusammengesetzte Verhandlung sey oder aus zwey andern bestehe, nemlich aus der Einführung des Gesetzes und aus der Vollstreckung desselben.

Durch die erste setzt der Souverain fest, daß es einen Regierungskörper von der und der Form geben soll: offenbar ist das ein Gesetz.

Durch die andere ernennt das Volk die Oberhäupter, denen die Regierung aufgetra-

gen werden soll. Die Ernennung aber ist eine einzelne Verfügung, folglich kein zweytes Gesetz, sondern nur eine Folge des ersten und eine Ausübung der Regierung.

Die Schwierigkeit besteht darin, zu begreifen, wie es eine Ausübung der Regierung geben könnte, ehe die Regierung selbst da ist, und wie das Volk, das nur Souverain oder Unterthan ist, unter gewissen Umständen, Fürst oder Obrigkeit werden kann.

Hier zeigt sich wieder eine von den bewundernswerthen Eigenthümlichkeiten des politischen Körpers, durch welche er Wirkungsarten verbindet, die einander zu widersprechen scheinen. Dieser Schritt geschieht nemlich durch eine plötzliche Verwandlung der Souverainität in Demokratie, so daß, ohne merkliche Veränderung, nur durch eine neue Beziehung aller auf alle, die Staatsbürger Obrigkeit werden, und von allgemei-

nen Verfügungen zu besondern, vom Gesetz zur Vollstreckung übergehn,

Dieses Umwandeln der Beziehung ist in der Ausübung keine spekulative Spitzfindigkeit. Sie hat täglich im englischen Parla- mente Statt, wo sich das Unterhaus bey gewissen Anlässen, um die Angelegenheiten besser zu untersuchen, in einen grossen Ausschufs verwandelt, und so aus einer souverainen Behörde, die sie den Augenblick vorher war, eine bloße Commission wird. Auf die Art legt es sich selbst, als Haus der Gemeinen, Rechenschaft von dem ab, was es als Ausschufs in Ordnung gebracht hat, und berathschlagt von neuem unter einer Benennung über das, was es unter einer andern schon beschloß.

Darin besteht der einenthümliche Vorzug der demokratischen Regierung, daß sie wirklich durch eine bloße Verfügung des

allgemeinen Willens eingesetzt werden kann. Hernach bleibt die provisorische Regierung im Besitz, wenn es die angenommene Form erlaubt, oder sie setzt im Namen des Souverains die Regierung ein, welche das Gesetz vorschreibt, und alles ist in seiner Ordnung. Es ist nicht möglich, die Regierung auf eine andre Art einzuführen, die gesetzmässig wäre und bey der man nicht von den vorhin aufgestellten Grundregeln abweiche.

Achtzehntes Kapitel.

Mittel, den Anmaassungen der Regierung vorzubeugen.

Aus diesen Erläuterungen folgt als Bestätigung des sechzehnten Kapitels: dass die Verhandlung, durch welche die Regierung eingesetzt wird, kein Kontrakt, sondern ein Gesetz ist; dass die Bewahrer der ausübenden Macht nicht Herren, sondern Beamte des Volks sind; dass es sie ein- oder absetzen kann, sobald es ihm beliebt: dass bey ihnen nicht vom Contrahiren, sondern vom Gehorchen die Rede sey, und dass sie, durch Uebernehmung der Geschäfte, die der Staat ihnen auflegt, nur ihre staatsbürgerliche Pflicht erfüllen, ohne das geringste Recht zu haben, über die Bedingungen zu streiten.

Bey der Einführung einer erblichen Regierung, es sey nun eine monarchische, die einer Familie, oder eine aristokratische, die einer Klasse von Staatsbürgern übergeben wird, — bey einer solchen Einführung, sage ich, geht das Volk also keine Verpflichtung ein, sondern giebt der Verwaltung vor der Hand eine Form, bis es ihm belieben wird, anders darüber zu verfügen.

Es ist wahr, Abänderungen sind immer gefährlich, und die eingeführte Regierung muss nicht angetastet werden, so lange sie sich mit dem Gemeinwohl verträgt. Diese Vorsicht ist aber eine Maxime der Staatskunst, nicht eine Vorschrift des Rechts, und der Staat hat keine grössere Verbindlichkeit, den Oberhäuptern die bürgerliche Gewalt zu lassen, als den Feldherren die militärische.

Auch das ist wahr, dass man in einem solchen Falle nicht zu sorgfältig seyn kann,

alle erforderlichen Formalitäten zu beobachten, um eine regelmässige und gesetzliche Verhandlung von einem aufrührerischen Tumulte, und den Willen eines ganzen Volkes von dem Geschrey einer Partei zu unterscheiden. Hier vorzüglich muß man ein Vergehen nur in so weit rügen, als das strengste Recht es gebet: eine Pflicht, aus welcher der Fürst grossen Vortheil zieht, um seine Macht wider den Willen des Volks zu behalten, ohne daß man ihn einer Usurpation beschuldigen kann. Indem er nemlich nur seine Rechte zu brauchen scheint, wird es ihm sehr leicht, sie auszudehnen, und unter dem Vorwande der öffentlichen Ruhe die Versammlungen zu verhindern, welche die gute Ordnung wieder herstellen sollen. Er benutzt das Stillschweigen, das er erzwingt, oder die Unregelmässigkeiten, die er veranlaßt, um die Beystimmung derjenigen, die

aus Furcht schweigen, voranzusetzen und diejenigen zu bestrafen, die zu sprechen wagen. Die Dezemvirs, die anfangs nur auf ein Jahr erwählt und hernach für das folgende bestätigt wurden, versuchten auf diese Art ihre Gewalt auf immer zu behalten, indem sie keine Versammlung der Comitien erlaubten. Durch eben dieses leichte Mittel reißen alle Regierungen in der Welt, denen einmal die öffentliche Macht anvertraut ward, früh oder spät die souveraine Gewalt an sich.

Die periodischen Versammlungen, von denen ich oben gesprochen habe, können dies Unglück verhindern oder doch verschieben, besonders wenn sie keine förmliche Berufung erfordern: denn alsdann kann der Fürst sie nicht verhindern, ohne sich gradezu für einen Verletzer der Gesetze und einen Feind des Staates zu erklären,

Die Eröffnung dieser Versammlungen, welche nur die Aufrechthaltung des gesellschaftlichen Vertrages beabsichtigen, muß immer mit zwey Verträgen geschehen, die man nie unterlassen dürfte, und über die man einzeln stimmen müßte.

Der erste ist: „ob es dem Souverain beliebt, die gegenwärtige Regierungsform beyzubehalten.“

Der zweyte: „ob es dem Volke beliebt, die Verwaltung der Regierung denjenigen zu lassen, die sie eben in den Händen haben.“

Ich setze hier voraus, was ich bewiesen zu haben glaube: nemlich dafs es im Staate kein Grundgesetz gebe, das nicht widerrufen werden könne. Selbst der gesellschaftliche Vertrag ist davon nicht ausgenommen: denn wenn sich alle Staatsbürger versammleten, um ihn durch allgemeine Einstimmung zu ver-

nichten, so wäre diese Vernichtung ohne Zweifel sehr gesetzmässig. Grotius meint sogar, daß jeder dem Staate, dessen Mitglied er ist, entfagen, und seine natürliche Freiheit und sein Vermögen zurück nehmen könne, wenn es das Land verläßt. *) Es wäre aber sehr widersinnig, wenn alle Staatsbürger zusammen nicht vermöchten, was jeder von ihnen einzeln thun kann.

*) Wohl zu verstehen, daß man nicht fortgehe, um seiner Pflicht auszuweichen, und sich von dem Dienst des Vaterlandes in dem Augenblicke frey zu machen, da es unserer bedarf. In dem Falle wäre die Flucht verbrecherisch und strafbar: das hiesse nicht zurücktreten, sondern entlaufen.

Viertes Buch.

Erstes Kapitel.

*Der allgemeine Wille kann nicht
vernichtet werden.*

So lange mehrere verbundene Menschen sich als einen einzelnen Körper betrachten, haben sie nur einen einzigen Willen, der auf die gemeinschaftliche Erhaltung und aufs allgemeine Wohlfeyn abzweckt. Dann sind alle Springfedern des Staates kraftvoll und einfach und seine Grundsätze deutlich und lichtvoll; er hat kein verwickeltes und sich widersprechendes Interesse; das Gemeinwohl zeigt sich überall unverkennbar und fordert

nur gesunde Vernunft, um eingesehen zu werden. Die Ruhe, die Einigkeit, die Gleichheit sind Feinde der politischen Spitzfindigkeiten. Gerade und einfache Menschen sind, eben ihrer Einfachheit wegen, schwer zu betrügen; die Lockungen, die fein erfonnenen Vorspiegelungen führen sie nicht irre: sie sind nicht einmal schlau genug, um hintergangen zu werden. Wenn man bey dem glücklichsten Volke der Erde Haufen von Bauern die Staatsgeschäfte unter einer Eiche abmachen, und sich immer weise betragen sieht, kann man nicht umhin, die Verfeinerungen der andern Nationen zu verachten, die sich so künstlich und so geheimnißvoll berühmt und elend machen.

Ein Staat, der so regiert wird, bedarf sehr weniger Gesetze, und sobald es nöthig wird, neue ergehen zu lassen, ist diese Nothwendigkeit überall sichtbar. Der erste, der

sie in Vorschlag bringt, spricht nur, was alle schon gefühlt haben. Es bedarf weder der Ränke noch der Beredsamkeit, um Gesetz werden zu lassen, was jeder schon beschloß zu thun, sobald er gewiß wäre, daß die andern es mit ihm thun würden.

Was die Vernünftler täuscht, ist, daß sie nur solche Staaten sehen, die von ihrem Ursprunge an eine schlechte Verfassung hatten, und dann lebhaft die Unmöglichkeit fühlen, in diesen eine solche Ordnung zu erhalten. Sie lachen über dem Gedanken aller der Thorheiten, zu denen ein geschickter Betrüger, ein einschmeichelnder Schwärzer den Pariser- oder Londner Pöbel bereiten könnte. Sie wissen nicht, daß das Berner Volk Cromwell ins Tollhaus geschickt und die Genfer einen Herzog von Beaufort gestäupt hätten.

Wenn aber das gesellschaftliche Band

anfängt zu erschlaffen und der Staat schwach wird; wenn das Privat-Interesse hervorzu-
leuchten beginnt, und die kleinen Gesell-
schaften Einfluss auf die große bekommen:
dann leidet das gemeinschaftliche Interesse
und findet Gegner; dann herrscht nicht mehr
Einmüthigkeit bey den Stimmen; dann ist der
allgemeine Wille nicht mehr der Wille Aller;
es erheben sich Widersprüche, Streitigkeiten
und der beste Rath wird nicht mehr ohne
Gezänke angenommen.

Endlich naht der Staat seinem Unter-
gange, und besteht nur durch eine täuschende
und nichtige Form; das gesellschaftliche Band
ist in allen Herzen zerrissen und der nie-
drigste Eigennutz schmückt sich unverschäm-
ter Weise mit dem geheiligten Namen des
Gemeinwohls: und nun verstummt der all-
gemeine Wille. Alle, von geheimen Absich-
ten geleitet, stimmen so wenig staatsbürger-

lich, als wenn der Staat nie da gewesen wäre, und unter dem gemisbrauchten Namen Gesetz, erläßt man Verordnungen, deren einziger Zweck Privatnutzen ist.

Folgt daraus, daß der allgemeine Wille vernichtet oder bestochen sey? Nein, er ist immer standhaft, unveränderlich und rein, aber er wird andern untergeordnet, die ihn überwiegen. Jeder fühlt wohl, indem er seinen Nutzen von dem allgemeinen absondert, daß er ihn nicht gänzlich davon trennen kann: aber sein Antheil an dem öffentlichen Leiden scheint ihm nichts, in Vergleich mit dem ausschliessenden Glück, das er sich zuzueignen hoffet. Dies Privatglück ausgenommen, wünscht er das allgemeine, seines eigenen Vortheils wegen, so sehr als ein anderer. Selbst indem er seine Stimme für Geld vergiebt, erstickt er den allgemeinen Willen nicht in seiner Brust; er

weicht ihm nur aus. Sein Vergehen besteht eigentlich darin, daß er die Stellung der Frage verändert und etwas anders antwortet, als was man von ihm heischt. Anstatt durch seine Stimme zu sagen „es ist dem Staate vortheilhaft“, sagt er: es ist jedem Menschen oder jeder Partey vortheilhaft; daß dieser Vorschlag angenommen werde. Das Gesetz der öffentlichen Ordnung bey den Versammlungen bestehet also nicht sowohl darin, daß der allgemeine Wille in derselben erhalten werde, als vielmehr daß man wisse, ihn allezeit befragen und antworten zu lassen.

Ich könnte hier viele Betrachtungen anstellen über das einfache Recht, bey jeder Ausübung der Souverainität seine Stimme zu geben (ein Recht, das den Staatsbürgern durch nichts entrissen werden kann), so wie über jedes Recht seine Meinung zu sagen, Vorschläge zu thun, Unterscheidungen zu

machen, und Untersuchungen anzustellen, was die Regierung immer sehr sorgfältig nur ihren Mitgliedern vorbehält; aber diese wichtige Materie würde eine besondere Abhandlung erfordern, und ich kann in dieser nicht alles sagen.

Zweytes Kapitel.

Vom Stimmen.

Man sieht aus dem vorhergehenden Kapitel, daß die Art, wie die allgemeinen Angelegenheiten abgemacht werden, ein ziemlich sicheres Kennzeichen von dem gegenwärtigen Zustande der Sitten und der Gesundheit des Staatskörpers abgiebt. Je mehr Uebereinstimmung in den Versammlungen herrscht, das heisst, je mehr die Meinungen sich der Einmüthigkeit nähern, desto entschiedener ist der allgemeine Wille der herrschende. Die langen Berathschlagungen hingegen, die Zwistigkeiten, der Lärm verkündigen das Uebergewicht des Privatinteresse und das Sinken des Staates.

Dieſs ſcheint weniger entſcheidend, wenn die Verfaſſung zwey oder mehr Klaffen ſetzt, wie zu Rom die Patricier und Plebejer waren, deren Streitigkeiten, ſelbſt in den ſchönſten Zeiten der Republik, die Comitien oft beunruhigten. Dieſe Ausnahme iſt aber mehr ſcheinbar als gegründet; denn alſdann giebt es, durch einen inneren Fehler des politiſchen Körpers, gleichſam zwey Staaten in einem. Was nicht von beyden zuſammengenommen wahr iſt, gilt von jedem beſonders. Auch gingen ſelbſt in den ſtürmiſcheſten Zeiten, wenn nur der Senat ſich nicht hineinmiſchte, die Volksbeſchlüſſe ruhig und mit groſſer Stimmenmehrheit durch. Da die Staatsbürger nur einen Nutzen wahrzunehmen brauchten, hatte das Volk nur einen Willen.

Beym entgegengeſetzten Aeufserſten tritt die Einmüthigkeit wieder ein: nemlich wenn

die in Knechtschaft gerathenen Staatsbürger weder Freyheit noch Willen mehr haben. Furcht und Schmeicheley verwandeln das Stimmen in Zujachzen; man berathschlagt nicht mehr: man betet an oder verwünscht. Auf diese niederträchtige Art gab der Senat unter den Kaisern seine Meinung, und zwar zuweilen mit lächerlicher Vorsicht. Tacitus erzählt, als die Senatoren unter Otho den Vitellius mit Verwünschungen belegten, bemühten sie sich zu gleicher Zeit angelegentlich, einen entsetzlichen Lärm zu machen, damit der Letztere, im Fall er etwa die Oberhand behielte, nicht erfahren könnte, was jeder von ihnen gesagt habe.

Aus diesen verschiedenen Betrachtungen folgen die Grundsätze, nach denen man die Stimmenzählung oder die Vergleichung der Meinungen anstellen muß, je nachdem der allgemeine Wille leichter oder schwieriger

zu erkennen und der Staat mehr oder weniger im Sinken ist.

Es giebt nur ein einziges Gesetz, das seiner Natur nach allgemeine Bestimmung fordert. Dieß ist der gesellschaftliche Vertrag: denn die bürgerliche Verbindung ist die allersfreywilligste Verfügung. Da jeder Mensch frey und als sein eigener Herr geboren wird, kann niemand, unter welchem Vorwande es auch sey, sich ihn ohne seine Einwilligung unterwerfen. Entscheiden, daß der Sohn eines Sklaven als Sklave geboren werde, heißt entscheiden, er werde nicht als Mensch geboren.

Wenn also jemand bey der Einrichtung des gesellschaftlichen Vertrags ihm widerspricht, so benimmt sein Widerspruch dem Vertrage nichts von seiner Gültigkeit, sondern schließt den Widersprechenden nur von demselben aus: er bleibt ein Fremder unter den

Staatsbürgern. Ist der Staat eingerichtet, so liegt die Einwilligung der Einzelnen in dem Aufenthalte: in dem Gebiete wohnen, heisst sich der Souverainität unterwerfen. *)

Ausser diesem ursprünglichen Vertrage, ist die Stimme der grössten Anzahl immer eine Verpflichtung für alle andere; das ist eine Folge des Vertrags selbst. Man fragt aber, wie ein Mensch frey und doch gezwungen seyn kann, dem Willen anderer zu folgen. Wie können die Widersprechenden

*) Dies muss immer nur von einem freyen Staate verstanden werden. Ausserdem können Familie, Besitzungen, Mangel an einem Zufluchtsorte, Nothwendigkeit und Gewalt einen Einwohner wider seinen Willen im Lande zurück halten, und dann setzt sein Aufenthalt allein nicht mehr seine Einwilligung in den Vertrag oder in den Bruch desselben, voraus.

unabhängig und dabey Gesetzen unterworfen seyn, in die sie nicht willigten?

Ich antworte: diese Frage ist schlecht gestellt. Der Staatsbürger bewilligt alle Gesetze, selbst diejenigen, die wider seinen Willen gegeben werden, selbst diejenigen, die ihn bestrafen, wenn er eines derselben zu brechen wagt. Der unveränderliche Wille aller Staatsglieder ist der allgemeine: durch ihn sind sie Staatsbürger und frey. *) Wenn

*) Zu Genua liest man vor den Gefängnissen und auf den Fesseln der Galeerensklaven das Wort „Freiheit.“ Diese Anwendung des Wahlspruchs der Republik ist schön und richtig. Wirklich hindern nur die Uebelthäter von allen Ständen, den Staatsbürger, frey zu seyn. In einem Lande, wo jene Menschen alle auf den Galeeren wären, würde man der vollkommensten Freiheit genießen.

man in der Volksversammlung ein Gesetz vorschlägt, fragt man die Anwesenden eigentlich nicht, ob sie den Vorschlag billigen oder verwerfen, sondern ob er mit dem allgemeinen Willen, das heisst dem ihrigen, übereinstimme oder nicht. Jeder sagt seine Meinung darüber, indem er seine Stimme giebt, und aus der Berechnung der Stimmen, folgert man die Erklärung des allgemeinen Willens. Wenn also die Meinung, die der meinigen widerspricht, die Oberhand behält, so beweist das weiter nichts, als dass ich mich geirrt hatte, und dass das nicht der allgemeine Wille war, was ich dafür hielt. Wenn mein einzelner Wille die Oberhand behalten hätte, so würde ich ganz etwas anders gethan haben, als was ich gewollt hätte: *) dann wäre ich nicht frey gewesen.

*) *Nemlich: Statt den allgemeinen Willen*

Es ist wahr, dieß setzt voraus, daß die Stimmenmehrheit noch alle Eigenschaften des allgemeinen Willens habe. Fehlen diese, so giebt es keine Freiheit mehr, welche Parthey man auch ergreifen mag.

Als ich vorhin zeigte, wie man bey den öffentlichen Berathschlagungen den Willen Einzelner dem allgemeinen unterfchöbe, gab ich zugleich hinreichend an, durch was für Mittel man diesen Misbräuchen vorbeugen könnte: weiter unten werde ich mehr davon sprechen. Auch die Grundsätze habe ich angegeben, nach welchen man die verhältnißmäßige Stimmenzahl, die einen Willen für allgemein erklärt, annehmen müsse. Der Unterschied einer einzigen Stimme hebt die Gleichheit auf, ein einziger Widersprechender

geltend zu machen, hätte ich einem einzelnen die Kraft desselben verschafft. d. U.

vernichtet die Einmüthigkeit. Zwischen Einmüthigkeit und Gleichheit sind aber mehrere unglückliche Theilungen möglich, und jede derselben kann, nach dem Zustande und den Gesetzen des politischen Körpers, für jene entscheidende Zahl gelten.

Zwey allgemeine Maximen können dienen, diese Verhältnisse festzusetzen. Die erste ist: je wichtiger und ernsthafter die Berathschlagungen sind, desto mehr muß die siegende Meinung sich der Einmüthigkeit nähern. Die andere ist: je mehr Schnelligkeit die abgehandelte Sache erfordert, desto mehr muß man den vorgeschriebenen Unterschied in der Stimmtheilung einschränken. Bey Berathschlagungen, die auf der Stelle entschieden werden müssen, ist der Ueberschuß einer einzigen Stimme hinreichend. Die erste dieser Maximen scheint mehr den Gesetzen, die

andere mehr den Geschäften angemessen zu
seyn. Auf jeden Fall gewährt ihre Verbin-
dung die besten Verhältnisse, in welchen die
Mehrheit entscheiden kann.

1000,- (1+2)

28.4.83



Hume, David, / Rousseau, Jean-Jacques, / Merkel, Garlieb Helwig,

Hume's und Rousseau's Abhandlungen über den Urvertrag nebst einem Versuch über Leibeigenschaft den Liefländischen Erbherren gewidmet

Bd.: 1

Leipzig (1797)

Pol.g. 431 t-1

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10769443-3

VD18 80266983-001